

Forschung

Politik - Strategie - Management

Deutsch als Wissenschaftssprache - Wissenschaft ist vielsprachig

- Towards Post-Modern Universities
- Außenwissenschaftspolitik: ein neues Handlungsfeld?
 - Ausbau der Promotions- und Postdoc-Phase für vielfältige Aufgaben über Forschung hinaus - Teil IV
 - Deutsch als Wissenschaftssprache für das 21. Jahrhundert
- On the use of "Lingua Franca" and local languages in the publications on the humanities
- Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft
 - Die Wissenschaft spricht englisch - aber nicht nur
- Die Positionierung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) zum Thema Antragsprache
 - Gespräch mit Thomas Brunotte, VW-Stiftung, zuständig für die Förderinitiative „Deutsch plus - Wissenschaft ist mehrsprachig“
 - Gespräch mit Ralph Mocikat, Vorsitzender des Arbeitskreises ADAWIS
 - Gespräch mit Peter Gauweiler (MdB), Vorsitzender des Unterausschusses „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“

3+4
2009

Herausgeberkreis

Jutta Allmendinger, Prof. Ph. D., Präsidentin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH Berlin

Dorothee Dzwonnek, Ass. jur., Generalsekretärin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn, ehem. Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz

Bernd Ebersold, Dr. rer. pol., Geschäftsführer Jacobs-Foundation, Zürich, früher stellv. GenSekr. MPG

Jürgen Enders, Prof. Dr. rer. pol., Leiter des Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS), Universität Twente, Enschede (NL)

Falk Fabich, Dr. rer. pol., Ass. jur., Geschäftsführer Forschungsverbund Berlin e. V. (Leibniz-Gemeinschaft),

Dirk Hartung, Dr. rer. pol., ehem. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin

Reinhard Hüttl, Prof. Dr. rer. nat., Dr. h. c., Vizepräsident aca-tech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, ehemaliger Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, Vorstandsvorsitzender des GeoForschungsZentrums Potsdam, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Wilhelm Krull, Dr. phil., Generalsekretär der Volkswagenstiftung, Hannover

Stefan Kuhlmann, Prof. Dr. rer. pol., University of Twente, Chair Foundations of Science, Technology and Society, School of Management and Governance, Enschede (NL)

Christian Scherf, Ass. jur., *Verwaltungsdirektor*, Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Hamburg

Jürgen Schlegel, Ass. jur., *Ministerialdirigent*, Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, Bonn, ehem. GenSekr. d. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn

Michael Stampfer, Dr. jur., GenSekr. WWTF Wien - Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, Wien

Wolff-Dietrich Webler, Prof. Dr. rer. soc., Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), Professor of Higher Education, Faculty of Psychology, University of Bergen, Norway

Johann-Dietrich Wörner, Prof. Dr.-Ing., Dr. h. c. mult., Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), ehem. Präsident der TU Darmstadt (Status angefragt)

Hinweise für die Autoren

In dieser Zeitschrift werden i.d.R. nur Originalbeiträge publiziert. Sie werden doppelt begutachtet. Die Autor/innen versichern, den Beitrag nicht zu gleicher Zeit an anderer Stelle zur Publikation angeboten zu haben. Beiträge werden nur dann angenommen, wenn die Autor/innen den Gegenstand nicht in vergleichbarer Weise in einem anderen Medium behandeln. Senden Sie bitte zwei Exemplare des Manuskripts in Papierform sowie einmal in Dateiform (kann als Daten-CD der Papierform beigelegt oder per E-Mail zugeschickt werden) an die Redaktion (Adresse siehe Impressum).

Wichtige Vorgaben zu Textformatierungen und beigefügten Fotos, Zeichnungen sowie Abbildungen erhalten Sie in den „Autorenhinweisen“ auf unserer Verlags-Homepage: „www.universitaetsverlagwebler.de“.

Ausführliche Informationen zu den in diesem Heft aufgeführten Verlagsprodukten erhalten Sie ebenfalls auf der zuvor genannten Verlags-Homepage.

Impressum

Verlag, Redaktion, Abonnementsverwaltung

UVW UniversitätsVerlagWebler

Der Fachverlag für Hochschulthemen

Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld

Tel.: 0521 - 92 36 10-12, Fax: 0521 - 92 36 10-22,

E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

Satz: UVW, E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

Anzeigen:

Die Zeitschrift „Forschung“ veröffentlicht Verlagsanzeigen, Ausschreibungen und Stellenanzeigen. Aufträge sind an den Verlag zu richten.

Erscheinungsweise: 4mal jährlich

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.12.2009

Grafik:

Variation eines Entwurfes von Ute Weber Grafik Design, München. Gesetzt in der Linotype Syntax Regular.

Druck:

Sievert Druck & Service GmbH,

Potsdamer Str. 190, 33719 Bielefeld

Abonnement/Bezugspreis:

Jahresabonnement: 88 Euro zzgl. Versandkosten

Einzelpreis dieser Ausgabe: 32 Euro zzgl. Versandkosten

Abobestellungen und die Bestellungen von Einzelheften sind unterschrieben per Post, E-Mail oder Fax an den Verlag zu richten. Das Jahresabonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Jahresende gekündigt wird.

Copyright: UVW UniversitätsVerlagWebler

Die mit Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Auffassung der Herausgeber bzw. Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte/Rezensionsexemplare wird keine Verpflichtung zur Veröffentlichung/Besprechung übernommen. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird und ausreichendes Rückporto beigefügt ist. Die Urheberrechte der hier veröffentlichten Artikel, Fotos und Anzeigen bleiben bei der Redaktion. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Forschung

Politik - Strategie - Management

Vorwort des Herausgebers

61

Falk Reckling & Christoph Kratky

Die Wissenschaft spricht englisch - aber nicht nur

103

Forschung über Forschung

Arie Rip

Towards Post-Modern Universities

64

Christoph Kratky

Die Positionierung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) zum Thema Antragsprache

105

Forschungsentwicklung/-politik

Tim Flink

Außenwissenschaftspolitik: ein neues Handlungsfeld?

69

Forschungsgespräche

Gespräch mit Thomas Brunotte, VW-Stiftung, zuständig für die Förderinitiative „Deutsch plus - Wissenschaft ist mehrsprachig“

107

Wolff-Dietrich Webler

Ausbau der Promotions- und Postdoc-Phase für vielfältige Aufgaben über Forschung hinaus
Teil IV: Wandel der Promotions- und Postdoktoranden-Phase

79

Gespräch mit Ralph Mocikat, Vorsitzender des Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache (ADAWIS)

112

Konrad Ehlich

Deutsch als Wissenschaftssprache für das 21. Jahrhundert

89

Gespräch mit Peter Gauweiler (MdB), bisheriger und neuer Vorsitzenden des Unterausschusses „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages

115

Svetlina Nikolova

On the use of "Lingua Franca" and local languages in the publications on the humanities

96

Seitenblick

auf die Schwesterzeitschriften

Ralph Mocikat, Wolfgang Haße & Hermann H. Dieter
Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft

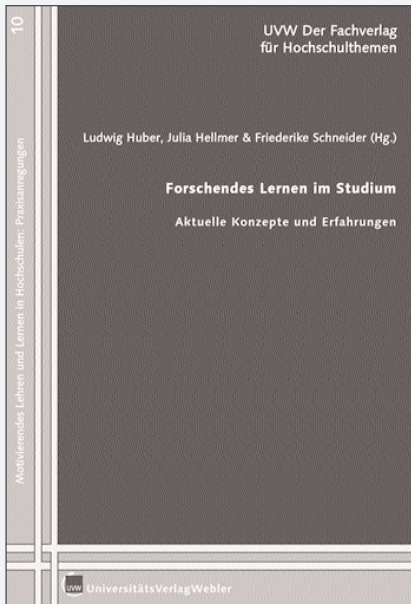
100

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte HSW, HM, P-OE, ZBS und QiW

IV

Neuerscheinungen im UniversitätsVerlagWebler:

Ludwig Huber, Julia Hellmer & Friederike Schneider (Hg.): Forschendes Lernen im Studium. Aktuelle Konzepte und Erfahrungen



Das Konzept des Forschenden Lernens, das vor 40 Jahren von der Bundesassistentenkonferenz ausgearbeitet wurde und weithin großes Echo fand, gewinnt gegenwärtig erneut an Aktualität. Im Zusammenhang mit dem „Bologna-Prozess“ werden Anforderungen an die Entwicklung allgemeiner Kompetenzen der Studierenden gestellt, zu deren Erfüllung viel größeres Gewicht auf aktives, problemorientiertes, selbstständiges und kooperatives Arbeiten gelegt werden muss; Forschendes Lernen bietet dafür die einem wissenschaftlichen Studium gemäße Form.

Lehrenden und Studierenden aller Fächer und Hochschularten, die Forschendes Lernen in ihren Veranstaltungen oder Modulen verwirklichen wollen, soll dieser Band dienen. Er bietet im ersten Teil Antworten auf grundsätzliche Fragen nach der hochschuldidaktischen Berechtigung und den lerntheoretischen Gründen für Forschendes Lernen auch schon im Bachelor-Studium. Im zweiten Teil wird über praktische Versuche und Erfahrungen aus Projekten Forschenden Lernens großenteils aus Hamburger Hochschulen berichtet. In ihnen sind die wichtigsten Typen und alle großen Fächerbereiche der Hochschulen durch Beispiele repräsentiert. Die Projekte lassen in ihrer Verschiedenartigkeit die unterschiedlichen Formen und Ausprägungsgrade erkennen, die Forschendes Lernen je nach Fach annehmen kann (und auch muss); zugleich zeigen sie die reizvolle Vielfalt möglicher Themen und Formen. Im dritten Teil werden in einer übergreifenden Betrachtung von Projekten zum Forschenden Lernen Prozesse, Gelingensbedingungen, Schwierigkeiten und Chancen systematisch zusammengeführt. Insgesamt soll und kann dieses Buch zu immer weiteren und immer vielfältigeren Versuchen mit Forschendem Lernen anregen, ermutigen und helfen.

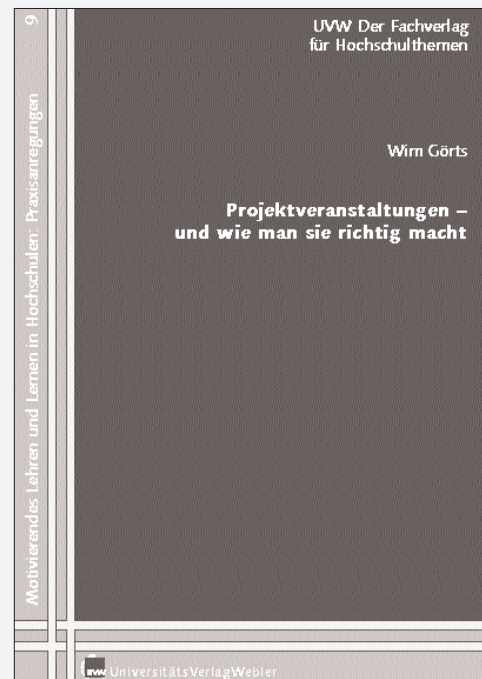
ISBN 3-937026-66-5, Bielefeld 2009, 227 Seiten, 29.60 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

Wim Görts: Projektveranstaltungen – und wie man sie richtig macht

Wim Görts hat hier seinen bisherigen beiden Bänden zu Studienprojekten in diesem Verlag eine weitere Anleitung von Projekten hinzugefügt. Ein variationsreiches Spektrum von Beispielen ermutigt zu deren Durchführung. Das Buch bietet Lehrenden und Studierenden zahlreiche Anregungen in einem höchst befriedigenden Bereich ihrer Tätigkeit. Die Verstärkung des Praxisbezuges der Lehre bzw. der Handlungskompetenz bei Studierenden ist eine häufig erhobene Forderung. Projekte gehören - wenn sie gut gewählt sind - zu den praxisnächsten Studienformen. Mit ihrer ganzheitlichen Anlage kommen sie der großen Mehrheit der Studierenden, den holistischen Lernern, sehr entgegen. Die Realisierung von Projekten fördert Motivation, Lernen und Handlungsfähigkeit der Studierenden erheblich und vermittelt dadurch auch besondere Erfolgserlebnisse für die Lehrenden bei der Realisierung der einer Hochschule angemessenen, anspruchsvollen Lehrziele. Die Frage zum Studienabschluss, in welcher Veranstaltung Studierende am meisten über ihr Fach gelernt haben, wurde in der Vergangenheit häufig mit einem Projekt (z.B. einer Lehrforschung) beantwortet, viel seltener mit einer konventionellen Fachveranstaltung. Insofern sollten Studienprojekte gefördert werden, wo immer es geht. Die Didaktik der Anleitung von Projekten stellt eine „Königsdisziplin“ der Hochschuldidaktik dar. Projekte gehören zum anspruchsvollsten Bereich von Lehre und Studium. Nur eine begrenzte Zeit steht für einen offenen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess zur Verfügung. Insofern ist auf die Wahl sowie den Zuschnitt des Themas und die Projektplanung besondere Sorgfalt zu verwenden. Auch soll es der Grundidee nach ein Projekt der Studierenden sein, bei dem die Lehrperson den Studierenden über die Schulter schaut. Die Organisationsfähigkeit und Selbstdisziplin der Studierenden sollen gerade im Projekt weiter entwickelt werden. Der vorliegende Band bietet auch hierzu zahlreiche Anregungen.



ISBN 3-937026-60-6, Bielefeld 2009,
138 Seiten, 19.80 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

Arie Rip, Wissenschaftsforscher an der Universität Twente/NL analysiert in seinem Artikel **Towards Post-Modern Universities** zunächst die Universitätsentwicklung der letzten Jahre (weg von der traditionellen Forschungsuniversität hin zur modernen, strategisch und wettbewerbsorientiert vorgehenden Universität) und zeigt die gravierenden Wirkungen, die die Gründung von Centres of Excellence (and Relevance) gehabt hat und weiter haben wird, ganz besonders, wenn es zur Gründung von Konglomeraten aus inner- und außeruniversitären Einrichtungen kommt. *Arie Rip* legt den Focus auf Verbindungen zwischen der Wandlung der Organisation von Wissenschaft und Arten der Wissensproduktion und ihrer Dynamik. Im Mittelpunkt stehen die Folgen des "strategic research" und der "strategic science". Die Forschungszentren bauen eine eigene Finanzierung mit externen Förderern auf, indem sie mit diesen strategische Allianzen eingehen und dort strategische Forschungsdienste anbieten. Sie tauschen wachsende Unabhängigkeit von ihrer ursprünglichen Trägeruniversität mit wachsender Abhängigkeit von diesen Förderern ein, während umgekehrt die Universität gleichzeitig in ihrem Ruf verstärkt von diesen Zentren abhängig wird. Der Artikel löst viele Fragen zum gesellschaftlichen Nutzen dieser Entwicklung, zu ihrer Umkehrbarkeit oder Unumkehrbarkeit und zu den Folgen für die Wissenschaftsfreiheit und ihre traditionellen Wirkungen aus, die gefährdet sind. Auch gravierende Veränderungen der Forschungsgrundlagen des Studiums und insbesondere für die Forschungsausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses stehen damit auf der agenda.

Seite 64

Tim Flink, Mitarbeiter im Projekt Deutsche Außenwissenschaftspolitik des WZB, legt einen Artikel zu **Außenwissenschaftspolitik: ein neues Handlungsfeld?** vor, der auf das für das Frühjahr 2010 vorgesehene, gleichlautende Themenschwerpunktheft dieser Zeitschrift neugierig macht. Der Autor zeigt die Entstehung dieses Feldes, auch als politische Reaktion auf die Internationalisierung von Absatzmärkten und auf die Öffnung, Harmonisierung und auf den immer stärker werdenden, internationalen Wettbewerb von Bildungs- und Forschungsstandorten. Hier lohnt eine international vergleichende Analyse der Außenwissenschaftspolitik (AWP) Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, der Schweiz und der USA. Die entsprechenden Aktivitäten werden zur höchsten Regierungspriorität deklariert - und danach behandelt, indem AWP z.B. auf globale Wachstumsregionen konzentriert wird. Attraktiv scheinen dabei globale Innovationsmärkte von morgen, die Tatsache, dass es hier „Wissenswertes“ zu ergründen gibt und wissenschaftliches Humankapital ausgebildet wird. Prioritätensetzung und ihre Ausgestaltung unterscheiden sich allerdings erheblich. Tim Flink entlässt seine Leser mit einer Menge von ihm formulierter offener Fragen.

Seite 69

In dem vorliegenden Heft wird der Aufsatz zum wissenschaftlichen Nachwuchs aus Heft 1/2-2009 mit einem Teil IV. beendet. *Wolff-Dietrich Webler* leitet unter dem Titel

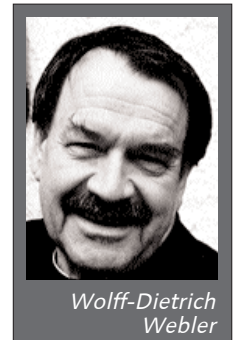
Ausbau der Promotions- und Postdoc-Phase für vielfältige Aufgaben über Forschung hinaus. Teil IV: Wandel der Promotions- und Postdoktoranden-Phase aus dem damit erreichten Gesamtbild die Inhalte eines

Qualifizierungsprogramms ab, in dem sich das neue Rollenverständnis spiegelt. Um die Ressourcen für diese Ausbildung (nicht Weiterbildung, weil es sich um eine nachgeholtene Berufsausbildung für den Beruf des Hochschullehrers handelt) gezielt einsetzen zu können, werden die Veranstaltungen gestuft in verschiedenen Phasen der weiteren Berufskarriere angesiedelt, *in der Promotionsphase* und *in einer Postdoktoranden-Phase*. Davon profitiert sowohl die Vorbereitung auf eine Karriere in wie außerhalb der Wissenschaft erheblich. Die Ausbildung des Nachwuchses kann auf diese Weise eine neue Qualität gewinnen. Sie könnte begabte Nachwuchswissenschaftler veranlassen, in Deutschland zu bleiben oder nach Deutschland zu kommen, weil es eine vergleichbare Ausbildung in anderen Staaten nicht gibt. Universitäten wären gut beraten, wenn sie sich auf dieses neue Aufgabenspektrum einließen.

Seite 79

Dieses Doppelheft versammelt die meisten Beiträge unter dem Themenschwerpunkt **„Deutsch als Wissenschaftssprache - Wissenschaft ist vielsprachig“**. Dazu gibt es zwei aktuelle Anlässe: A) 2009 war das Jahr deutscher Außenwissenschaftspolitik. Und die Deutsche Sprache im Ausland gehört dazu, auch als Wissenschaftssprache. (Ein bilanzierendes Heft unserer Zeitschrift zum Thema Außenwissenschaftspolitik erscheint, wie erwähnt, im Frühjahr 2010). B) Nach 20-jähriger Debatte wächst immerhin die Zahl der Tagungen und sonstigen Ereignisse, auf denen - allerdings weithin noch akademisch, ohne greifbare Maßnahmen - das Thema hin und her gewendet wird. Daher wächst aber auch die Zahl derer, die zunehmend ungeduldig praktische Schlussfolgerungen der Sprachenpolitik (der der Wissenschaftsverbände und des Staates) einfordern. Sie halten den Zustand inzwischen für hinlänglich ernsthaft geprüft. Um von vornherein nicht missverstanden zu werden: Dieses Heft favorisiert nicht die (ohnehin unrealistische) Absicht, irgendwie Deutsch anstelle von "Global English" als weltumspannende Wissenschaftssprache zu etablieren. Aber es geht um den Wert, der darin liegt, die eigene nationale Wissenschaftssprache als Erkenntnisinstrument und als Kommunikationsmittel (nicht zuletzt im Dialog mit der eigenen Gesellschaft) zu fördern und die problematische publikatorische Abhängigkeit von US-amerikanisch kontrollierten Zeitschriften zu reduzieren.

Die Debatte hat sich längst als alltäglicher Dialog ins Internet verlagert. Erhellend, was sich inzwischen im Netz abspielt. Darauf wirft ein mail-Dialog aus zwei Texten ein Schlaglicht, die ausgerechnet die Computerwissenschaften betreffen:



Wolff-Dietrich Webler

„Re: linux-kongress am 29. und 30. in dd
Klaus Daessler

Thu, 29 Oct 2009 02:34:51 -0700

Danke für den Hinweis.

Als ich das Programm gelesen hatte und feststellte, dass lauter Deutsche, die keine englischen Muttersprachler sind, vor anderen Deutschen, die ebenfalls keine sind, versuchen, auf Globalenglisch über komplexe Materie zu radebrechen, die man ohnehin nur zur Hälfte versteht, und die andere Hälfte deshalb nicht, weil sie in einer nicht richtig beherrschten Fremdsprache rübergebracht wird, was ein englischer Muttersprachler als Babysprache bezeichnen würde, muss ich mit meiner Erfahrung vieler nationaler und internationaler Konferenzen schlussfolgern:

- Das Ganze kostet Geld
- Das Ganze bringt fast nix.

Natürlich können alle Sachsen „richtig Englisch“ (außer mir, trotz mehrerer Jahre US-Aufenthalt)! Siehe auch:

<http://www.adawis.de/admin/upload/navigation/data/FAZ%20zu%20Sprachen%20ohne%20Grenzen%2023.9.09-2.pdf>

sie ju nott sehr
Klaus

lu...@gawab.com schrieb:

ich wollte euch nur darauf aufmerksam machen, dass am donnerstag und freitag (29.-30.10.09) der linux-kongress (organisiert von der GUUG) in dresden tagt:
<http://www.linux-kongress.org/2009/program.html>

das ganze kostet geld:

<http://www.linux-kongress.org/2009/fees.html>

die opensolaris developer conference findet parallel statt:
<http://www.osdevcon.org/2009/program.html>

ein ticket für die eine konferenz ist auch für die andere gültig. komisch, dass das bislang hier niemand erwähnt hat? würde meinen, dass so ein event zumindest für einige hier von interesse ist.

see you there,
martin"

(Quelle: <http://www.mail-archive.com/lug-dd@mailman.schlittermann.de/msg00852.html>, Aufruf am 18.11.09)

Zurück zur vorliegenden Ausgabe: In allen entwickelten Kulturen mit Wissenschaftskommunikation, die nicht Englisch als ihre Muttersprache haben, wächst (oft nach anfänglicher Euphorie über die kommunikativen Möglichkeiten des Englischen bzw. des "Global-English") die Besorgnis darüber, dass sie im Begriff sind, ihre nationale Wissenschaftssprache zu verlieren (und angesichts des sprachlich verarmten Global-English ergreift auch die Engländer diese Besorgnis, denn es ist ja nicht ihre Sprache, die dort gesprochen wird, sondern ein stark simplifiziertes US-Amerikanisch). Konrad Ehlich hatte schon im Jahr 2000 in seiner aufschlussreichen Analyse **Deutsch als Wissenschaftssprache des 21. Jahrhunderts** auf die Bindung von Wissen an Sprache und auf die Erkenntnis- und kulturellen Verluste aufmerksam gemacht, wenn die Wissenschaft nur noch in

Global English kommunizieren würde. Wir haben den Eindruck, der seit einiger Zeit neu aufgeflammtten Debatte täte es gut, die dort vorgelegte Analyse und Argumentation erneut zur Kenntnis zu nehmen. Obwohl sie noch im Internet zugänglich ist, scheint sie den heutigen Akteuren nicht (mehr) präsent zu sein. Das wollen wir über das vorliegende Medium noch einmal ändern, indem wir sie - etwas aktualisiert - direkt auf den Schreibtisch legen.

Seite 89

Svetlina Nikolova von der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia hat auf einer gerade zu Ende gegangenen Konferenz zu "Changing Publication Cultures in the Humanities" in der ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest in ihrem Beitrag "**On the use of 'lingua franca' and local languages in the publications on the humanities**" dieses angeblich provinzielle Thema auf originelle Weise aufgegriffen. Es ist unvermeidlich und enthält seine eigenen Chancen, weltweit die eigene Forschung durch Kommunikation in Englisch sichtbar zu machen. Aber daneben muss es weiterhin die Publikation in der eigenen nationalen Sprache (oder auch in anderen Sprachen, z.B. des Kommunikationsraumes Europa) geben. Und es muss ein System der Dokumentation der Forschungsleistungen geben, das die Vielsprachigkeit der Wissenschaft (möglichst ohne Nachteile für einzelne Sprachen (und Publikationsformen) berücksichtigt. Diese Überzeugung, die sich immer mehr durchsetzt, hat zu der Initiative der European Science Foundation (ESF) geführt, einen European Reference Index for the Humanities (ERIH) zu schaffen (was zu erheblichen Kontroversen in den Geisteswissenschaften geführt hat, auf die gerade die hiesige Schwesterzeitschrift „Qualität in der Wissenschaft“ mit dem Themenschwerpunkt *(Wie) Sind geisteswissenschaftliche Forschungsleistungen bewertbar?* in ihrem neuesten Heft eingeht).

Seite 96

Die von W. Haße, H. Dieter und R. Mocikat, den späteren Gründern des Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache (ADAWIS) 2005 veröffentlichten **Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft** sollen noch einmal focussieren, worum es in der Debatte geht. Das Bemerkenswerte an diesem Text war, dass er von Naturwissenschaftlern verfasst wurde, also aus Disziplinen, die fast nur noch in Englisch publizieren. Die Thesen und ADAWIS haben inzwischen sehr viel Zustimmung erhalten, aber vier Jahre später geht es unverändert immer noch darum, zu diskutieren, wie der Bedeutungsverlust der Sprache gebremst werden kann. „Sensibilisierung“ und „Aufmerksamkeit“ sind erzielt worden, wie der ADAWIS-Vorsitzende recht zufrieden resümiert. Angesichts der Bedeutung des Themas und der Dauer seiner Erörterung kann das auch als entschieden zu wenig eingestuft werden - nicht als Kritik an ADAWIS, sondern an der Wissenschaftspolitik des Staates und der Wissenschaftsorganisationen, vor allem der Fachverbände. Ende Januar 2009 führte der Unterausschuss „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages endlich eine Expertenanhörung durch. Ein Versuch, von dort dann einen Antrag an den Bundestag zu formulieren, versandete im Abstimmungsverfahren mit dem BMBF und wird jetzt erneuert. Die gemeinsame sprach-

politische Erklärung, die im Februar von der Alexander von Humboldt-Stiftung, dem DAAD, der HRK und dem Goethe-Institut veröffentlicht wird, sieht - außer guten Willen zu demonstrieren - ebenfalls keine Maßnahmen vor.

Seite 100

Christoph Kratky, Präsident des österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) und *Falk Reckling*, Abteilungsleiter für Geistes- und Sozialwissenschaften des FWF gehen in ihrem Beitrag **Die Wissenschaft spricht englisch - aber nicht nur**, der zunächst bei ORF-Science erschienen war, auf die Etappen der Entwicklung zur Dominanz des Englischen als Wissenschaftssprache ein. Trotz dieses für unumkehrbar gehaltenen Prozesses sind die Autoren aber davon überzeugt, dass die Nationalsprachen in den Wissenschaften weiter wichtig bleiben. Nur so können die Forschungsergebnisse in ihrer Komplexität in die Alltagssprache übersetzt werden. *Christoph Kratky* war es wichtig, diese relativierte und differenzierte Haltung sichtbar zu machen, denn er sollte in dieser Ausgabe vor allem mit seinem Artikel **Die Positionierung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)** zum Thema Antragsprache zitiert werden, in dem er begründet, warum der FWF mittlerweile außer in Sonderfällen nur noch Forschungsanträge in Englisch annimmt.

Seite 103

In drei ausführlichen Fo-Gesprächen mit Thomas Brunotte (VW-Stiftung), Peter Gauweiler (Dt. Bundestag) und Ralph Mocikat (ADAWIS), wird das Thema nach verschiedenen Richtungen weiter ausgeleuchtet.

Der *Vorsitzende des o.g. Unterausschusses*, *Peter Gauweiler*, bestätigt in dem Fo-Gespräch nicht nur Widerstände aus dem Bereich der Wissenschaft, sondern nun auch energische politische Initiativen, die ergriffen werden: Als Ergebnis seiner Anhörung zu Deutsch als Wissenschaftssprache hat der Unterausschuss einen Antrag an den Bundestag verabschiedet, der einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Deutschen als Wissenschaftssprache enthält. Wenn diese Maßnahmen auch vom Bundestag beschlossen werden und greifen, können zum ersten Mal größere Wirkungen erwartet werden. Die Volkswagen-Stiftung ist bisher die einzige Organisation, die über Experten-Tagungen hinausgegangen ist und eine Förderinitiative aufgelegt hat. Diese Initiative - und auch deren Grenzen, z.B. eine merkwürdige Abstinenz von Wissenschaftlern, dieses Angebot auch in seiner gesellschaftspolitischen Dimension in Forschungsprojekten aufzugreifen, werden im

Fo-Gespräch mit dem zuständigen Referenten der VW-Stiftung Thomas Brunotte besprochen. Ralph Mocikat, der erwähnte ADAWIS-Vorsitzende, nennt im Fo-Gespräch bisherige Erfolge, aber auch Gegner und Bremser, die sich allerdings bisher kaum öffentlich an der Debatte beteiligt haben: Manche Fachgesellschaften und andere Wissenschaftsorganisationen, die den (wieder verstärkten) Gebrauch des Deutschen anscheinend als provinziell missverstehen. Sie haben den Gebrauch des Deutschen in ihrer Wissenschaftskommunikation weithin fallen gelassen, stufen (etwa in Berufungsverfahren) Publikationen in Deutsch als geringerwertig ein als in Global English. Resümee: Selbst über den Stellenwert ihrer Sprache sind Organisationen in den Deutsch sprechenden Ländern so uneins, dass es schwer fällt, zu gemeinsamem Handeln zu kommen. In diesem Zusammenhang ist sicherlich von Interesse, dass gerade zahlreiche niederländische Hochschullehrer eine Erklärung zu Niederländisch als Wissenschaftssprache veröffentlicht haben.

Seite 107

Als Bilanz dieser Dokumente und der Ankündigungen von Seiten der Politik kann festgehalten werden, dass die Gleichsetzung wissenschaftlicher Qualität mit Publikationen in englischsprachigen Zeitschriften inzwischen relativiert worden ist und der Wert der Forschung in der jeweiligen Nationalsprache und der Kommunikation seiner Ergebnisse in diesen Sprachen allmählich wieder höher geschätzt wird. Der bei national- oder regionalsprachlichen Publikationen übliche Weg, mit einer englischen Zusammenfassung Interesse zu wecken, sich als ausländischer Leser entweder mit begrenzten Sprachkenntnissen durch den Artikel zu kämpfen oder ihn zur Übersetzung zu geben, sind übliche Wege internationaler Verständigung. In dem überwiegend auf Englisch verlaufenden internationalen Austausch auf Tagungen (die tatsächlich vom Teilnehmerfeld her so zusammen gesetzt sind, dass sich Englisch als gemeinsame Verständigungsmöglichkeit anbietet) und in der Möglichkeit, sich in einzelnen Sitzungssequenzen auch in der Sprache des Gastgeberlandes oder dritten Sprachen zu verständigen (möglichst mit Dolmetsch-Angeboten) haben sich längst bewährte Formen etabliert, von denen nur häufiger Gebrauch gemacht werden muss. In den Geistes- und teilweise Sozialwissenschaften ist eine breitere Sprachenkompetenz wegen der häufigen kulturellen Bindung der wissenschaftlichen Gegenstände ohnehin häufiger anzutreffen als in anderen Wissenschaften.

W.W.

Anzeigenannahme für die Zeitschrift „Forschung“

Die Anzeigenpreise: können Sie einsehen unter: <http://www.universitaetsverlagwebler.de/Forschung.html>

Format der Anzeige: JPeG- oder EPS-Format, mindestens 300dpi Auflösung, schwarz-weiß

Kontakt: UVW UniversitätsVerlagWebler - Der Fachverlag für Hochschulthemen
Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld,
Fax: 0521 - 92 36 10-22, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Arie Rip

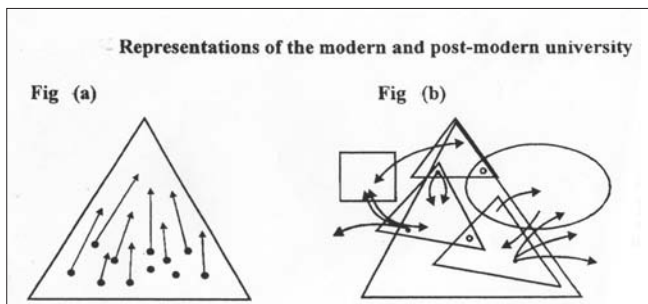


Towards Post-Modern Universities

At the same time that the modern, well-managed research university is coming into its own, it is being undermined by internal and external pressures and ongoing changes. One such change is the increasing importance of strategic research: "Strategic research [is] basic research carried out with the expectation that it will produce a broad base of knowledge likely to form the background to the solution of recognized current or future practical problems" (Irvine and Martin 1984). Linked to this is the emergence of a new regime of 'Strategic Science', replacing the 'Science, The Endless Frontier' regime which stabilized after the Second World War. The traditional research university flourished under this earlier regime, where science was supported without questions being asked. The growth of universities (in size and numbers), pressures to be accountable, and competition, led to a strengthening of central management and attempts at research policy (addressing excellence as well as relevance), visible everywhere since the 1990s. The traditional research university was replaced by the modern (research) university (at least, in the perspective of the top of the university).

Concurrently, a new research entity emerged: Centres of Excellence (and Relevance), with core funding from government programs (this started in the US, UK and Australia in the 1980s), universities or consortia (as with the Technological Top Institutes in the Netherlands from the late 1990s onwards). Such Centres can thrive because there is, by now, a 'market' for strategic research, as well as direct support of excellence by funding agencies and independent sponsors. When such Centres, as is often the case, are part of a university, they are somewhat independent in terms of resource mobilization, and they can throw their weight around because they are important for the profile and competitive position of the university. In Rip (2002), I have used my own university and its MESA+ Institute for Nanotechnology as a case study. Subsequent developments show the mutual dependency of the university and this Centre for Excellence and Relevance. To put it bluntly: the university is bursting at its seams because it houses such Centres. It has to re-invent itself – or give up being a research university. Concerns and debate about the future of the research university are widespread. De Boer et al. (2002), in their overview, highlight the 'porous university', and rightly so. My

brief discussion of Centres of Excellence and Relevance, inside a university, but also outside, or hybrid, shows that it is not just a matter of more interaction with the outside world. The (research) university may turn into a conglomerate, rather than the unified organization envisaged by the proponents of the modern university. To emphasize the contrast, I speak of the 'postmodern' university. The Figure below visualizes the contrast.



The present tensions and responses occur at two levels. One level is that of the university and how it re-organizes and repositions itself, in relation to various stakeholders and in relation to the nation state. Particularly interesting are attempts to create conglomerates. In the Netherlands, Wageningen University and Research Centre is a (precarious) combination of an agricultural university and dedicated agricultural research institutes. In Germany, Göttingen University has created an alliance with five Max-Planck-Institutes and other research institutions in the area. This had become possible because its legal status changed from an exclusive dependence on the state (the Land) to an independent foundation sponsored by the state. One can speculate that postmodern universities will go a step further and bid for contracts to deliver a research priority (there is the precedent of US universities delivering research programs for the Department of Defense!); but also, contracts to educate/train students in particular areas. The other level is the one I started with: governance of the postmodern university conglomerate and the various management challenges. One entrance point is the emergence of an intermediate layer of deans and directors of research institutes, who are, in essence, directors of (small or big) bu-

siness units in the conglomerate, with their own 'horizontal' alliances. There are implications, both for top level management of the universities (which now become like a holding company) and ongoing research at the bottom (where new modes of knowledge production more easily come into their own).

I will take the emergence of Centers of Excellence and Relevance as my entrance point to discuss actual and possible changes in research universities. While they are not the only "driver", they are a particularly interesting one, because they allow us to see the links with changes in the organization of science and in modes of knowledge production. Too often, the focus of analysts is exclusively on institutional aspects, and the actual work and dynamics of research remains invisible.

1. The emergence and impact of Centers of Excellence and Relevance

Centers of Excellence and Relevance emerge everywhere, they are not limited to the context of research universities. In fact, they are a new species in the "ecology" of present research and innovation systems.¹

The USA Engineering Research Centers, the UK Interdisciplinary Research Centres, and the Australian Collaborative Research Centres all started in the 1980s (cf. Van der Meulen and Rip 1994), and by now, such centres are set up everywhere. For science policy makers, the key point is that they are time-limited in terms of funding (10, maximum 15 years). There are often other sponsors, and on that basis, a centre can survive after special funding has stopped. The centres are almost always a good context for PhD training; the USA Centers have the number of PhD students as one performance indicator. They can also offer shorter stretches of on-the-job research training (which may contribute to a PhD), and postdoc training.

Such Centers of Excellence and Relevance (CER) can occur in universities, whether pushed by special funding schemes or emerging in their own right. They can also be created as such, with contributions from various actors (government agencies, industry, universities).² Technological Top Institutes in the Netherlands have links with universities in terms of location and collaboration. For example Telematics Institute, close to the Twente University campus (geographical proximity does not necessarily imply much collaborative proximity). IMEC, located in Louvain (Belgium), established in 1984, is another and very interesting example (Van Helputte and Reid 2004).

While the emphasis (and the labels used) is often on excellence³, relevance is included; it cannot be else in the emerging regime of Strategic Science. Such Centres thrive because there is, by now, a 'market' for strategic research, as well as direct support of excellence by funding agencies and independent sponsors. Thus, they build on longer term dynamics of research institutes and strategic science, but reflect new policy interests as well.

By now, they are a recognized feature of the (new) research landscape

Part of their characteristics derives from the way they are embedded. When such Centres, as is often the case, are part of a university, they are still somewhat independent in

terms of resource mobilization, and they can throw their weight around because they are important for the profile and competitive position of the university. (See Appendix for the case study of MESA+, Institute of Nanotechnology, in the University of Twente.) The evolving mutual dependency of the university and its Centres for Excellence and Relevance may be entering – in ecological terms – a climax stage? The modern university is bursting at its seams because it houses such Centres and depends on them.

2. Governance of universities

The net effect of liaison activities, centres of excellence and relevance, new alliances, and graduate networks, is a university with permeable boundaries. This may lead to fragmentation, and one can see brave attempts of the "administrative core" to create directions and be selective. While important, such activities must be informed by an understanding of ongoing dynamics to be more than empty, and potentially counterproductive, bravado.

For research universities, the key challenge is to diversify and recombine its components, both cognitively and institutionally, into what was called a post-modern university (Rip 2004). Such a university will include overlaps and alliances with Centres (of excellence and relevance), public laboratories of various kinds (which are themselves on the move!) and various private organisations managing and performing research. The boundaries between the university and the outside world are porous, and such 'porosity' is sought explicitly (De Boer et al. 2002). Partial examples are visible already, as in the close collaboration with public research organizations of some universities in France and South-Africa, or even a merger, as in Wageningen University and Research Centre.⁴

In such a "postmodern" university, individual departments (faculties, institutes) are relatively independent and can follow own trajectories, and emphasize certain areas in response to external developments, develop new combinations of research and training, etc. In other words, in the strategically important middle layer in the university, now occupied by departments and faculties competing amongst each other for resources and favours from the top, an entrepreneurial element is introduced which increases the flexibility of the institution as a whole. Up to preparing for partial privatization, making deals with other universities, etc. Traditional disciplinary departments and Fakultäten may

¹ Actually, one should speak of knowledge, research and innovation systems (KRIS) to capture the full dynamics. See Rip and Mouton (2006).

² Interestingly, as Georghiou et al. have shown for the UK, publicly funded research centres are now also moving on the market of strategic research, and have to position themselves in the evolving ecology of the research system where universities move to generate external income and knowledge production is carried by new actors like consultancies as well (p. 27-28 in PREST 2002).

³ We noted a "return to excellence" in the late nineties, after the move towards relevance which started in the 1970s. (Hackmann and Rip, 2000) Cf. also the recent German funding initiative for excellence (of universities).

⁴ Cf. also the recent proposal, in the debate about the reorganisation of the French science system to have "campus de recherche" to which various current science bodies would contribute. See Donner un Nouvel Essor à la Recherche Française (www.pasteur.fr/pateur/dunerf.html), one of the products of the broad movement Sauvons La Recherche, catalyzed by the funding strictures imposed by the French government.

well disappear in the end, but that is not necessary. They can remain one part of the heterogeneous set-up. Rip (2004) suggests that Centres for Excellence and Relevance are well suited to offer packages of research training (and certify them), whether they are part of a university or not. It would be a way of accommodating research training more rapidly to changes in the research landscape.

Think of how dramatically Electrical Engineering has changed since the 50's: from tubes to transistors to integrated circuits and sensors, actuators, as well complex systems which integrate them. Electrical Engineering Departments/Faculties now house also mechanical engineers (Mechatronics), IC-designers and micro/nano-technologists. One could argue, that a re-grouping of disciplines and curricula and their related governance structure is needed. Centres of Excellence and Relevance can do that because they are not constrained by the past (only by the future as laid out in the promises made for them).

Much in the same manner, we can look at micro/nanotechnology as a set of topics that has an interest comparable to electrical engineering some 40-50 years ago. Perhaps, micro/nanotechnology should become a new faculty? One can imagine the battle against vested academic interests that is necessary to realize such a change. One scenario could be that existing academic departments and faculties are by-passed because Centres of Excellence and Research partially replace them as locations for training.

If (when) the universities become conglomerates, there will be further opportunities for Centres of Excellence and Relevance to evolve, for example as public-private partnerships, linked to heterogeneous scientific communities. Given such co-evolution, one can speculate about the future. One scenario would be a world where Centres of Excellence of Relevance (accredited to award PhD degrees, cf. Rip 2004) would be the key institutions, replacing the universities. Undergraduate education would remain the prerogative of universities (and polytechnics, technikons, hogescholen), and be seen (in addition to its main role of providing higher education to an important part of the labour force) as "feedstock" (and thus obligatory passage point) for excellent and relevant researchers.⁵

3. The future of academic research

Often, analysis is couched in economic terms (broadly speaking), about resources and competition on a market for strategic research, which intersects (for universities) with the market for training and attracting students. And sponsors are important, adding a patronage dimension to the market dynamics.

Policy, at government as well as university level, tends to be responsive. And when pro-active, often goes for new public management approaches which may well be counter-productive. In universities (as Kulati has shown), such approaches neglect the differences between scientific fields and application domains that research groups and centres relate to. A universalizing approach (same model or procedure everywhere) will then favour some fields above others, without considering their actual importance.

What I have added to these two entrance points is the phenomenon of co-evolution, in general, and specifically for

Centres of Excellence and Relevance and universities. Centres of Excellence and Relevance move on the market for strategic research. Their opportunities and success will depend on what other organizations will be in place & act/intervene in the ecology of the research system. The lifeline of universities is undergraduate and graduate training. If excellence (and relevance) in research is added as a mission, it does not sit easily with this "lifeline". Particularly if universities have to compete with Centres of Excellence and Relevance, sometimes in their own organization.

There is a future for academic research, but it may not be academic research as it used to be. Academic research may occur in other than traditional locations (cf. also "third sector knowledge production"). And traditional locations like universities may well be transformed. There are no simple, causal, determinants of this co-evolution. But one can anticipate, even if this requires being speculative. Scenarios offer controlled speculation.

This paper has identified building blocks, and articulated some scenarios. The subsequent question is whether the articulation of scenarios will make a difference. Will actors be more knowledgeable, and thus more effective? Part of my argument was about overall trends that cannot easily be resisted, even if they are the cumulative result of many individual choices and strategies. The post-modern university may need post-modern "managers" who are reflexive about the limitations to their attempts at effecting change.

References

- Clark, B.R. (1998): *Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation*, Oxford, Pergamon.
- De Boer, H./Huisman, J./Klempner, A./van der Meulen, B./Neave, G./Theisens, H./van der Wende, M. (2002): *Academia in the 21st Century. An analysis of trends and perspectives in higher education and research*. The Hague: AWT (Adviesraad voor het Wetenschaps- en Technologiebeleid).
- Hackmann, H./Rip, A. (2000): *Priorities and quality incentives for university research. A brief international survey*. Den Haag: Sdu Servicecentrum, Ministry of Education, Culture and Science, Report series Beleidsgerichtte studies Hoger onderwijs en Wetenschappelijk onderzoek, nr. 67.
- Irvine, J./Martin, B.R. (1984): *Foresight in Science. Picking the Winners*, London.
- Kulati, T.: *The Changing Nature of Research Management at Higher Education Institutions: A Comparative Study of South Africa and the Netherlands*. PhD Thesis University of Twente, forthcoming.
- PREST (2002): *A Comparative Analysis of Public, Semi-Public and Recently Privatised Research Centres. Final Project Report, Part 1: Summary Report*.
- Rip, A. (2002): 'Regional Innovation Systems and the Advent of Strategic Science,' *Journal of Technology Transfer* 27, pp. 123-131.
- Rip, A./Mouton, J./Prime, A. (2006): *A Demonstrator Project*. Enschede. Final Report of the Africa PRIME project supported by the European Union Network of Excellence PRIME.
- van der Meulen, B.J.R./Rip, A. (1994): *Research Institutes in Transition*.
- Van Helleputte, J./Reid, A. (2004): 'Tackling the paradox: can attaining global research excellence be compatible with local technology development?' *R&D Management* Vol. 34/No. 1, pp. 33-44.

⁵ In a brainstorming meeting organized by German BMBF, December 2007, about the changing research landscape, one claim was: "Recruitment of top scientists starts at undergraduate level."

Appendix: Centres of Excellence and Relevance, including a case study of MESA+ (Institute for Nanotechnology) in the University of Twente

Global characteristics of such Centres, resource mobilization, internal dynamics, etc.

Cf. B.J.R. van der Meulen, A. Rip, *Research Institutes in Transition* (Delft: Eburon, 1994), on internal and external research management.

Plus recent analysis of the evolution of three such Centres since the early 1990s (ongoing work of Ben Kokkeler).

Centres of Excellence and Relevance have become robust. They embody a secular change in the research landscape, and are thus 'obligatory passage points' for policy makers (who have to formulate their policies taking into account their presence and role), for funding agencies (who want to overcome their traditional focus on the responsive mode favouring small PI-led research projects), and for universities (which can't think in terms of individual academics only anymore).

The MESA+ case (see below) is but one example of what we claim is a general dynamic (i.e. not just a feature of nanoscience and nanotechnologies).

- other such centres (cf. Ben Kokkeler's work on CTIT in University of Twente, and the Telematics Institute, a Technological Top Institute),
- other types of universities: The University of Twente is an entrepreneurial university, and CER can be seen as part of their mission. Traditional/elite universities may be reluctant to add Relevance to Excellence, but when they now go for centres, relevance can't be avoided, it is part of strategic science. This is visible in the German Excellence initiative of the Bundesministerium für Bildung und Forschung. What the universities who received the special funding pushed as excellent is almost always also relevant. The University of Göttingen is an interesting example,⁶
- further cases, incl. Stanford University, ETH Zürich, Karolinska Institute (Stockholm).

Location and embeddedness: self-standing or part of another organization (or part of a consortium/network). In particular in universities, where they are embraced and supported, but also constitute a challenge. Case of MESA+ (Institute for Nanotechnology) in University of Twente to illustrate this last point.

The University of Twente has a regional orientation, but also an international reputation for advanced technology. The University started, in 1964, as a technological university, and has since added applied social science (it calls itself, in its letterhead, "university for technical and social sciences," and now also "the entrepreneurial university").⁷ It is primarily because of its advanced work in some key technology areas, including materials, micro-systems, and information and communication technology that big firms are now interested in strategic links. A variety of spin-off firms have been established, building on university research or sometimes just on the entrepreneurship of graduates.⁸

Since the late 1980s, outward-looking, problem-solving research centres (in materials, lasers and ICT high tech, biomedical technology, but also in applied social science)

which reflect faculty interests even if the centres sprung up outside departments. By now, this has led to an overhaul of the university management: the scientific directors of the officially recognized five research institutes are at the same level as the Deans of the Faculties, and together form the university's Management Team (with the Executive Board of the University).

At the same time, the circulation of students and graduates (not discussed by Burton Clark) creates patterns. They are trained in the new centres of excellence and relevance, and they remain part of networks when they start out on their jobs, or perhaps start up a business of their own. They contribute to the embedment of the University in the world of Strategic Science, and this may well be more important than further strengthening of the administrative core (which Burton Clark emphasizes).

MESA+ builds on the interest of governments, especially EU, in the promise of nanotechnology, as well as more concrete interests of Dutch and international firms. It plays a key role in the Dutch R&D consortium Nanoned, including funding for major research infrastructure (NanoLab) also located in Twente, and now further government-funded investment in a "high tech factory" for SMEs. While the university welcomes this, it also strains its existing organization and procedures. [Details can be given.]

We have sketched MESA+ as a Centre of Excellence and Relevance which maintains its viability inside and outside the university by emphasizing the combination of excellence and relevance – which under the present and competitive regime of Strategic Science implies being excellent as well as relevant, no trade-offs are possible. In being successful in these terms, MESA+ is also becoming somewhat independent of the University, even while it is strongly committed to it, and draws on the University for key resources. To draw up scenarios of future developments, one can start with two extreme versions, triggered by the question whether MESA+ should remain within the University of Twente or not (a "fork" in the further development). This need not imply full privatization (even if that is a possibility, cf. also the reorganisation of the New Zealand science system in the 1990s, where public research institutes and in the beginning also universities had to include all their costs and conclude contracts with the Ministry on that basis). The Belgian Centre IMEC is an example of a non-university Centre of Excellence and Relevance, with core funding directly from the Flemish government, in return for regional (and national) benefits.⁹

⁶ Further examples and analysis from Tembile Kulati's study comparing university research management in South Africa and the Netherlands.

⁷ Burton Clark has analysed a number of "innovative" entrepreneurial universities, including the University of Twente, and attempted to find a general pattern. Burton R. Clark, *Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation*, Oxford, Pergamon, 1998. The universities he studied are all members of the ECIU consortium (European Consortium of Innovative Universities (ECIU), Charter, signed at Dortmund, November 18, 1997.) We will critically refer to his ideas.

⁸ Between 1976 and 1997, close to 300 firms have been started as spin-offs from the University. The special TOP scheme (Temporary Entrepreneurial Positions) started in 1984, and supported about 75% of the firms established in the period 1984-1997, with a five-year survival rate of 89% and generating a total of 1,400 jobs (Van der Sijde and Van Tilburg 2000).

⁹ As Van Helleputte and Reid (2004) show, this pushes IMEC into closer interactions with firms (than MESA+ does now), without giving up on excellence.

One scenario starts with forced independence: the young cuckoo (MESA+, but also other Centres of Excellence and Relevance) is thrown out of the university's nest before it endangers the own young birds. MESA+ would have to find a new business model, probably including deals with the government and/or a consortium of sponsors, as is the case for Technological Top Institutes in the Netherlands. If nothing else happens, the University would then evolve towards a teaching university, merge with Saxion Hogeschool, and link up even more with regional interests, including regional start-ups. At some moment, reflection on regional relevance in an era of globalisation would lead to attempts to identify comparative regional advantages in terms of industry and services, rather than scientific excellence. To build up regional economy and regional innovation system requires long-term investment decisions – in partial contrast to the tendency of excellent scientists to move "laterally", and so not wanting to be bound by the regional strategy.

In the alternative extreme scenario, the University embraces the Centres of Excellence and Relevance, and reduces other research activities in order to support the Centres. Advanced teaching and research training becomes focused on the Centres (and for good reasons: they exemplify the settings of the scientific careers of the future). Excellence and general global relevance will prevail, the region will be of secondary interest at best. While the University of Twente happens to be in Twente, it could be anywhere. It is a holding company for a number of Centres of Excellence and Relevance.

For the region, this might mean that is being colonized. There are developments towards so-called "science districts", however, where the region is redefined as the site of high-level scientific activity. An example is the Grenoble

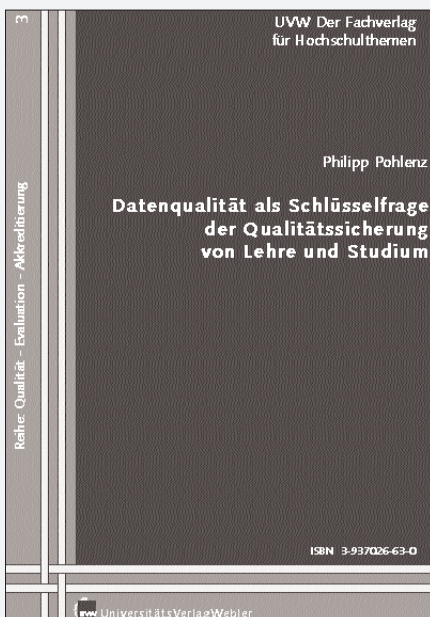
area, already strong in biotechnology, and now pushing towards nanotechnology because of the strong move of the institutes of the Commissariat à l'Energie Atomique in the direction of nanotechnology (MinaTec) together with R&D investments of big companies like Philips and Motorola in the region.¹⁰

In the near future, a situation may well prevail where no clear strategy is followed, also because each of the two extreme scenarios are too daunting in their consequences to be entertained by the university. A "muddling-through" scenario is a possibility, where nobody will be happy. A more interesting third scenario draws on the trend that (perhaps after some time of "muddling through") Centres of Excellence and Relevance of various kinds, not necessarily part of a university, become generally recognized for their potential to address important issues and become a regular feature of the research landscape (established as such, or as a development started within a university). In such a landscape, there are opportunities for universities to redefine themselves.

¹⁰ A comparative study of the Grenoble region and Twente as potential "nano-districts" was done as part of PRIME, the European Network of Excellence in science policy and innovation studies. See Mangematin et al. 2004.

■ **Arie Rip**, Professor of Philosophy of Science and Technology, School of Management and Governance, University of Twente, E-Mail: a.rip@utwente.nl

**Philipp Pohlenz:
Datenqualität als Schlüsselfrage der Qualitätssicherung von Lehre und Studium**



Hochschulen wandeln sich zunehmend zu Dienstleistungsunternehmen, die sich durch den Nachweis von Qualität und Exzellenz gegen ihre Wettbewerber durchsetzen müssen.

Zum Vergleich ihrer Leistungen werden verschiedene Evaluationsverfahren herangezogen. Diese stehen jedoch vielfach in der Kritik, bezüglich ihrer Eignung, Leistungen der Hochschulen adäquat abzubilden. Verfahren der Evaluation von Lehre und Studium wird vorgeworfen, dass ihre Ergebnisse bspw. durch die Fehlinterpretation hochschulstatistischer Daten und durch die subjektive Färbung studentischer Qualitätsurteile verzerrt sind.

Im Zentrum des vorliegenden Bandes steht daher die Untersuchung von potenziellen Bedrohungen der Aussagefähigkeit von Evaluationsdaten als Steuerungsinstrument für das Management von Hochschulen.

ISBN 3-937026-63-0, Bielefeld 2009,
170 Seiten, 22.80 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Qualität - Evaluation - Akkreditierung

Tim Flink



Tim Flink

Außenwissenschaftspolitik: ein neues Handlungsfeld?

2009 ist das Jahr der deutschen Außenwissenschaftspolitik (AWP). Der Startschuss zur „Initiative Außenwissenschaftspolitik 2009“ wurde am 19. Januar im Rahmen der internationalen Konferenz „Wissenswelten verbinden“ im Auswärtigen Amt (AA) in Berlin gegeben. Die Hauptaussage der Konferenz: „Nur mit Unterstützung der Wissenschaft werden viele wichtige Probleme – seien es Wirtschaft, Energie- oder Klimafragen – gelöst werden können.“ Da Deutschland arm an Rohstoffen sei, müsse es „[...] in die intellektuellen Fähigkeiten und geistigen Kapazitäten seiner Menschen investieren.“¹ Am Rande der skizzierten Konferenz bemerkte ein Innovationsforscher lakonisch, es sei recht merkwürdig, dass politische Entscheidungsträger mittlerweile die Internationalität von Wissenschaft entdeckt hätten. Und in der Tat: AWP stellt im internationalen Vergleich keine Neuerung dar, auch wenn sie innerhalb der letzten zehn Jahre einen regelrechten Konjunkturschub erfahren hat.² In diesem Zeitraum machten sich andere hochtechnisierte Staaten bereits auf, ihre AWP personell und programmatisch zu verstärken. Versucht man einen internationalen Vergleich von AWP aufzustellen, stößt man zunächst auf ein Problem:

Es ist schwierig, AWP klar zu definieren, fällt doch unter dem Begriff eine Vielzahl von Zielen und Handlungsfeldern, die sich mitunter konterkarieren. Insgesamt bezeichnet AWP außenpolitisches Handeln in Relation zu Wissenschaft bzw. Forschung und technologischer Entwicklung (F&E). In enger Definition bezieht sich AWP allenfalls auf staatliches Handeln, so z.B. durch Außen- und Forschungsministerien. In ihrer Erweiterung schließt sie die Aktivitäten von intermediären und privaten Organisationen mit ein, die aufgrund der politisch-institutionellen Verfasstheit Aufgaben der AWP entweder staatlich kommissioniert oder in Eigenregie übernehmen.

Was aber betreiben Organisationen, staatliche wie nicht-staatliche, durch AWP und welche Ziele verfolgen sie? Bereits ein kleines Wortspiel mit der englischen Begrifflichkeit „science diplomacy“ suggeriert drei Kernfunktionen des Handlungsfeldes.

Erstens legt „diplomacy for science“ nahe, dass diplomatische Maßnahmen internationale wissenschaftliche Aktivitäten und Kooperationen fördern sollen, dies kann in

einer weit gefassten Definition auch anwendungsrelevante F&T und innovationsorientierte Marktprozesse mit einbeziehen, so z.B. Standortmarketing und Standorterschließungen.

Zweitens unterstellt die Umkehrung der ersten Funktion, nämlich „science for diplomacy“, eine Instrumentalisierung von Wissenschaft für politische und gesellschaftliche Belange, die sich zunehmend auf die internationale Ebene verlagern. Dieser Aspekt bezieht sich v.a. auf die Bearbeitung von grenzüberschreitenden Herausforderungen: die Verbreitung von Seuchen und Gefährdung von Lebensressourcen, die globale Erderwärmung, Desertifikation und Umweltverschmutzung, internationaler Terrorismus usw. scheinen in ihrer Komplexität Ausmaße erreicht zu haben, deren Bearbeitung nicht nur politischen Handlungswillen sondern auch wissenschaftlichen Sachverstand und technische Unterstützung bedürfen.

Drittens geht AWP als „science in diplomacy“ auf den viel zitierten Terminus „soft power“, zu deutsch „sanfte Macht“ (Nye 1990) zurück. So stellt Nye die traditionellen Hand-

¹ Die Konferenz wurde von über 350 Gästen aus 60 Staaten besucht. Siehe: http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Aussenpolitik/KulturDialog/Aussenwissenschaftsinitiative2009/AktuellesAWP/090119-konferenz_navCtx=264428.html (12.10.2009).

² In historischer Perspektive lassen sich Elemente von AWP seit dem Kalten Krieg festmachen. Sie betreffen einerseits das friedenspolitische Engagement von Wissenschaftlern und wissenschaftspolitischen Eliten, wie sie beispielsweise die Pugwash-Bewegung von 1957 darstellt (Wunderle 2007). Andererseits lassen sich v.a. wirtschaftspolitische Elemente von AWP spätestens seit Mitte der 1980er Jahre feststellen. Durch verbesserte Kommunikationswege und der damit rapide voranschreitenden Internationalisierung von Märkten erweiterten Unternehmen nicht nur ihren Handlungsspielraum. Unter dem Schlagwort „global localization“ wurde aber auch auf ihre immer stärker ausgeprägte funktionale Arbeitsteilung und somit ihre organisatorische Dezentralisierung hingewiesen (Doremus et al. 1998). Die Produkte und Dienstleistungen wettbewerbsfähiger Unternehmen sind dabei nicht nur technologie- und letztendlich wissensintensiver geworden, sondern müssen auch, um international absatzfähig zu sein, an die jeweiligen regionalen Bedürfnisse angepasst werden. Zudem kommen Elemente einer AWP immer dann ins Spiel, wenn sich Wissenschaft oder staatlich verordnete, zumeist ergebnisorientierte F&E internationalisierten. Europäische Beispiele beschränken sich dabei nicht nur auf bi- und multi-laterale Forschungsanstrengungen und die Einrichtung von Großforschungsinfrastrukturen, die ein erhebliches Maß an Koordinierung, neuer Jurisdiktionen, wie das Aushandeln von Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums, wissenschaftsethischer Standards, Modifikationen in der Sozialgesetzgebung und v.a. den politischen Willen partizipierender Staaten und ihrer wissenschaftlichen Akteure abverlangten und diese immer noch voraussetzen (Guzzetti 1997).

lungsweisen staatlicher Akteure in den internationalen Beziehungen in Frage (vgl. Perthes 2008, S. 48). Greifen klassische Formen der Diplomatie aufgrund unterschiedlicher kultureller Verständnisse nicht mehr, können Staaten selbst oder mittels nicht-staatlicher Akteure³ internationalen Einfluss durch sanfte und symbolische Überzeugungskraft ausüben, z.B. über den interkulturellen Dialog und eben nicht durch reinmaterielle Anreize, durch Bedrohung und andere Formen der harten Einflussnahme.⁴ AWP wird in diesem Kontext von politischen Entscheidungsträgern promoviert, da sie in Wissenschaft aufgrund ihrer universalistischen Prinzipien (Merton 1973) das Potential sehen, als interkulturelle Brücke zu fungieren, v.a. wenn das Verhältnis zwischen Nationalstaaten zerrüttet ist.

AWP steht also im Spannungsfeld dieser drei Funktionen. Dass sie durch Staaten ausgeführt werden, teilweise in loser Abstimmung mit intermediären und privaten Akteuren, teilweise in zentralisierter Weise, zeigt die folgende Auflistung (Flink/Schreiterer 2009, S. 25-26) ihrer derzeitigen Ziele:

- Hochschul- und Forschungsmarketing (Standortwerbung),
- Mobilitätsförderung, Rekrutierung internationaler Doktoranden und Forscher auf dem weltweiten Markt der Talente („the best and brightest“),
- Sicherung der „Exzellenz“ und Qualität des nationalen Wissenschaftssystems im globalen Wettbewerb durch die Kooperation mit den weltweit besten Forschern und strategische Partnerschaften mit besonders leistungsfähigen Forschungseinrichtungen („headhunting“, „leveraging capacities“),
- Optimierung von Innovationskapazitäten durch internationale Kollaboration v.a. in Schlüsseltechnologien und internationales F&T-Benchmarking,
- Technologietransfer und -vermarktung, Erschließung neuer Märkte für Hightech-Produkte,
- Monitoring internationaler Entwicklungen in „heißen“ Forschungsfeldern und in der Wissenschaftspolitik zur Identifikation vielversprechender Potenziale für eine Zusammenarbeit und strategische Partnerschaften,
- Beförderung von Themen und Anliegen mit globaler Reichweite (Sicherheit, Klimawandel, Armutsprävention, Wasserversorgung, Seuchenbekämpfung und -prophylaxe, Migration, Biodiversität, Artenschutz usw.),
- Nutzung der Leistungen und der hohen Wertschätzung von Wissenschaft als „soft power“ zur Einflussnahme in Regionen und Länder, deren Beziehungen zur westlichen Welt eher gespannt und mit Ressentiments beladen sind: „Science Diplomacy“ als Entspannungsinstrument im globalen „clash of cultures“, Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (WTZ) als Imagepflege, Wissenschaftler als Brückenbauer zwischen antagonistischen Kulturen,
- Sicherheitspolitik: Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Eindämmung terroristischer Gefahren,
- geostrategische Interessen an der Nutzung natürlicher Ressourcen (z. B. Biotreibstoff) und von Forschungskapazitäten,
- Nutzung der WTZ in der Entwicklungszusammenarbeit, Aufbau und Stabilisierung von „civic capacities“ in den armen Ländern Schwarzafrikas und in anderen Krisenregionen,

- weltweite Verbreitung und Durchsetzung von Standards guter wissenschaftlicher Praxis und für den Schutz bzw. die Nutzung geistigen Eigentums,
- gezielte Vermarktung „heißer“ Technologien in der Luft- und Raumfahrt und Energietechnik, v.a. im zivilen Nuklearbereich.

Bereits ein flüchtiger Blick auf die große Spannweite dieser Ziele kann einen stutzig machen, denn die meisten sind bereits seit langem Teil der Agenda anderer Politikfelder, so z.B. in der Bildungs- und Forschungspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit, der Gesundheits-, Sicherheits-, Arbeitsmarkt-, und Kulturpolitik. Georg Schütte (2009, S. 25-26) fragt daher zu Recht, ob AWP überhaupt als eigenständiges Handlungsfeld angesehen werden kann. Denn jenseits des von ihm und anderen gesehenen steigenden Trends internationaler wissenschaftlicher Kooperationen, von grenzüberschreitender Problembearbeitung einerseits und dem partiellen Versagen klassischer Diplomatieformen andererseits, muss nicht zwangsläufig ein neues Handlungsfeld entstehen; daher fragt sich: alter Wein in neuen Schläuchen? Dies gilt es nicht zuletzt empirisch zu klären: auf welche Weise betreiben Staaten überhaupt AWP und worin unterscheiden sie sich in ihren organisationalen Arrangements und in ihren teilweise hieraus ableitbaren Herangehensweisen?

Dieser Fragestellung geht der Artikel nach, in welchem ich das Handlungsfeld der AWP anhand von unterschiedlichen Staaten diskutiere. Im Fokus stehen die AWP Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, der Schweiz und der USA, allesamt hochindustrialisierte Staaten, deren Ökonomien als technologieintensiv gelten und deren Wissenschaftssysteme eine starke internationale Ausrichtung aufweisen. Eine Analyse ihrer AWP begründe ich dadurch, dass ihre entsprechenden Aktivitäten in mehrerer Hinsicht konvergieren. Nicht nur formulieren sie neue politische Leitideen internationalen Handelns, in denen sie AWP zur höchsten Regierungspriorität deklarieren. Auch ist den Staaten gemein, dass ihren Verlautbarungen wirklich Taten folgen, z.B. durch den Auf- und Ausbau von Wissenschaftsdiplomatennetzwerken. AWP wird aber auch neu ausgerichtet, indem sich ihre Betreiberstaaten, allen voran hoch industrialisierte Staaten mit einer starken Wissenschaftsbasis wie eben die genannten sechs Länder, verstärkt auf globale Wachstumsregionen konzentrieren. Globalen Wachstumsregionen wird nicht nur unterstellt, dass sie grenzüberschreitende und z.T. globale Probleme stärker beeinflussen als je zuvor. Auch wird ihnen ein enormes Potential bescheinigt, ihre Märkte auf Innovationsprodukte und -dienstleistungen von Morgen auszurichten; dies schließt die Ausbildung von „wissensintensivem Humankapital“ mit ein. Entgegen solcher Konvergenzen unterscheiden sich die Staaten in ihrer Prioritätensetzung und in ihrer Ausgestaltung, die z.T. aus ihrer institutionellen Verfasstheit erklärt werden können. Ausgehend von einem Sechs-Länder-Ver-

³ In neuerer Lesart wird der dezidiert nicht-staatliche Einfluss in der Außen-sicherheitspolitik als „track two diplomacy“ genannt (Kaye 2007, S. 117-119).

⁴ Die Kombination aus sanfter und harter Einflussnahme, z.B. kultureller Dialog und wirtschaftliche Förderung, wird von Nye (1990) als „smart power“ bezeichnet.

gleich sollen abschließend mögliche Implikationen für die noch recht junge Agenda der deutschen AWP diskutiert werden.

Die Außenwissenschaftspolitik im Sechs-Länder-Vergleich

In der AWP spiegelt sich stets eine typische Form staatlichen Handelns und der Organisation von Interessen und Anliegen wieder. Die daraus resultierenden „patterns of politics“ (Skocpol 1985) unterscheiden sich von Land zu Land, formen staatliche Aktivitäten in ihren manifesten wie latenten Handlungsmustern und werden von der jeweiligen politischen Kultur genauso stark geprägt wie sie diese wiederum beeinflussen. In diesem Verständnis stelle ich die AWP der Staaten im Einzelnen vor und betone im Anschluss einige strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede.⁵

Frankreich

Internationale wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit spielen in der französischen Außenpolitik seit Längerem eine große Rolle. Frankreichs Wissenschaft hat sich stark internationalisiert und mehr als 40 Prozent der Publikationen entstehen in Kooperation mit ausländischen Partnern, zuvorderst aus den USA. Die Regie für Frankreichs AWP liegt beim Außenministerium (MAEE). Das Drehbuch dafür schreibt es allerdings nicht allein. Vielmehr versteht es sich dabei als Moderator und Makler („federateur de volontés et créateur de synergies“) zwischen den Interessen und Anliegen anderer Ministerien wie dem für Forschung (MIREs) oder für Entwicklungszusammenarbeit und einer großen Zahl staatlicher Projektträger oder Forschungsorganisationen. Für die programmatische wie operative Koordination der französischen AWP ist seit Mitte der 1980er Jahre das Direktorat Forschung in der Generaldirektion für internationale Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit des MAEE zuständig; der Conseil d'Administration (Ministerrat) wird regelmäßig über das ganze Spektrum der Aktivitäten informiert. MIREs und MAEE stimmen sich über die Besetzung der F&T-Referate in den Außenvertretungen ab, doch das Gehalt der Attachés bezahlt im Regelfall das MAEE allein; selbst dann, wenn diese im Gastland hauptsächlich für eine Forschungsorganisation tätig sind, trägt es einen Teil der Personalkosten.

Für ihre AWP definieren MAEE und Forschungsministerium MIREs zwei Ziele: Erstens soll die Wettbewerbsfähigkeit der französischen F&T gestärkt werden. Allerdings verspricht Frankreichs Regierung, F&E auch in Zukunft stärker für die Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. Konzentrierte sich Frankreich in seiner WTZ bis vor kurzem stark auf seine reichen, hoch industrialisierten Konkurrenten wie die USA und einzelne Länder der EU, sind somit auch Schwellenländer („pays émergents“) in das Blickfeld gerückt. Das Wissenschaftsreferentennetzwerk soll auch vordringlich dort ausgebaut werden.

Frankreichs Außenministerium definiert drei vordringliche Aufgaben und Handlungsfelder für seine AWP: Erstens hoch qualifizierte Arbeitskräfte und Nachwuchswissenschaftler zu gewinnen, die die wissenschaftlich-technische Kompetenzbasis Frankreichs bereichern und sichern können, zweitens die Leistungsfähigkeit der französischen Wissenschaft durch die Zusammenarbeit mit den weltweit Besten und durch internationale Netzwerke zu stärken sowie drittens F&T für

eine nachhaltige Strukturförderung in den „pays du Sud“, den Entwicklungsländern, zu nutzen.

In der französischen AWP wird eine starke Orientierung an den Interessenlagen der organisierten Wissenschaft und eine Präferenz für Bottom-Up Prozesse ersichtlich – offenbar der kleinste gemeinsame Nenner für die diffuse Interessenlage der verschiedenen Akteure, Förder- und Trägerorganisationen im französischen Wissenschaftssystem. Neben thematisch nicht fokussierten „établissements d'enseignements supérieur et de recherche“ wie dem Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), den Hochschulen und Grandes Ecoles umfasst das System weitere 30 verschiedene Programmforschungseinrichtungen. Letztere agieren oft in enger Projektträgerschaft bzw. sind sie mit einem Ministerium eng verknüpft. Diese große institutionelle Vielfalt reflektieren auch die Wissenschaftsreferenten an Frankreichs Außenstellen. Häufig gehören letzteren Mitarbeiter verschiedener Forschungseinrichtungen an, die besondere Interessen am jeweiligen Gastland haben und dort selber vertreten wollen. Einige F&T-Referenten „tragen zwei Hüte“, nämlich den eines Botschaftsangehörigen und den eines Delegierten ihres F&T-Mutterhauses. Einige Organisationen wie das CNRS, das INRA oder das Centre de coopération Internationale en Recherche Agronomique pour le Développement (CIRAD) unterhalten eigene Verbindungsbüros oder ständige Repräsentanzen im Ausland, gelegentlich auch in Form organisatorischer „joint ventures“: So teilen sich beispielsweise INRA und CIRAD sowohl in Brasilien als auch in China ein Büro.

Aufgrund dieses komplexen institutionellen Arrangements erscheint Frankreichs AWP auf den ersten Blick nicht nur als ziemlich intransparent, sondern auch wenig prägnant. Die Anliegen und Aktivitäten der F&T-Referate variieren dementsprechend von Land zu Land in Abhängigkeit der Interessen ihrer Mütterhäuser. Darüber hinaus pflegen etliche Ministerien und Institute eine oft schon lange Tradition direkter Forschungskooperation mit ausländischen Partnerorganisationen; so umfasst das „réseau des instituts français de recherche à l'étranger“ (IFRE) allein in den Sozialwissenschaften 27 Institute mit weltweit 37 Standorten und rund 250 Wissenschaftlern, während das CNRS mit verschiedenen ausländischen Partnern außerhalb Frankreichs insgesamt 60 „Zwillingslabore“ betreibt.

Die wichtigste Aufgabe der F&T-Referate liegt vor diesem Hintergrund in der wissenschaftspolitischen Berichterstattung, der allgemeinen Kontaktpflege, dem Monitoring wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen im Ziel-land sowie in der Anbahnung und administrativen Pflege von WTZ-Abkommen. Im Unterschied zu den meisten anderen Referenzländern engagieren sich die Botschaften allerdings auch sehr direkt im Forschungs- und Hochschul-

⁵ Die dargestellten Ergebnisse sind ein Auszug aus einer von Flink und Schreier (2009) erstellten Studie, die sich methodisch auf einen qualitativen Vergleich der sechs Staaten stützt. Hierzu erfolgte eine Dokumentenanalyse von staatlichen und intermediären AWP-Initiativen und -Programmen, die wir durch eine Inhaltsanalyse aus 80 Leitfadeninterviews verglichen. Diese Experteninterviews wurden im Zeitraum von September 2008 bis Januar 2009 „face-to-face“ in Ministerien, Außenvertretungen, sowie in F&T-Büros intermediärer Organisationen in den Städten Beijing, Berlin, Bonn, Boston, Brasilia, New Delhi, New York, Seoul, São Paulo und Washington geführt. Zudem wurden die Ergebnisse im Rahmen eines Workshops am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung validiert.

marketing, schreiben Stipendien- und Mobilitätsprogramme für Doktoranden und Wissenschaftler aus dem Gastland aus, organisieren und betreiben die entsprechenden Bewerbungsverfahren, wählen Kandidaten aus, vergeben Gelder und betreuen

Alumninetzwerke. Darüber hinaus betreiben die Wissenschaftsreferate eine ganze Reihe weiterer Programme und Projekte – zur Forschungskooperation, aber auch zum Innovations- und Unternehmensmarketing. Auf diese Weise verfügen sie zwar einerseits über beachtliche Budgetmittel, sind dafür andererseits auch stark mit der Programmbetreuung belastet.

Schweiz

Die Bemühungen der Schweiz um eine intensive WTZ mit Ländern außerhalb Europas und der USA lassen sich auf drei Interessen zusammenfassen. Erstens, die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Hochschulen und Forschungseinrichtungen, nicht zuletzt um gute ausländische Doktoranden, Post-Docs und Wissenschaftler, um auf diese Weise eine angemessene „Valorisierung der wissenschaftlichen Leistungen der Schweiz“ erreichen. Zweitens die nachhaltige Zusammenarbeit mit Ländern, deren F&T ein großes Entwicklungspotenzial besitzt, von dem die schweizerische Wissenschaft und Wirtschaft profitieren könnten. Drittens die allgemeine Standortwerbung für die Schweiz durch die intelligente Nutzung von Wissenschaft, Forschung, Innovation und Kunst, z.B. unter dem Dach der Initiative „+hink swiss“. Zentrale Aufgabe der schweizerischen Wissenschaftsreferenten ist das Marketing für den „Wissenschaftsplatz Schweiz“ und für die Master- und Ph.D.-Programme der Schweizer Hochschulen. Das beinhaltet neben der obligaten Beziehungspflege zur Politik und Verwaltung sowie zu Bildungs- und Forschungsinstitutionen im Gastland auch die Beobachtung von dessen Entwicklungen in der Wissenschafts-, Technologie- und Innovationspolitik. Hinzu kommt die regelmäßige oder anlassbedingte Berichterstattung, Informationsvermittlung durch Newsletter, Internetseiten oder Tagungsberichte und nicht zuletzt die Vorbereitung und Betreuung von Delegationsbesuchen aus der Schweiz. Weil sie Partnerschaften und Kooperationsmöglichkeiten v.a. außerhalb der vertraglich geregelten Förderschwerpunkte ausloten und anbahnen sollen, betrachten sich die Räte selber gern als „knowledge brokers“. Während die Zusammenarbeit Schweizer Wissenschaftler mit Kollegen und Instituten aus anderen europäischen Ländern und den USA traditionell bottom-up und in aller Regel problemlos verläuft, hat man sich in den neuen Zielländern für eine andere, stärker koordinierte und koordinierende Herangehensweise entschieden, ohne dadurch Kompromisse hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualität machen zu müssen. Globale Probleme und Herausforderungen wie der Klimawandel oder eine nachhaltige Ressourcennutzung sind keine zentralen Anliegen für die schweizerische AWP. Auch geostrategische, sicherheits- oder kulturpolitische Überlegungen – AWP als „soft power“ – spielen für die Schweiz keine Rolle. Stattdessen dominieren klar umrissene, pragmatische wissenschafts- und innovationspolitische Interessen. Nach ersten Erfahrungen mit Pilotprogrammen in Indien und China zwischen 2004 und 2007 benennt die aktuelle Botschaft für die bilaterale For-

schungszusammenarbeit fünf generelle Erfolgsbedingungen für die Instrumentierung der Kooperationsprogramme mit den neuen Schwerpunktländern: „Es muss eine nationale Strategie definiert werden, die auf einige Länder fokussiert ist, die über das erforderliche wissenschaftliche und technologische Potenzial verfügen, und für die Lancierung der Zusammenarbeit müssen ausreichende Finanzmittel bereitgestellt werden.“

Die Schweizer Hochschulen, der SNF und die KTI müssen sich an dieser Partnerschaft beteiligen und einen Teil ihrer Kooperationskapazitäten zur Verfügung stellen. Zwischen den Partnerländern muss ein Regierungsabkommen ausgearbeitet werden. Dieses muss sich am Grundsatz der Gegenseitigkeit orientieren und die wichtigsten wissenschaftlichen Themen, die Grundlagen der Zusammenarbeit und den Umfang der Ressourcen präzisieren, die die beteiligten Länder zu investieren bereit sind. Für jedes Schwerpunktländ muss ein Leadinghouse bezeichnet werden, das die Steuerung des Kooperationsprogramms sicherstellt. Die für die wissenschaftliche Leitung der Zusammenarbeit zuständigen Schweizer Hochschulen erstatten dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung Bericht. Nach Möglichkeit sind private Unternehmen von Beginn weg in die Partnerschaft einzubinden. Ferner sollten es diese Programme erlauben, wissenschaftliche, technologische und kulturelle Anliegen so weit als möglich miteinander zu verbinden, so dass Synergien genutzt, Kosten minimiert und die Wirkung der gemeinsamen Aktivitäten gestärkt werden“ (SBF 2008, S. 1345).

Eine weitere interessante Komponente der schweizerischen AWP sind ihre Innovationshäuser SWISSNEX. Diese vom Schweizer Außenministerium⁶ und dem SBF gemeinsam finanzierte Einrichtungen vereinen die Förderung bilateraler WTZ, die Nutzung von F&E für den Aufbau internationaler Netzwerke ebenso wie für das gezielte Standortmarketing der Schweiz in besonders attraktiven Standorten des Auslands. Erstens runden sie das Aufgaben- und Kompetenzspektrum der Wissenschaftsräte ab, indem sie eine leicht zugängliche und gut sichtbare Plattform für eine Vermarktung Schweizer Wissenschaften und Innovationen bieten und hybride Netzwerke aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft knüpfen, protokollarisch aber dennoch hoch angesiedelt sind, weil ihre Leiter diplomatischen Status haben. Zweitens finanzieren sie ihre Arbeit in PPP, d. h. durch eine Mischung aus öffentlichen Mitteln und privaten Zuwendungen von Unternehmen, Stiftungen und Sponsoren. Daraus resultiert ein dritter wichtiger Unterschied: Während die Wissenschaftsreferenten die Aufgabe haben, wissenschaftspolitische Entwicklungen im Gastland zu beobachten und die internationalen Programme des SBF zu begleiten, müssen sich die Swisnex-Häuser am Markt bewähren, d.h. an den Interessen potenzieller „stakeholders“ orientieren. Anders gesagt müssen sie die Anliegen und Interessen von Institutionen, Organisationen und Unternehmen des Gastlandes mit denen Schweizerischer Einrichtungen auf eine Weise zusammenzubringen, dass beide Seiten von diesem Service etwas haben und aus der gemeinsamen Aktivität ein Mehrwert für beide resultiert. Zu guter Letzt nehmen sie

⁶ Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

auch noch Service-Aufgaben für Schweizer Unternehmen und Organisationen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen wahr, indem sie Kandidaten für Ph.D.-Programme vorsortieren oder Videokonferenzen organisieren, in denen sich Bewerber auf eine Stelle in der Schweiz vorstellen können, ohne gleich dorthin reisen zu müssen.

Großbritannien

Aus britischer Sicht hat die internationale WTZ erst während der letzten fünf Jahre stark an Bedeutung gewonnen. Die Hochkonjunktur von Themen wie Klimawandel, Armutsbekämpfung (UK Government 2000, S. 10-20), Seuchenprävention und spätestens nach den Anschlägen in New York, London und Madrid Sicherheitspolitik, der enorme Globalisierungsdruck in der Wirtschaft und nicht zuletzt der rasanten Aufschwung der BRIC-Staaten rückte sie mehr und mehr in den Fokus sowohl der Öffentlichkeit als auch der Regierung. So veröffentlichte das Foreign and Commonwealth Office (FCO) 2006 eine Denkschrift mit zehn Prioritäten für die britische Außenpolitik für die kommenden zehn Jahre, in denen internationale Wissenschaftskooperation an fünfter Stelle genannte wird. Etwa zeitgleich konnten zwei vom damaligen Department of Trade and Industry kommissionierte Studien aufzeigen, wie sehr britische Forschungseinrichtungen und Unternehmen von europäischen und internationalen F&E-Kooperationen profitieren, teilweise weil sie eine willkommene Substitutionsquelle darstellen.⁷ Schließlich verstand es die Regierung auch, Themen ihrer „Global Agenda“ als auch für die Wirtschaft interessant darzustellen (vgl. Initiative „Promote a Low Carbon, High Growth, Global Economy“, <http://www.fco.gov.uk/en/departmental-report/part1/low-carbon-high-growth/> (02.12.2008)). Das Global Science and Innovation Forum, ein eigens für die AWP eingerichtetes Instrument zum kontinuierlichem Austausch zwischen Ministerien und Wissenschaftsorganisationen, definierte 2006 folgende Hauptanliegen für die britische AWP:

1. Wissenschaftliche Kooperation – Die Zusammenarbeit mit den weltweiten besten Universitäten und Forschungseinrichtungen fördern; Talente und „facilities“ für die britische Wissenschaft gewinnen; Forschern aus dem UK einen besseren Zugang zu ausländischen Fördermitteln verschaffen.
2. Innovation – Einwerbung F&T-intensiver ausländischer Investitionen; britischen Unternehmen Zugang zu internationalen Benchmarks in F&T verschaffen; Partnerschaften in F&E und im Technologietransfer anstiften.
3. Einfluss – Wissenschaft und Innovation nutzen, um internationale Kernanliegen der britischen Regierung (Armuts- und Seuchenprävention, Terrorismusbekämpfung usw.) zu befördern und deren Glaubwürdigkeit zu erhöhen.
4. Politikberatung – Identifikation von „best practices“ in der Wissenschafts- und Innovationspolitik; Propagierung und Durchsetzung internationaler Regelwerke für gute wissenschaftliche Arbeit und zum Umgang mit kontroversen „emerging areas of science and technology“ wie Nanotechnologie oder Gentechnik.

Die vier Ziele zeigen eine bemerkenswerte Verquickung von „weichen“ und „harten“ Anliegen, von harten sicherheits-

politischen Anliegen und wissenschaftlichen wie wirtschaftlichen Interessen.

Ausführendes Organ der Wissenschaftsreferenten unter der Ägide des seit 2007 neu gegründeten Department for Innovation, Universities and Skills (DIUS)⁸, ist das so genannte Science and Innovation Network (SIN). Seine Referenten sollen es sich ausdrücklich zueigen machen: „[t]o bridge the gap between the academic and business science communities in the UK and overseas“ (DIUS 2009, S. 9). Soll in einem Land ein SIN aufgebaut werden, vollzieht die Internationale Wissenschafts- und Innovationsabteilung des DIUS zunächst eine Stärken-Schwächen-Analyse des Standorts, um kundenorientiert interessante Arbeitsfelder für SIN herauszukristallisieren. Diese kontinuierliche und reflexive, d.h. auf britische Kundschaft (Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen, Förderorganisationen) ausgerichtete, Vermessung wird durch DIUS in einer Anliegen-Länder-Matrix veranschaulicht: Bestimmte Themen werden überall „vermarktet“, einzelne Schwerpunkte regional-spezifisch gesetzt. In dieser Matrix sind v.a. auch die für die britische AWP relevanten Zielländer deutlich erkennbar: Top-Kandidaten für den Aufbau von „Key international partnerships“ sind neben den USA, China, Indien, Brasilien, Südafrika und die Türkei. Ihre wichtigsten Aufgaben bekommen die Referenten von SIN jährlich vom DIUS in einem Geschäftsplan („business plan“) mitgeteilt, dessen Inhalte vorher einvernehmlich abgesteckt und fortlaufend (halbjährlich) überprüft und nachjustiert werden sollen. Diese Aufgabenpakete und Geschäftspläne für die einzelnen SIN sollen auf der einen Seite den feststellbaren Bedarf an deren Leistungen, zum anderen aber auch neuen Handlungsmöglichkeiten für die britischen Leistungsabnehmer und Akteure widerspiegeln. In der islamischen Welt beispielsweise soll „science diplomacy“ eingesetzt werden, um einen interkulturellen Dialog mit der gebildeten Elite zu fördern. Großbritannien hatte sich nicht zuletzt als fester Partner der USA gerade in der islamischen Welt ihr Ansehen verspielt.

Japan

Bereits das S&T Basic Law von 1995 hatte neben einer Verbesserung des internationalen Informations- und Datenaustauschs und einer besseren internationalen Vernetzung der japanischen Wissenschaft verstärkte Anstrengungen zur Förderung der internationalen Mobilität japanischer Forscher und internationaler F&E-Projekte eingefordert

⁷ Großbritannien ist nicht nur Spitzenreiter, wenn es um die absolute Zahl eingeworbener Drittmittel des EU-Forschungsrahmenprogramms geht, sondern verzeichnet hier auch die höchsten Erfolgsquoten bei der Antragsbewilligung. Siehe ADL (2005): Internationalisation of research and development in the UK – a review of the evidence, <http://www.dti.gov.uk/science/uk-intl-engagement/gsif/index.html> (15.12.2008). Mehr als zwei Drittel der britischen Hochschulen erwarteten einen deutlichen Anstieg ihrer internationalen Forschungsk Kooperationen; siehe Technopolis (2005): Drivers, barriers, benefits and government support of UK international engagement in science and innovation, S.9, Anlage 7. <http://www.dti.gov.uk/science/uk-intl-engagement/gsif/index.html> (02.12.2008).

⁸ Genauer gesagt bei dessen Office of Science and Technology (OST) welches früher den Namen Office for Science and Innovation trug (OSI). OSI war Teil des von der Regierung Tony Blairs neu gebildeten Department of Trade and Industry (DTI); seine Hauptaufgabe war die Innovationsförderung und das Technologiemarketing. Unter Gordon Brown wurde das DTI in ein Forschungs- und Bildungsministerium (DIUS) und ein Wirtschafts- und Handelsministerium, das Department for Business, Enterprise & Regulatory Reform (BERR), geteilt.

(<http://www8.cao.go.jp/cstp/english/law/index.html> (10.02.2009)). Der dritte S&T Basic Plan für die Jahre 2006 bis 2010 weist für die Programmforschung Japans vier strategische Prioritäten aus: Lebenswissenschaften, IKT, Nanotechnologie einschließlich Materialwissenschaften sowie Umweltwissenschaften. In zweiter Priorität stehen Energie- und Produktions-, Raumfahrt- und Meerestechnologien sowie der Aufbau sozialer Infrastruktur (<http://www8.cao.go.jp/cstp/english/basic/index.html>, Kapitel 3 (10.02.2009)). Hinter der Konzentration der Forschungsaktivitäten und -förderung auf technische Innovationen und industrielle Anwendungen trat die Grundlagenforschung zurück und führte eher ein Schattendasein. Inzwischen erscheint das immer deutlicher als klares Manko des japanischen Forschungs- und Innovationssystems, so dass die Stärkung der Grundlagenforschung zu einer der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen für Japans Wissenschaftspolitik geworden ist.

Vor allem durch die USA, aber auch durch die EU und dynamische, wachstumsstarke asiatische Länder wie China und Indien sieht sich das Land einem immer schärferen Wettbewerb um Innovationen ausgesetzt, in dem es seine Position durch eine ehrgeizige, zentral koordinierte und international ausgerichtete Innovationspolitik zu verbessern versucht. Laut Japans Hightechstrategie („Innovation 25“) sei es daher dringend notwendig, die Verkrustungen im Wissenschafts- und Forschungssystem durch interne Wettbewerbsmechanismen zu überwinden und F&E viel stärker international zu öffnen und zu vernetzen (<http://www.cao.go.jp/innovation/en/index.html> (11.02.2009)). Auch Japan setzt dabei auf die Rekrutierung internationaler Spitzenwissenschaftler und auf die Entsendung seiner eigenen Forscher an international anerkannte Wissenschaftsstandorte. Aber AWP als „soft power“ spielt in der japanischen Außenpolitik eine zunehmend große Rolle (CSTP (2008), <http://www8.cao.go.jp/cstp/english/panhu/13.pdf> (12.12.2008)).

Die einzelnen Maßnahmen, die der CSTP dafür vorschlug, bilden ein Potpourri aus „harten“ Interessen und „weichen“ Anliegen. Geostrategische Erwägungen, nämlich das Interesse Japans an einer Eindämmung des wachsenden chinesischen Einflusses im südlichen Afrika, führten dazu, dass der CSTP die WTZ mit Entwicklungsländern, insbesondere neue Partnerschaften in Afrika, weit oben auf die Agenda setzte. Bestehende F&T-Partnerschaften mit hoch entwickelten Industrieländern sollten durch neue Netzwerke ergänzt und befestigt werden, v.a. aber nicht nur für die enge Zusammenarbeit in besonders ressourcenintensiven Feldern. Die Empfehlung, die F&T-Dienste in den Außenvertretungen Japans zu verbessern, wurde damit begründet, es sei dringend nötig, den Aufbau von „advanced research facilities outside of Japan“ zu ventilieren. Aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen ist Japan auch viel daran gelegen, in der internationalen Arena als ein führender Anbieter hoch entwickelter, sehr leistungsfähiger Umwelttechnik und zugleich auch als Advokat einer globalen Umweltagenda wahrgenommen zu werden.

Im Februar 2008 veröffentlichten die nicht der Regierung angehörenden Mitglieder des CSTP unter dem Titel „Specific actions for the Japanese government to enhance Science & Technology as Diplomacy“ eine Stellungnahme, in der sie

auf die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit der japanischen Wissenschaft mit den besten Universitäten und Forschungslabors auf der ganzen Welt hinwiesen, in einzelnen Projekten ebenso wie in gemeinsamen Forschungseinrichtungen. Sie regten an zu erkunden, wie Unterstützungsmaßnahmen für die Einrichtung gemeinsamer internationaler Forschung verbessert werden könnten und schlugen vor, die internationale Sichtbarkeit der japanischen Wissenschaft durch gezielte Marketing-Initiativen wie z.B. die Ernennung exzellenter Forscher und Ingenieure zu „Science & Technology Ambassadors“ Japans zu erhöhen (http://www8.cao.go.jp/cstp/english/doc/s_and_t_diplomacy/20080229specific_actions_for.pdf (12.12.2008)). Die meisten dieser Vorschläge finden sich in dem programmatischen Papier des CSTP „Toward the Reinforcement of Science and Technology Diplomacy“ vom 19. Mai 2008 wieder, das für die japanische F&E gleich eine ganze Palette von Internationalisierungsmaßnahmen vorsieht und zu einem Schlüsseldokument für die auswärtige F&T-Politik Japans geworden ist (http://www8.cao.go.jp/cstp/english/doc/s_and_t_diplomacy/20080519_tow_the_reinforcement_of.pdf (12.02.2009)). Ausgehend von der Diagnose, dass die diplomatische Maßnahmen Japans keine ausreichenden Erfolge erzielten, benennt es vier Leitmaximen für eine neue AWP, deren vordringliche Anliegen und konkrete Ansatzpunkte sind: Wechselseitiger Nutzen für sämtliche Kooperationspartner, Synergien zwischen F&E und Außenpolitik, die gezielte Ausschöpfung internationaler Humanressourcen und nicht zuletzt eine stärkere internationale Präsenz Japans als einem „reliable partner“ und „international brand for excellent S&T“ sind die vier Leitmotive, die drei wichtigsten Anliegen die Intensivierung der WTZ mit Entwicklungsländern, um deren „capacity building“ zu stärken, der Abschluss multilateraler Partnerschaften an der vordersten Front der wissenschaftlichen Entwicklung und schließlich ein starkes Engagement „in forming international agreements and creating international frameworks“, um Japans „leadership“ in diesem Bereich tatkräftig unter Beweis zu stellen. Dass es seine AWP bisher so inkonsistent und unkoordiniert betrieben habe, sei nicht länger hinnehmbar. Die vielen Einzelmaßnahmen, die im CSTP-Papier behandelt werden, verstehen sich als Mosaiksteinchen eines Gesamtkonzepts, das größten Wert auf Stimmigkeit und eine konzertierte Aktion verschiedener Politikbereiche legt. Dies gilt nicht zuletzt für den Vorschlag, das Wissenschaftsreferenten-Netzwerk Japans auszubauen und auf dem internationalen Parkett auch im Interesse der Wirtschaft deutlich mehr Flagge zu zeigen. Zwar sind die einzelnen Vorschläge nicht materiell unter setzt und voll implementiert worden. Immerhin aber reflektiert das Papier das klare Bestreben Japans, sich den neuen internationalen Herausforderungen durch bessere interministerielle Koordination und ein neues Betriebssystem für seine AWP und F&T-Politik zu stellen.

USA

Auf den ersten Blick unterscheidet sich die Interessenlage der USA in der internationalen F&T-Politik und WTZ kaum von der anderer Referenzländer. Ganz obenan steht die langfristige Sicherung ihrer wissenschaftlichtechnischen Kapazitäten und Leistungsfähigkeit, und d.h. immer expliziter des Zugangs zu und der Kooperation mit den weltweit in-

teressantesten und besten Forschungsstätten sowie den talentiertesten Wissenschaftlern: „The U.S. is no longer the unquestioned leader in certain S&E fields ... and must increasingly rely on and learn from other countries.“ Ähnlich verhält es sich mit dem gemeinsamen Interesse an kostensparenden multilateralen Projektpartnerschaften in der Großforschung. Auch die Liste der wichtigsten Themen und Anliegen weist zunächst keine Besonderheiten auf – sie ist eher noch umfassender als die des britischen Science and Innovation Networks (SIN), obwohl Innovationsförderung darin gar nicht auftaucht. Und was zumindest auch für Frankreich und Japan gilt, ist dass auch die AWP der USA bis in die Vermarktung von Nuklearkraftwerken und streng geheimen Produkten der Luft- und Raumfahrtindustrie hineinreicht.

Beim genaueren Hinsehen ist die amerikanische Herangehensweise jedoch anders und sehr speziell: Erstens spielt für die USA das Standortmarketing praktisch keine Rolle; es taucht weder im strategischen Portfolio des Department of State (DoS) und ihrer für F&T zuständigen Abteilung, dem Bureau of Oceans and International Environmental and Scientific Affairs (OES), auf noch in der täglichen Arbeit der Referenten in den Environment, Science, Technology and Health Services der US-amerikanischen Botschaften und Konsulate. Daran besteht einerseits kein Bedarf, weil die amerikanische Forschung und amerikanische Universitäten überall in der Welt sehr hoch im Kurs stehen. Zum anderen betreiben die Universitäten – und viele sind nicht staatlich sondern privatrechtlich organisiert – ihr Internationalisierungsgeschäft selber. Zweitens machen die USA gar keinen Hehl daraus, dass sie mit ihrer Wissenschaftsaußenpolitik allem voran nationale Interessen verfolgen: Das bedeutet an erster Stelle Kapazitätssicherung – „augmentation of scientific human capital“ und „leveraging on foreign science capacities“ in strategisch wichtigen Feldern wie z.B. IKT oder Biotreibstoffe und den entsprechenden Partnerländern. Daneben verstehen die USA die internationale WTZ aber auch als ein zunehmend wichtigeres Instrument der Diplomatie – als „soft power“, die „positive relationships with foreign publics“ stiften soll.

Unter dieser Perspektive werden F&T nicht allein zum Türöffner, sondern vielmehr auch zu einem Vehikel für die Verbreitung politischer Werte und Ordnungsvorstellungen, für die die USA stehen, und zur flankierenden Unterstützung nationaler Interessen. Die Förderinitiativen, die das OES für einzelne Zielländer (allesamt außerhalb der westlichen Hemisphäre) aufgelegt hat, versteht es daher in erster Linie als Hilfestellung für ein weit größeres Projekt, nämlich „building civil society“. Solchen politischen Zielvorstellungen entspricht eine Lesart bilateraler WTZ-Abkommen, wonach diese unbedingt eine „protection and allocation of intellectual property rights and benefit sharing“ bieten sowie dazu dienen sollten, „to facilitate access for researchers, ... and respond to the complex set of issues associated with economic development, domestic security and regional stability.“ Drittens wiegen für die USA seit dem 11. September 2001 sicherheitspolitische Überlegungen weit aus schwerer als für alle anderen Länder.

In jüngster Zeit haben diverse „Think Tanks“ und Einrichtungen die schlecht orchestrierte und stiefmütterlich behandelte AWP der USA kritisiert, eine stärkere programma-

tischen Koordination angemahnt und auf die Notwendigkeit von mehr Ressourcen sowie besser qualifizierten Personals hingewiesen. So stellte die American Academy of Diplomacy der US-Regierung im November 2004 ein miserables Zeugnis aus: „Coordination of scientific issues within the government is inadequate and the cadre of scientifically knowledgeable diplomats in foreign affairs is woefully lacking.“ Im Oktober 2008 legte dieselbe Einrichtung eine Denkschrift vor mit dem Titel „A Foreign Affairs Budget for the Future – Fixing the Crisis in Diplomatic Readiness“, worin eine Aufstockung des F&T-Bereichs im Außenministerium um 70 Stellen gefordert wird. Einen dringenden Bedarf an mehr inhaltlicher Kohärenz und technischer Koordination der verschiedenen Akteure in der amerikanischen Wissenschaftsaußenpolitik konstatierte auch die Denkschrift des National Science Board vom Februar 2008. Derlei Kritiken sind nicht neu, sondern wurden durch wissenschaftspolitische Aufrufe der Zeitschrift *Science* untermauert (Turekian/Lord 2008, S. 769-770; Solomon 1998, S. 1649-1650; Ratchford 1998, S. 1650).

Soweit keine direkten Sicherheitsinteressen der USA ins Spiel kommen, wird die Arbeit der ESTH-Serices im Ausland ganz überwiegend von wissenschafts- und umweltpolitischen Anliegen und je nach Land unterschiedlichen prioritären Projekten bestimmt. Ihre wesentliche Aufgabe beschreiben die Referenten als Vermittlungsdienste, US-amerikanischen Forschern und Wissenschaftseinrichtungen Zugang zu den akademischen und materiellen wissenschaftlichen Ressourcen des Gastlandes verschaffen („harnessing talent“), und nach allem Ausschau halten, was Förderorganisationen und die „scientific community“ in den USA am Gastland interessieren könnte und eine entsprechende Zusammenarbeit anzuregen. Wirtschaftlich-technische Angelegenheiten, insbesondere die Interessenvertretung von Wirtschaftsunternehmen, fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des OES, sondern werden von der Wirtschaftsabteilung des DoS in enger Zusammenarbeit mit dem Department of Commerce, dem Wirtschaftsministerium und dem National Institute of Standards and Technology wahrgenommen. Welche Rolle F&T und die internationale WTZ für die amerikanische Außenpolitik insgesamt spielen ist schwer zu beurteilen. Fest steht jedoch, dass ihre Bedeutung gewachsen ist. So wurde 2000 im Außenministerium der neue Posten eines Science and Technology Advisor to the Secretary geschaffen. Andererseits mangelt es der amerikanischen AWP noch immer an einer kohärenten Agenda, an klarer Sichtbarkeit und damit auch an Einfluss innerhalb der Verwaltung.

Deutschland

Die deutsche AWP ist ebenfalls nicht erst gestern etabliert worden. In enger Definition war es das BMFT⁹, das kurSORISCH F&T-Referenten in deutsche Botschaften entsendete. Sie waren vor allem für die Anbahnung und rechtliche Absicherung von internationalen Partnerschaften sowie für die Vermarktung von deutschen Technologien, z.B. im Bereich der zivilen Kernkraft, verantwortlich. Dieses Netzwerk wurde sukzessiv erweitert. Mittlerweile sind für AWP sowohl das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als auch das Auswärtige Amt zuständig (AA). Allerdings bleibt es, bis auf wenige Ausnahmen¹⁰, bei der Rege-

lung, dass Referenten aus dem BMBF in Außenstellen entsendet werden.

Der politische Bezugsrahmen deutscher AWP wird seit nunmehr vier Jahren entwickelt. Die in der Einleitung skizzierte „Initiative Außenwissenschaftspolitik 2009“ versteht sich als Anschluss der Bundesregierung an die „Konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ und soll der Hightech-Strategie vom August 2006 sowie ihrer Internationalisierungsstrategie vom Februar 2008 einen neuen programmatischen Bezugsrahmen geben. Gleichzeitig wird sie als Schwerpunkt mit der Initiative Auswärtige Kulturpolitik 2009 des AA verzahnt. Insgesamt 43 Millionen Euro stellt das Ministerium 2009 für die internationale Vernetzung des Wissenschaftsstandortes Deutschland zur Verfügung. Nicht zuletzt werben aber die zuständigen Ministerien, Auswärtiges Amt (AA) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), mit der Initiative AWP gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag, die Personalpräsenz so genannter Wissenschaftsreferenten an deutschen Botschaften aufzustocken. Zum anderen fällt die Initiative, Personalpräsenz für F&E im Ausland zu erweitern, nicht einfach vom Himmel: begleitet wird sie durch strategische Analysen, Wissenschaftsreferenten in solche Regionen zu entsenden, von denen sich F&E-Stakeholder in Deutschland gewinnbringende Partnerschaften erhoffen.

Dass sich die deutsche AWP derzeit in einer Phase des Umbruchs befindet zeigt bereits ein Vergleich der Dienstweisungen des AA für Wissenschaftsreferenten von 1991 und 2007. Erstere definierte noch die Informations- und Kontaktpflege als deren wichtigste Aufgabe. In den Entwürfen von 2007 für eine Vereinbarung zwischen dem AA und dem BMBF über ihren Einsatz wird die Anweisung nicht nur präzisiert, sondern zumindest ansatzweise in eine breitere politische Agenda eingebettet: der deutschen Forschung müsse Zugang zur internationalen Forschung und internationalen Partnern verschafft und Deutschland als Forschungsstandort international sichtbar gemacht werden. Ferner sollen internationale Entwicklungstrends in Wissenschaft, Technologien und Innovationsprozessen frühzeitig analysiert werden, um Kooperationspotenziale für die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft zu erschließen. Klar erkennbar ist, dass das BMBF und das AA die Zeichen der Globalisierung erkannt haben: die Rahmenbedingungen für Technologie- und Innovationsförderung sowie für Forschung haben sich massiv verändert. Daher wurde zwischen den beiden Ministerien vereinbart, die Berichterstattung über forschungs- und technologiepolitische Entwicklungen in den Mittelpunkt zu stellen. Auffällig ist, dass im Gegensatz zu einigen anderen Staaten, z.B. Großbritannien, keine thematischen Prioritäten in Kombination mit wichtigen Zielregionen definiert werden, auf die sich die Arbeit der Referenten konzentrieren sollte. Auch ist nicht ersichtlich, ob und wie die allgemeinen Handlungsanweisungen für die Wissenschaftsreferenten der Vielzahl politischer Forderungen an eine neue AWP – so z.B. friedenspolitisches Engagement, wissenschaftsbasierte Diplomatie als kultureller Dialog oder als Nachhaltigkeitsinstrument zur Bearbeitung grenzüberschreitender Probleme usw. – entsprechen können.

Auch bleibt ungeklärt – dies beklagen zuweilen die in den Außenvertretungen tätigen Referenten –, wem die gewon-

nenen Informationen von Nutzen sein sollen. Ein dem britischen System entlehntes Global Science and Innovation Forum unter Beteiligung aller in Deutschland agierenden Wissenschafts- und Technologieinstitutionen als strategischer Aufgabenverteiler und Informationsabnehmer ist aber noch nicht in Sicht, zumindest wenn AWP jenseits ihrer wissenschafts- und forschungspolitisch proklamierten Ziele auch andere Funktionen erfüllen soll. Dabei wäre eine solche interministerielle und interorganisationale Plattform gerade aufgrund der Ausdifferenziertheit und des Wandels des deutschen Wissenschaftssystems (Knie/Simon 2010, S. 27-30) und den individuellen Bedarfslagen seiner Wissenschaftsorganisationen und anderer F&T-relevanter Akteure ratsam.¹¹ Positiv zu bewerten ist hingegen die Entwicklung deutscher Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) im Ausland. Finanziert durch das AA mit rund 3 Mio. Euro, erfolgt ihr Aufbau in Zusammenarbeit mit der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag.¹² Hier scheinen die Schweizer SWISSNEX-Häuser Modell gestanden zu haben, ob sie jedoch Erfolg haben werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich die deutschen F&T-Organisationen nicht aufgrund ihrer Profilierungsstrategien und ihren z.T. starken Autonomieansprüchen nicht gegenseitig im Weg stehen werden.¹³

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der AWP

Worin unterscheiden sich die beschriebenen Staaten im Betreiben ihrer AWP? Würde man eine Typologie staatlicher

⁹ Im Jahr 1969 erhielt der Bund neue Kompetenzen in der Bildungsplanung und der Forschungsförderung, denen entsprechend das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) bis 1994 arbeitete. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie wurde 1972 gegründet, um angewandte- und Grundlagenforschung sowie technologische Entwicklung zu fördern. Nach der Bundestagswahl 1994 fusionierten BMBW und BMFT in das bis heute existierende Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF). Die Abteilung Technologiepolitik musste das BMBF 1998 allerdings an das Wirtschaftsministerium abgeben und wurde daher in Bundesministerium für Bildung und Forschung umbenannt.

¹⁰ Beispielsweise operiert in der Deutschen Botschaft in Delhi, dem französischen Modell ähnelnd, ein Wissenschaftsreferent sowohl im Auftrag der Max-Planck-Gesellschaft als auch im Auftrag der Bundesregierung. Ver einzelt werden auch so genannte „Karrierediplomaten“ aus dem AA für F&T eingesetzt.

¹¹ Anders ausgedrückt: ein deutscher Wissenschaftsreferent ist an seine Berichtspflicht gebunden und leitet Informationen zuoberst dem AA weiter, in bestimmten Fällen auch dem BMBF. In den beiden Ministerien wird, auch auf Empfehlung über die Dringlichkeit des Mitarbeiters aber nicht ausschließlich, entschieden, wem im Übrigen Informationen zukommen dürfen. Im günstigsten Fall pflegen die Referenten der Außenstellen einen guten Informationsaustausch mit Vertretern der Wissenschaftsorganisationen und der deutschen Handelskammer – so sie vor Ort operieren – jedoch garantiert dieser informelle Austausch per se keine schnellen Informationsaustausch, auf den F&E-Stakeholder und andere relevante Akteure zeitnah und adäquat reagieren können.

¹² Das erste DWIH wird in São Paulo (Brasilien) eröffnet. Weitere geplante Pilotstandorte sind zunächst Moskau, Neu Delhi und Tokio.

¹³ Auch hier lassen im Rückblick Beispiele deutscher Kakophonie schnell finden. So wurde vor mehr als 15 Jahren die Koordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen in Brüssel gegründet, um neben der für deutsche Wissenschaftler kostenfrei bereitgestellten Beratung im Zuge des aufwendigen „EU-Antragsgeschäftes“ einen koordinierten Auftritt der deutschen Wissenschaft leisten zu wollen. Schnell musste v.a. letzterer Anspruch fallen gelassen werden, da mehr und mehr Wissenschaftsorganisationen ihre eigenen Interessen in Brüssel verfolgen wollten. Der große Unterschied zwischen Brüssel und anderen Standorten ist glücklicherweise, dass in letzteren derzeitig weniger Drittmittel eingeworben werden können.

Steuerung von F&T entwickeln, stünden Staaten wie Frankreich und Japan mit ihrer zentralistisch regierten, stark koordinierten und geplanten F&T-Politik auf der einen Seite des Spektrums. Erwartet man entsprechend von ihrer AWP einen einheitlichen bzw. zentral gelenkten Ansatz, sieht man sich jedoch getäuscht: Mehr als in den anderen vier Ländern, operieren Frankreichs und Japans Wissenschaftseinrichtungen teilweise auf selbständiger Basis und teilweise integriert in den Außenvertretungen; dies gilt insbesondere für Frankreich, dessen Referenten sowohl aus Hochschulen, CNRS-Instituten oder themenspezifischen Institutionen in die Außenvertretungen entsendet werden – gewissermaßen also zwei Hüte tragen –, sich jedoch primär mit ihren F&T-Einrichtungen identifizieren als mit einer französisch verordneten AWP des Außenministeriums.

Ganz anders verhält es sich in den USA: ihre AWP ist ebenso dezentralisiert und unübersichtlich organisiert wie ihre Wissenschaftspolitik selbst. Weder lässt sich ein operatives Zentrum erkennen, noch definieren die USA klare Ziele für ihre AWP. Sie funktioniert nach dem Bauchladen-Prinzip, in dem sowohl harte als auch weiche, politisch-, wie wissenschaftlich- und wirtschaftlich motivierte Aktivitäten integriert sind. Masterpläne zur Handlungsanleitung seiner Wissenschaftsdiplomaten ließen sich im zuständigen Außenministerium nicht ermitteln; die Agenda der Diplomaten wird „im laufenden Geschäft“ pragmatisch angepasst. Auch ist kein institutionalisiertes Forum erkennbar, in dem staatliche Entscheidungsträger, Vertreter von Wissenschaftsorganisationen und sonstige Stakeholder Belange der AWP diskutieren und sie strategisch umsetzen, geschweige denn Handlungsempfehlungen für Wissenschaftsdiplomaten daraus zu formulieren.

Deutschland, Großbritannien und die Schweiz stehen mit einer jeweils unterschiedlichen Mischung aus zentraler Koordination und dezentralen Akteuren gewissermaßen zwischen diesen beiden Polen. Die Schweiz konzentriert sich ausschließlich und in intelligenter Abstimmung mit ihren wissenschaftlichen Organisationen auf die Anbahnung und Verwertung internationaler wissenschaftlicher Kooperationen und auf die Promotion ihres Bildungs- und Forschungsstandortes. Hingegen wird Großbritanniens AWP vordergründig durch die eingangs beschriebene, zweite Funktion „science for diplomacy“ definiert. Klima-, Sicherheits-, Gesundheitspolitik und andere Themen sind scheinbar ihre Triebkräfte. Dabei wird britische AWP von vornherein zwischen ministeriellen, intermediären und privaten Akteuren abgestimmt und in klare Handlungslinien umgesetzt. Allerdings wurde die Fokussierung auf primär politische Ziele von britischen Forschungsförderorganisationen, den Research Councils UK, zunehmend kritisiert, die nun eigenständig ihre Außenvertretungen etablieren und naturgemäß wissenschaftsgetrieben internationale Kooperationsmöglichkeiten ausloten.

Außenwissenschaftspolitik – zu welchem Zweck, mit welchen Mitteln?

Die in diesem Artikel dargestellten Staaten und ihre intermediären und z.T. privaten Organisationen weisen ihren AWP unterschiedliche Funktionen zu und organisieren sie in unterschiedlicher Art und Weise. Die deutsche AWP, welche mit ihrer gleichnamigen Initiative 2009 erst im Ent-

stehen begriffen ist, kann nur bedingt von den Erfahrungen anderer Staaten lernen. Ein Blick über den eigenen Teller- rand zeigt zumindest zwei Herausforderungen:

Erstens, AWP folgt keinem Standardmodell, sie kann nicht einfach adaptiert werden. Zwar geschieht politisches Lernen zu weiten Teilen auf der Grundlage von Vergleichen, jedoch resultieren die AWP der hier dargestellten Staaten aus sehr unterschiedlich institutionalisierten Verhältnissen von Wissenschaft und Politik.

Erfahrungen anderer Staaten können demnach allenfalls in eigene Managementkonzepte umgesetzt werden: Benötigt die deutsche AWP eine strategische Länder-Themen-Matrix, wie dies von Großbritannien und von der Schweiz angewendet wird, wengleich zu unterschiedlichen Zwecken? Wie viel Handlungsanleitung benötigen Wissenschaftsdiplomaten? Sind strategische Kommunikationsplattformen eingerichtet, um Bedürfnisse anderer Ministerien und Organisationen in die AWP umzusetzen? Werden die Insights der Referenten in den Außenvertretungen „konsumentengerecht“ weitergeleitet und verarbeitet? Lässt sich AWP vor dem Hintergrund, dass Wissenschaft durch Komplexität, Dynamik und Undeterminierbarkeit bestimmt ist, und Diplomatie durch einen hohen Grad symbolischen Handelns, überhaupt evaluieren und wenn ja, anhand welcher Kriterien?

Eine Beantwortung dieser Fragen hängt wiederum stark von den Funktionalitätsansprüchen der deutschen AWP ab. Sollte sie primär als „diplomacy for science“, als „science for diplomacy“ oder als „science in diplomacy“ betrieben werden? Mitunter können bestimmte Funktionen vernachlässigt werden, die ohnehin durch die Wissenschaftsorganisationen bishin zum individuellen Wissenschaftler ausgefüllt werden: wissenschaftliche Kongresse, der Aufbau und Umbau von wissenschaftlichen Organisationen im Ausland, die Verständigung über wissenschaftliche und ethische Standards und der Austausch deutscher forschungspolitischer Eliten mit hochrangigen Entscheidungsträgern im Ausland seien an dieser Stelle stellvertretend genannt. Sie folgen mehr oder wenig explizit sowohl der wissenschaftlich orientierten AWP-Funktion als auch ihrer kulturpolitischen Funktion von „soft power“. Fazit: eine staatliche AWP, die alle Funktionen erfüllen will, kann sich leicht verheben und verliert dadurch an innerstaatlicher und internationaler Sichtbarkeit.

Literaturverzeichnis

- DIUS (2009):* Science and Innovation Network. Annual Review 2007-08, S. 9; URL: <http://www.ukdisplay.net/images/stories/pdfs/science%20&%20in.net.%20review%2007-08%20version.pdf> (05.02.2009)
- Doremus, P.N./Keller, W.W./Pauly, L.W./Reich, S. (1998):* The Myth of the Global Corporation. Princeton: University Press.
- Flink, T./Schreiterer, U. (2009):* Aufgabenkritische Analyse deutscher Außenwissenschaft in sechs ausgewählten Zielländern. Studie im Auftrag des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, S. 90.
- Kaye, D.D. (2007):* Talking to the enemy: track two diplomacy in the Middle East and South Asia. Santa Monica, CA: RAND Corporation.
- Merton, R.K. (1973):* "The Normative Structure of Science", in N. W. Storer, (Hg.), The Sociology of Science: Theoretical and Empirical Investigations. Chicago, IL: University of Chicago Press, pp. 267-278.
- Nye, J.S.J. (1990):* "Soft Power", in Foreign Policy, 80, pp. 153-171.
- Perthes, V. (2008):* "Soft Power in der Auswärtigen Politik", in: Schütte, G. (Hg.): Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution. Berlin: University Press, S. 46-51.

Ratchford, J.T. (1998): "Put Science and Technology Back into Foreign Policy" in Science, Vol. 282/No. 5394, p. 1650.
 SBF (2008): Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008-2011, S. 1345; URL: <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/1223.pdf> (08.12.2008)
 Schütte, G. (2008): "Wettlauf ums Wissen: Außenwissenschaftspolitik als Herausforderung moderner Wissenschaftsgesellschaften", In: Schütte, G. (Hg.): Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution. Berlin: Berlin University Press, S. 12-27.
 Solomon, A.K. (1998): "The Science and Technology-Bereft Department of State" in Science, Vol. 2282/No. 5394), pp. 1649-1650.
 Turekian, V./Lord, K.M. (2008): "Time for a New Era of Science Diplomacy" in Science, Vol. 315, pp. 769-770.

UK Government (2000): Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor. White Paper on International Development, p. 10-20 und Kpt. 3. <http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/whitepaper2000.pdf> (01.12.2008).
 Wunderle, U. (2007): "Atome für Krieg und Frieden. Kernphysiker in Großbritannien und den USA im Kalten Krieg ", In: Neuneck, G./Schaaf, M. (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland. Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006. Berlin. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, S. 17-30.

■ Tim Flink, Projekt Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH,
 E-Mail: flink@wzb.eu

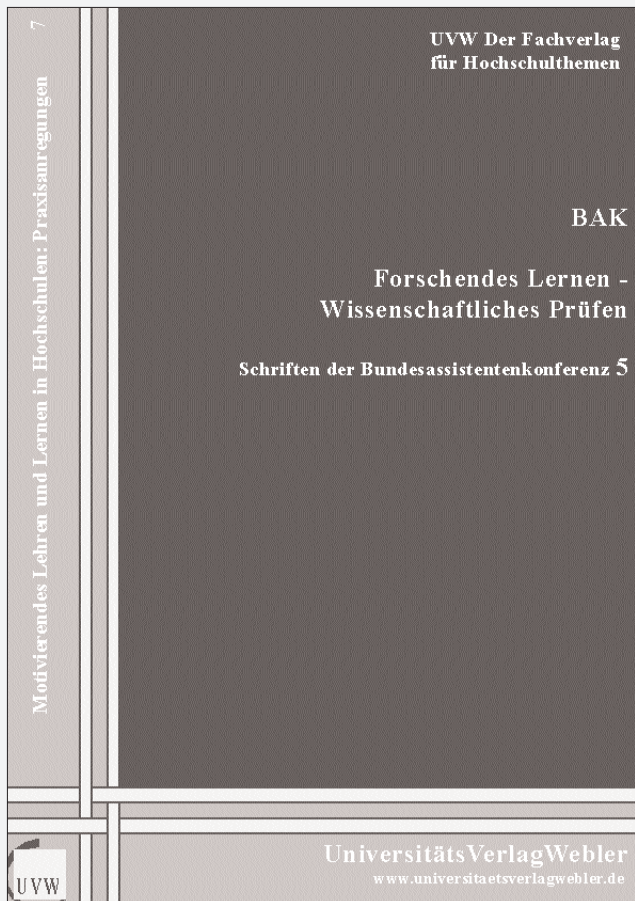
BAK

**Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen
 Schriften der Bundesassistentenkonferenz 5**

Viele Bachelor-Studiengänge stehen in der Gefahr, die Studierenden noch weiter als bisher von einem wissenschaftlichen Studium mit Forschungsbezug zu entfernen und dies allenfalls auf die Master-Studiengänge zu verweisen. Hier wird ein gegenteiliger Standpunkt vertreten: Forschendes Lernen gehört in den ersten Teil des Studiums, ja in das Grundstudium.

Die Bundesassistentenkonferenz (BAK) hat seiner Zeit viel beachtete Konzepte zur Reform der Hochschulen und zur Studienreform entwickelt. Die BAK war zwischen 1968 und 1972 die gewählte Repräsentanz der wissenschaftlichen Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Bundesebene. Ihr Hochschuldidaktischer Ausschuss hat damals die Schrift „Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen“ vorgelegt, die mit ihren Erkenntnissen und Forderungen - man mag es bedauern oder bewundern - bis heute ihre Aktualität nicht eingebüßt hat.

Viele heutige Reformschriften beziehen sich daher noch auf sie, ohne dass ihr Text vielfach noch verfügbar wäre. Das ist Grund genug, diese Schrift nach 40 Jahren neu aufzulegen, um ihre Anregungen in die gegenwärtige Debatte wieder einzubringen. Gerade im Zeichen der Bachelor- und Master-Studiengänge können die hier entwickelten Konzepte wichtige Reformanregungen bieten. Sie können auf unverzichtbare Elemente eines wissenschaftlichen Studiums erneut aufmerksam machen, die in einer oft eher oberflächlichen Umstellung der Studiengänge auf gestufte Studienabschlüsse - wie eingangs betont - verloren zu gehen drohen.



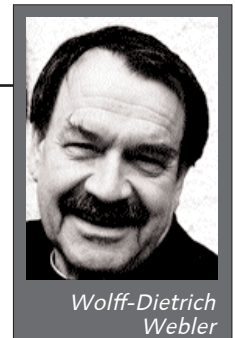
ISBN 3-937026-55-X, Bielefeld 2009,
 72 Seiten, 9.95 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Wolff-Dietrich Webler

Ausbau der Promotions- und Postdoc-Phase für vielfältige Aufgaben über Forschung hinaus

Teil IV: Wandel der Promotions- und Postdoktoranden-Phase



Wolff-Dietrich Webler

IV. Berufliche Vorbereitung in der Postgradualen Phase - Professionelle Umsetzung in Ausbildungsprogramme

Anlass dieses Artikels und doppeltes Dilemma des Themas

Über die Notwendigkeit einer veränderten Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und deren Institutionalisierungsform besteht weitgehend Einigkeit (sonst gäbe es nicht so viele Empfehlungen zu ihrer Reorganisation). Verschiedene organisatorische Lösungen werden empfohlen - die Einführung von Promotionskollegs, Graduiertenschulen und strukturierten Promotions-Phasen bis hin zu Promotions-Studiengängen, bei denen die Doktoranden von Professorengruppen betreut werden, nicht mehr von Einzelpersonen. Ein Teil (eher in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu finden) geht jedoch nach wie vor lediglich von einer engeren bzw. stetigeren Förderung der Dissertation, also der engeren Betreuung der Entwicklung der individuellen Forschungskompetenz aus. Über einen weiteren, über traditionelle akademische Anforderungen hinausgehenden Bedarf (und die Wege seiner Befriedigung) gehen die Vorstellungen weit auseinander.

Das mag auch damit zusammenhängen, dass die Anerkennung breiterer Anforderungen und der daraus resultierenden Ableitung von Ausbildungsinhalten und -formen zunächst in ein doppeltes Dilemma hineinführt:

- A) Das eine Dilemma besteht im verbreiteten Festhalten an einem traditionellen Berufsbild des Hochschullehrers, dessen Vorbereitung im Grundsatz für ausreichend erklärt wird, in dessen Vorbereitung lediglich (Betreuungs-)Schwächen auszugleichen seien einerseits und der Realsituation, dass die große Mehrheit der Promovenden keine „Hochschullaufbahn“ einschlagen möchte andererseits. Das Dilemma dort besteht in der erheblichen Differenz zwischen den akademischen Anforderungen einer traditionellen Promotion und den bevorstehenden beruflichen Anforderungen, die auch durch berufspraxisinterne Zusatzausbildungen (Trainee-Programme u.ä.) nicht ausreichend überbrückt werden können (und u.a. zu den oft bespöttelten Stellenanzeigen führen, in denen Berufsanfänger bereits 250 Jahre Berufserfahrung mitbringen sollen).
- B) Das andere Dilemma besteht darin, dass in der Promotions- und der Postdoc-Phase offensichtlich noch Vieles

gelernt werden muss, wozu - vom Umfang und seiner Art her - studienähnliche Strukturen geschaffen werden müssen, aber dies nicht im Status von Studierenden geschehen soll. Ein weiteres Studium ist nach dem Master - mit guten Gründen - von vielen Seiten in Deutschland nicht gewollt. Nach dem jetzigen Verständnis (unterstrichen in der Bologna-Folgekonferenz 2007 in London und im Lissabon-Prozess) bildet der „dritte Zyklus“ in Deutschland keine dritte Studienstufe, sondern die erste Stufe einer Existenz als selbständige Wissenschaftler. Im europäischen Qualifikationsrahmen wurden für den „dritten Zyklus“ Ziele formuliert (in dieser Form allerdings noch unausgereift, s.u.), die in einem reinen Disserationsprojekt allein nicht zu erwerben sind.

Solche Überlegungen zu einer breiteren Vorbereitung geraten schließlich auch noch in Gegensatz zu kostenbegrenzenden Interessen: Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist Aufgabe der wissenschaftlichen Hochschulen, also auch eine Kapazitäts- und vor allem Kostenfrage. Solange dies im individuellen Betreuungsverhältnis geschieht, ist dies durch die vorhandene Personalkapazität abgedeckt. Sobald es sich in eigenen Veranstaltungen abspielt, ist zusätzliche Kapazität nötig. Soll die Förderung mehr als die traditionelle Begleitung des Promotionsvorhabens umfassen, kann dies weder allein im Selbststudium erworben, noch (vom Aufwand her) sinnvoll durch erweiterte individuelle Betreuung in einem Meister/Lehrlings-Verhältnis geleistet werden. Ein solches Vorhaben führt zu einem in seinen Angeboten auf mehreren Ebenen (individueller Ebene, traditioneller Betreuungs-, Fachbereichs-, Hochschul- und evtl. überregionaler Ebene) organisierten, aufeinander bezogenen und vernetzten Studien- bzw. Qualifizierungsprogramm (je nach erwarteter Teilnehmezahl zusammengefasst) (vgl. Webler 2004a).

Aber weder gibt es darüber, wie die Ziele erreicht werden sollen, eine vergleichbar breite Debatte wie zu den Organisationsformen der Promotionsförderung, noch eine systematisch-analytische Ableitung der Inhalte und Formen einer solchen veränderten Förderung, geschweige denn über Lernwege dazu. Über deren genauere Inhalte gibt es offensichtlich noch kaum Konzepte, kaum Literatur (vgl. Szczyrba/Wergen 2009; Szczyrba/Wildt 2006)) Hier setzt der vorliegende Artikel an. Er legt eine Analyse und Ableitung vor und mündet in ein curriculares Programm zur Ausbildung in

der Promotions- und Postdoktoranden-Phase. Die Betonung des dritten Zyklus als erste Phase eigener Berufstätigkeit - die vom Autor durchaus geteilt wird - stellt diese Phase in die Perspektive lebenslangen Lernens. Ein eng reglementiertes Studium nach dem Master müsste aus dieser Perspektive ausgeschlossen sein. Insofern wäre manches existierende, schon wieder eng reglementierte "strukturierte Promotions-Studium" auf den Prüfstand zu stellen. Dabei stellt sich ohnehin die Frage, in welchen Verfahren die Programme bzw. Curricula entwickelt worden sind und welche Leitvorstellung diesem Prozess zugrunde gelegen hat. Oft scheinen sehr traditionelle Muster vorzuherrschen. Basis des Wandels müssen daher auch die gewandelten Zielberufe sein. Dieses Spektrum an Anforderungen ist weiteren Entwicklungen zugrunde zu legen. In welcher Form bzw. welchen Prozessen - etwa als freies Selbststudien-Programm gerade im Rahmen lebenslangen Lernens - die Kompetenzen dann zu erwerben sind, wird später zu diskutieren sein.

Die Veranstaltungen werden gestuft in verschiedenen Phasen der weiteren Berufskarriere angesiedelt.

In der Promotionsphase sollten diejenigen Teile absolviert werden, die für eine Vielzahl der späteren Berufe in und außerhalb der Wissensproduktion grundlegend sind, auch wenn die Absolventen nicht an der Hochschule bleiben. Dazu gehört - vielleicht überraschend - auch die Lehrkompetenz. Einerseits werden in der Promotions-Phase bereits Lehraufgaben übernommen, die möglichst professionell gelöst werden sollten; andererseits gibt es kaum einen Beruf mit Leitungsaufgaben, in dem nicht Kompetenzen in der Kommunikation mit Kollegen und Mitarbeitern gefragt werden. Damit ist eine deutlich gründlichere Beschäftigung mit dem Gegenstand gemeint als der Erwerb einiger Präsentationstechniken, rhetorischer Fähigkeiten und der Anfänge von Beratung. Es geht auch um Organisationsaufgaben in einer sozialen Organisation und die Ausbildung von Führungsfähigkeiten und -verantwortlichkeiten.

In einer Postdoktoranden-Phase kann die Ausbildung sich dann wissenschaftsspezifischeren Vertiefungen zuwenden, etwa der Akquise von Forschungsmitteln, der Übernahme hochschulspezifischer Aufgaben usw..

Die Ausbildung des Nachwuchses kann auf diese Weise eine neue Qualität gewinnen. Sie könnte begabte Nachwuchswissenschaftler veranlassen, in Deutschland zu bleiben oder nach Deutschland zu kommen, weil es eine vergleichbare Ausbildung in anderen Staaten nicht gibt. Universitäten wären gut beraten, wenn sie sich auf dieses neue Aufgabenspektrum einließen.

6. Das Verhältnis von Promotions- und Postdoktorandenphase

6.1 Von WR, HRK und EU empfohlenes Kompetenzprofil von Promovierten

Der nachfolgende Aufsatz verzichtet darauf, Defizite der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses noch einmal allgemein aufzuarbeiten. Das ist bereits vielfältig geschehen (vgl. WR 2002; Thesis 2003; Webler 2003 u.a.). Der Beitrag greift lediglich drei der Defizite auf und präsentiert für sie eine Lösung, nämlich eine angemessene Ausbildung für die heutigen Anforderungen der jeweils komplexeren Berufe. Die Defizite lauten:

1. Innerhalb der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Promotions- und Post-Doc-Phase) wird nicht

ausreichend zur Kenntnis genommen, dass der *Beruf des Hochschullehrers sich erheblich gewandelt* hat. Die Qualifizierung dafür *bereitet noch immer nicht ausreichend auf die Breite der realen Anforderungen* vor.

2. Selbst *innerhalb der Förderung der Wissenschaftlichkeit des Nachwuchses* zeigen sich erhebliche Defizite.
3. Die Vorbereitung auf Berufe außerhalb der Forschung ist unzureichend. Wie erwähnt, tragen viel zu viele Programme noch immer nicht der Tatsache Rechnung, dass eine Promotion - d.h. die Erfahrung selbstverantwortlich voran getriebener Forschungsprozesse mit allen damit verknüpften Erkenntnis- und Sozialisationswirkungen - eine geeignete Vorbereitung auf viele außeruniversitäre Berufe ist, und dass die *Mehrzahl der Promovenden* nicht in der Wissenschaft bleibt. Sie *brauchen andere Aspekte der Vorbereitung als der Forschungsnachwuchs*, und vor allem: sie sind nicht Versager, die ihr eigentliches Ziel verfehlt haben! *M.a.W. die Programme sind zu einseitig und orientieren nicht genug auf eine andere Praxis als die der Forschung.*

Die HRK hat in ihren Empfehlungen zur Doktorandenausbildung (2002) darauf hingewiesen, dass „die Bedeutung der Promotion für die Erneuerung des Lehrkörpers steigt“, insbesondere mit der Einführung von Junior-Professuren, die direkt in eine volle Professur münden sollen. Da Junior-Professuren sich intensiven Forschungserwartungen und Lehraufgaben gegenüber sehen (letzteres z.T. erstmalig, wenn z.B. im Rahmen eines Stipendiums oder gar nebenberuflich oder in einem Forschungsprojekt promoviert worden ist), ist für eine breitere Ausbildung anderer Kompetenzen kaum mehr Raum. Aber beides muss in der Promovendenförderung von Anfang an gesehen werden: Die Ausbildung des Nachwuchses für Professuren und die Ausbildung vieler außeruniversitärer Spitzen- und Führungskräfte mit Forschungserfahrung - Berufe, für die wichtige Kompetenzen nicht in den ersten beiden Zyklen des Studiums (Bachelor- und Masterstufe) erworben werden können. Der Wissenschaftsrat konnte noch 2002 in seinen Empfehlungen das „Qualifikationsprofil von Promovierten“ so beschreiben:

„Die Promotion ist Ausweis der Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit. Im Zuge der Anfertigung einer Dissertation eignen sich Promovierende vertiefte Kenntnisse ihres Spezialgebietes ebenso an wie die Fähigkeit zur Anwendung der Methoden ihres wissenschaftlichen Fachgebietes. Diese Kernfunktion der Promotion soll weiter gestärkt und damit die wissenschaftliche Selbständigkeit der Promovierenden befördert werden. Promovierte sollen darüber hinaus über vertiefte Kenntnisse der disziplinären und interdisziplinären Bezüge ihres Forschungsthemas verfügen und die im Studium erworbenen Kenntnisse ihres Studienfaches weiter ausbauen. Neben diesen im engeren Sinne fachlichen Kompetenzen sollte die Promotion mit dem Erwerb weiterer Qualifikationen verbunden sein:

- Promovierende sollen sich Vermittlungskompetenzen sowohl für den Austausch mit einem fachkundigen wie auch für das Gespräch mit einem fachfremden Publikum aneignen. Insbesondere sollen sie während der Promotion erste Lehrerfahrungen sammeln.
- Promovierende sollen sich in die kooperative und interdisziplinäre Bearbeitung eines Forschungsthemas einüben.

- Promovierende sollen Projektmanagementfähigkeiten und wo möglich und sinnvoll auch Erfahrungen in der Mitarbeiterführung erwerben.
- Promovierenden soll Gelegenheit gegeben werden, an internationalen Forschungsk Kooperationen zu partizipieren und ihre internationalen Kontakte auszubauen.
- Promovierende sollen dabei unterstützt werden, weitere berufsfeldrelevante Schlüsselqualifikationen zu erwerben" (WR 2002, B.II., S. 48).

Das detaillierte Profil wird von Fach zu Fach variieren. „Wichtig ist, dass Betreuer und Promovierende in gemeinsamer Absprache Lernziele festlegen, die die Dissertation ergänzen.“ (Ebda) Der WR verweist darauf, dass Promotionen außer auf die wissenschaftliche Laufbahn auch „auf die Übernahme verantwortlicher Tätigkeiten in allen anderen Bereichen der Gesellschaft vorbereiten.“ Die Zeit der Promotions-Phase reicht nicht aus, um alle „für eine weitere wissenschaftliche Laufbahn, insbesondere auch für eine Berufung in eine Junior-Professur“ erforderlichen Kompetenzen zu erwerben. Daher spricht sich der WR für eine „Postdoktoranden-Phase“ vor der Junior-Professur aus. „Für alle jene, die eine Tätigkeit außerhalb von Hochschule und Forschungseinrichtungen anstreben, wird es darauf ankommen, die dort geforderten Qualifikationsmerkmale während der Promotions-Phase in sonnvoller Weise zu akzentuieren und abzurunden. Auch hier sieht der Wissenschaftsrat eine wichtige Aufgabe der Promotionskollegs.“

(Quelle: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/5459-02.pdf>, S. 49) Der WR will also die Promotions-Phase gerade nicht weiter auf eine Karriere in der Wissenschaft zuspitzen und vertiefen, wie das viele Promotionsprogramme (auch im Ausland, vgl. Beispiel im Anhang) faktisch tun, sondern hier das Ausbildungsziel eher in andere Berufe hinein verbreitern. Den Weg in die Wissenschaft soll eine Postdoktoranden-Phase ebnen. Auf diese Forderung wird später zurückgekommen. In allen diesen Kompetenz-Beschreibungen außerhalb des HRG - auch hier die des WR - wird der Bereich der Einstellungen und Haltungen und des Wertesystems unserer Gesellschaft weitgehend ausgeklammert (der jetzt erst in einem sehr kleinen Maßstab über die Kategorie des „Fehlverhaltens in der Wissenschaft“ auf dem kleinstmöglichen Nenner notgedrungen berücksichtigt wird). Einerseits fehlt die gesellschaftspolitische Dimension: Auf § 7 HRG („Ziele des Studiums“) bzw. dessen Übernahme in die Landesgesetze wird kein Bezug genommen. Wenn den Hochschulen ein gesellschaftlicher Auftrag für Ziele des Studiums gegeben wird, dann kann erwartet werden, dass alle Absolvent/innen diese Ziele erreicht haben. Auf der Stufe der Promotion sollten die Hochschulen diesen Auftrag ohnehin erfüllt haben. Er lautet: **„Lehre und Studium sollen den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, dass er zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird.“**

Gerade wenn sich Promovenden „auf die Übernahme verantwortlicher Tätigkeiten in allen anderen Bereichen der Gesellschaft vorbereiten“ sollen (WR), brauchen sie solche Orientierungen. Dieser bisher vernachlässigte Teil des Bil-

dungsauftrags der Hochschulen wird in der jüngeren internationalen Entwicklung, in der andere Kulturen die europäische Kultur herausfordern, sodass sie sich auf ihre Identität, aber auch Legitimation besinnen muss, immer wichtiger. Hinter solchen Stellungnahmen ist der alte Konflikt zu vermuten, dass Wissenschaft angeblich nichts mit der sie tragenden Gesellschaft und ihrem Wertesystem zu tun hat und daher Werteentscheidungen des Grundgesetzes nichts im Studium zu suchen haben. Da Hochschulen von den jeweiligen Gesellschaften eingerichtet und als öffentliche Einrichtungen getragen werden, um die Führungspersönlichkeiten genau jener Gesellschaften auszubilden, kann ein solcher Auftrag jedoch nicht ernsthaft bestritten werden. Der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen, der am 23. April 2008 verabschiedet worden ist, beschreibt die Lernergebnisse, mit denen Niveau 8 (Promotion) erreicht werden kann. Auch hier ist jede gesellschaftspolitische Dimension ausgeblendet:

Kenntnisse: Spitzenkenntnisse in einem Arbeits- oder Lernbereich und an der Schnittstelle zwischen verschiedenen Bereichen.

Fertigkeiten: weitest fortgeschrittene und spezialisierte Fertigkeiten und Methoden, einschließlich Synthese und Evaluierung zur Lösung zentraler Fragestellungen in den Bereichen Forschung und/oder Innovation und zur Erweiterung oder Neudefinition vorhandener Kenntnisse oder beruflicher Praxis.

Kompetenzen: Fachliche Autorität, Innovationsfähigkeit, Selbständigkeit, wissenschaftliche und berufliche Integrität und nachhaltiges Engagement bei der Entwicklung neuer Ideen oder Verfahren in führenden Arbeits- oder Lernkontexten, einschließlich der Forschung. (Quelle: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/eqf/broch_de.pdf, S. 12f.)

Auch wenn die HRK diesem Vorgehen bei der Beschreibung von Qualifikationen ihre Zustimmung gab (Beschluss des 103. HRK-Senats vom 13. Februar 2007, Quelle: http://www.hrk.de/109_3657.php), geht dieser Text nur wenig (im letzten Drittel) über Kategorien der Bloom'schen Taxonomie (nur) kognitiver Lernziele hinaus. Dieser Katalog ist nicht falsch, aber unzureichend.

Der letzte Satz des Textes des Qualifikationsrahmens verweist darauf, dass außerhalb Deutschlands der Doktorgrad auch für andere als Forschungsleistungen vergeben wird. Die Promotion bildet dort auf dem Hintergrund einer deutlich weiter entwickelten Gleichstellung von beruflicher und allgemeiner Bildung, die von der EU geteilt wird (vgl. EuroPass und APL) die höchste Stufe der Berufsausbildung. In diese Richtung hatte der Deutsche Bildungsrat Ende der 60er Jahre mit seinem Abitur I und II gedacht (Abitur als Bestätigung für ein Kontinuum zwischen mehr theoretischen und mehr praktischen Leistungen), war aber mit solchen Plänen schnell politisch gestoppt worden.

6.2 Eine Postdoktoranden-Phase und ihr Profil

Selbst die besser organisierte Promotions-Phase kann weder zeitlich noch inhaltlich die Vorbereitung sowohl auf eine Karriere in der Wissenschaft als auch für andere Aufgaben in der Gesellschaft leisten. Das ist aus der Analyse beruflicher Anforderungen hervorgegangen, und das hat auch

der WR erkannt. An die Promotion muss sich für die meisten Absolventen unmittelbar Berufstätigkeit außerhalb der universitären Wissenschaft anschließen. Also muss diese Berufsvorbereitung innerhalb der Promotions-Phase abgeschlossen werden. Mehr kann diese Phase nicht leisten. Um zu einer adäquaten professionellen Vorbereitung auf die *Wissenschaft als Beruf* zu kommen, muss dies in eine neue Phase verlegt werden. Sie vor der Junior-Professur in einer Postdoktoranden-Phase organisieren zu wollen, erscheint zumindest widersprüchlich. War die Assistenzzeit nicht abgeschafft worden, um das Berufsalter zu senken und junge Wissenschaftler früher in unabhängige Aufgaben zu bringen? Die Postdoc-Phase führt einen verlängerten Übergang in die Professur in Abhängigkeit wieder ein - und das unter sehr viel schlechteren Bedingungen als die Existenz als Wissenschaftlicher Assistent vorher. Dort handelte es sich um eine Qualifizierungsstelle, d.h. Ausbildung als Dienstaufgabe in Forschung (Habilitation) und Lehre. Dort gab es offiziell Lehraufgaben mit reduziertem Deputat von 4 SWS, dort gab es einen Dienstvertrag von 2x3 Jahren. Postdoc-Stellen sind meist durch Drittmittel finanzierte Forschungsprojektstellen, in ihrer Dauer abhängig von der Laufzeit der zugrunde liegenden Projekte. Lehraufgaben bestehen offiziell nicht, obwohl Lehrkompetenz im Hinblick auf die weitere Berufskarriere erworben werden muss. Wie bereits erwähnt: Ein großes Problem besteht darin, dass es sich eher wieder einseitig um Forschungskompetenzen handeln wird, die weiter ausgebildet werden. Insofern kann dieser Strang der Aufgaben eher nur freiwillig und informell vorangetrieben werden, was strukturell keine Lösung darstellt. Außerdem werden Lehraufgaben angesichts des Zeitdrucks, unter dem Drittmittelprojekte stehen, eher als starke Belastung empfunden, sodass kaum ein positives Verhältnis zu solchen Aufgaben aufgebaut werden wird.

7. Vorhandene Themenfelder in Postgraduiertenprogrammen

7.1 Ausgangslage

Nach den anfänglichen Mängeln in der Förderung von Promovenden (die - insbesondere in den Geisteswissenschaften - noch keineswegs überall behoben sind) hat sich mittlerweile eine zweigeteilte Situation ergeben. Einerseits gibt es strukturierte Programme innerhalb der Promotions-Phase, die außer fachlicher Vertiefung mehr oder weniger umfänglich auch in andere Anforderungen hineinreichende Angebote organisieren. Hierbei handelt es sich häufig allerdings um vom Fach isolierte „soft-skill-Veranstaltungen“, die der Forderung nach einer breiteren Berufsvorbereitung von ihrem Profil her nur mangelhaft nachkommen können. Andererseits sind an einzelnen Hochschulen relativ umfassende, freie, nicht an Kollegs u.ä. gebundene Qualifizierungsprogramme in einem breiteren Bereich des Selbst-, Forschungs- und allgemeinen Wissenschaftsmanagements geschaffen worden. Sie sind zeitlich nicht an die Promotion gebunden, sondern an alle Postgraduierte und Junior-Professoren gerichtet. Dazu folgt unten ein Überblick über Teilthemen.

Strukturierte Promotionsprogramme wurden vielfach so zusammengesetzt, wie bisher Studiengänge allgemein: Die dort angebotenen Veranstaltungen und Inhalte beruhen meist auf Alltagsbeobachtung von Defiziten der vorausge-

henden Studiengänge, Vertiefungswünschen der Fachvertreter, die ihr Lehrgebiet noch nicht ausreichend in den vorausgehenden Studiengängen berücksichtigt fühlen und Überlegungen zu nützlichen Zusatzkompetenzen wie Projektmanagement, Umgang mit Konflikten oder für die Vermarktung eigener Erkenntnisse, wie Postergestaltung, Vortragstechnik u.ä.

Eine systematische Analyse der Anforderungen in den jeweils komplementären Berufsfeldern und daraus resultierende Ableitung der Inhalte des Promotionsstudiums ist dagegen kaum bekannt geworden (vgl. jedoch Webler 2003, 2004). Dieser Ansatz einer systematischen Ableitung soll in dem vorliegenden Aufsatz fortgesetzt werden mit dem Ziel, eine Vorlage für die inhaltliche Bestimmung der Angebote für Promovenden zu gewinnen. Da es über Promotions-Studiengänge insgesamt eine kontroverse Debatte gibt, sei hier klar gestellt: Der Verfasser vertritt die Auffassung eines Studienangebots, das in Form und Inhalten (z.B. als Modell für nachfolgende eigene Lehre) orientierende Wirkung haben soll, Professionalität erwerben lässt und sich (außer durch Überblicksvorlesungen, wissenschaftliche Denkwerkstätten und Kolloquien) an Formen des PBL und des forschenden Lernens anlehnt. Studiengänge sollen zu einer Berufsbefähigung für u.U. breite Berufsfelder führen - und lösen diese Erwartung auch in vielen Fällen ein. Promotions-Verfahren führen - wie zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre gezeigt haben - oft zum Ausweis der Eignung als Forschungsnachwuchs, aber kaum zu mehr - wenn auch auf hohem Niveau. Das hat in den letzten 15 Jahren nicht nur zu Kritik, sondern auch zu zahlreichen Reformempfehlungen und Initiativen geführt.

Die Profile dieser Programme müssen noch einmal im Licht der unterschiedlichen Ziele der Promotions- und Postdoc-Phase überprüft und neu fokussiert werden.

8. Künftig notwendige Themenfelder in Postgraduiertenprogrammen

Dies bedeutet, dass die Universitäten auf der Stufe der Postgraduierten ein Programm anbieten sollten, das sowohl tiefer in die Forschung (als auch Lehre, aber getrennt davon zu betrachten), als auch in wissenschaftsnahe Berufe führen kann. Diese Investition ist lohnend und keineswegs (allein) Privatsache, da sie dem Wissenschaftssystem im Sinne interner Qualitätssicherung unmittelbar zu gute kommt.

Zum Teil haben die NW inzwischen selbst die Initiative ergriffen. An manchen Orten haben sie ihre Hochschulleitungen aufgefordert, im Rahmen des Auftrages der Hochschule zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses tätig zu werden. Sie forderten insbesondere, den inzwischen an vielen Hochschulen organisierten und begrüßten Angeboten zum Auf- und Ausbau der Lehrkompetenz nun ein Angebot zur Seite zu stellen, das auch die anderen Seiten der Professionalität fördert" - eine breitere Forschungskompetenz, über die Fähigkeit zu individueller Forschung hinausgehend und Fähigkeiten im Wissenschaftsmanagement. (Webler 2003, S. 18f., vgl. Netzwerk Studienqualität Brandenburg; Leuphana Universität Lüneburg)

Als Bilanz a) der Empfehlungen zum Profil von Promovierten, b) der Ableitung von Anforderungen und c) empirischer Studien zum status quo kommen die nachfolgenden Felder in Betracht:

8.1 Forschungskompetenz erweitern

Bei der Förderung der Forschungskompetenz ist die Hochschule mit ihren eigenen Rahmenbedingungen konfrontiert: Angesichts knapper Ressourcen und der Ausstattungsdefizite muss eine befriedigende Forschungsausstattung erst extern eingeworben werden. Im Rahmen verschärften Wettbewerbs der Hochschulen um Forschungsressourcen ist es konsequent, allen Beteiligten Angebote zur Grundlegung, Weiterentwicklung und Ergänzung ihrer Forschungskompetenzen zu machen, um die Chancen der Drittmittelerwerbung zu steigern. Aber auch die innere Effektivität und Effizienz geförderter Projekte kann noch deutlich gesteigert werden, um eigene Energie- und Zeitressourcen zu sparen bzw. rationaler einzusetzen. Durch angemessene Personalführung kann der Zusammenhalt, die Berufszufriedenheit und damit die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft von Forschungsteams wesentlich gesteigert werden - wenn man sich auf solche Personalführung versteht; aber diese Kompetenzen sind im Rahmen von Weiterbildung erwerbbar.

8.2 Kooperationen mit der Wirtschaft und externer Verwaltung

Soweit Kooperationen mit der Wirtschaft und externen Verwaltungen angestrebt werden, sind Vorkenntnisse über Denkweisen, Kooperations- und Organisationsgrundlagen von großem Vorteil. Das Themenfeld kann nur begrenzt einbezogen werden, aber schon Einführungen können hier Kooperationsvoraussetzungen verbessern.

8.3 Internationalität

Immer mehr Forschungsk Kooperationen laufen in internationalen Partnerschaften oder mit ausländischen Mitarbeitern ab. Interkulturelle Kompetenz, Diversity-Management und Inklusion werden daher immer wichtiger. Hierzu liegen positive Erfahrungen mit Blockseminaren und kompaktem Lesematerial vor; beide können zu Sensibilisierungen beitragen, die zu Weiterbildung in Eigeninitiative oder zur Teilnahme an einschlägigen Seminaren führen können.

8.4 Fähigkeit zur Verbindung von Forschung und Lehre, Lehre aus Forschung entwickeln - Problemaufriss und Ziele

Die Einheit von Forschung und Lehre ist auch weiterhin die Basis der Universitätsentwicklung in Deutschland, wie die jüngsten Beschlüsse des Wissenschaftsrates zur Personalstruktur an Hochschulen in jüngster Zeit wieder gezeigt haben. Dann müssen - in einer ganzheitlichen Betrachtung des Berufes der Hochschullehrerin bzw. des Hochschullehrers - auch beide Seiten in ihrem Wechselverhältnis für ein integriertes Weiterbildungskonzept betrachtet werden.

Auch wenn das Prinzip „Lehre aus Forschung entwickeln“ (aus vor-industrieller Zeit stammend) sich für die moderne Gesellschaft (insbesondere deren industrielle Entwicklung) als äußerst nützlich erwiesen hat, weil es die Hochschulabsolventen jeweils mit dem neuesten Kenntnisstand in die Berufe entließ, so gerät dieses Prinzip - wenn Bachelor-Studien abgewertet worden sind - in Gefahr. Dies trifft sowohl die dort eingesetzten Lehrenden wie die Studierenden, die in vielen Studiengängen auch selbst mit Forschung kaum noch in Kontakt kommen. Solche Verbindungen werden zunehmend für Masterstudiengänge oder sogar erst Promo-

tions-Studiengänge reserviert. Der Preis ist hoch - vielleicht zu hoch. Aus der Sicht der Qualität der Lehre ergeben sich damit zwei Probleme:

a) die Lehrenden sollten sich in ihrer Fähigkeit weiter bilden, auch unter geänderten Rahmenbedingungen (nicht nur curricular, sondern auch der Kompetenzorientierung) ihre eigenen Forschungen in die Lehre einzubringen. Aber dazu muss auch als Basis gewährleistet sein, dass die Forschungskompetenz der Lehrenden hohes Niveau erreicht hat. Qualität der Lehre trifft sich auf diesem Niveau mit dem Niveau der Forschung. Geht man also von dem genuinen Konzept der modernen Universität aus, ist die Forschungskompetenz Voraussetzung für Lehre auf hohem wissenschaftlichen Niveau.

Auf welche Weise Lehre aus Forschung entwickelt werden kann, wie die Lehre wieder enger an Forschung entlanggeführt werden kann, davon ist Vieles in den vermeintlich von aktueller Forschung weit entfernten Studiengängen an Kenntnissen verloren gegangen. Sie sollten über Weiterbildung wieder aktualisiert werden (vgl. dazu unten Ziff. 8.5).

b) Dabei ist auch zu prüfen, ob die erfolgreichste, motivierendste Lernstrategie, die die Universität seit langem kennt - den Forschungsprozess selbst - stärker in das Studium integriert werden kann - etwa über Konzepte des genetischen und des forschenden Lernens. Hier sind vorhandene, erfolgreiche Modelle der Integration von Studierenden in die Forschung ebenso in die Weiterbildung aufzunehmen wie neu zu entwickelnde Formen. Es geht um den Forschungsbezug von Lehre, um Methoden, die Studierenden auch Erkenntnisprozesse in der Forschung selbst erfahren zu lassen (auch in der Lehrerausbildung!) und um die Fähigkeit zur Rekomposition komplexer, über das eigene Fach u.U. hinausgehender Antworten auf Praxisprobleme unter Zusammenfassung vieler partikularer Forschungsergebnisse. Derartige Forderungen werden in der Anwendung forschenden Lernens, in Lehrforschungsprojekten und in der Fähigkeit erfüllt, Ergebnisse der eigenen Disziplin für Zwecke der Lehre wieder in den Status noch zu lösender Probleme rückzusetzen (genetisches Lernen), statt die Studierenden nur zuzuschütten mit Ergebnissen, mit Stoff, deren Entstehungs-, d.h. Erkenntnisprozess sie nicht kennen lernen. Das führt zu gravierenden Verlusten an Wissenschaftlichkeit des Studiums Die Studierenden *zuzuschütten mit tausend Antworten auf von ihnen nie gestellte Fragen* tötet Neugierverhalten ab, befriedigt nicht Wissensdurst und -hunger, sondern führt zu maßloser Übersättigung. Lernen wird blockiert, statt gefördert. *Den Zwang zum Lernen, ohne damit Antworten auf eigene Fragen zu gewinnen, halte ich für die zentrale Ursache der allseits beklagten Motivationsprobleme im Studium.* Statt dessen müssen Lehrende in der Lage sein, Räume für selbstorganisiertes Lernen der Studierenden zu öffnen und sie (anfänglich) systematisch zum Selbststudium, also zur Selbstorganisation des Lernens auch als Voraussetzung lebenslangen Lernens anzuleiten.

8.5 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Optimierung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist schon lange Diskussionsgegenstand. Pro-

motions-Stipendien und Graduiertenförderungsgesetz hatten zunächst die materielle Seite verbessert, die Graduiertenkollegs und Promotions-Studiengänge versuchten zu einer strukturierten, verbreiterten und verdichteten Betreuung und Ausbildung zu kommen.

Soweit Promovenden noch weitgehend allein und individuell ihrem Dissertationsvorhaben nachgehen, fehlt es an einer breiteren und systematischen Vorbereitung auf vielfältige spätere berufliche Anforderungen. Während immer mehr Universitäten zu einer systematischen Vorbereitung des Nachwuchses auf spätere Aufgaben in Lehre, Studium, Prüfung und Beratung übergehen (Lehrkompetenz), vermischen die Nachwuchswissenschaftler/innen nun eine ebensolche systematische Förderung ihrer Forschungskompetenz. Zwar stellt sich das Problem in den verschiedenen Fachkulturen durchaus unterschiedlich dar (vgl. Webler 2003), aber insgesamt ist eine Förderung angesichts der immer höheren Anforderungen an die Drittmittelwerbung, Teamforschung, an Projektmanagement, Mitarbeiter/innen-Führung, Publikation und Vermarktung der Ergebnisse offensichtlich notwendig. Wenn mangels Angebot ein vergleichbares Programm nicht in der Promotions-Phase absolviert worden ist, haben auch die Junior-Professor/innen hier hohen Nachholbedarf. Sie müssen für ihre weitere Wissenschaftskarriere Forschungsleistungen erbringen, für die sie über ihre bisherigen Erfahrungen hinaus - erst einmal ausgebildet werden müssen. Da eine dauerhafte Professur das Ziel ist, müssen die typischen traditionellen und (mit dem Wandel der Forschung) auch neue Berufungskriterien erfüllt werden. Neben den schon wiederholt genannten Kriterien im Zusammenhang mit Drittmittelprojekten geht es (vor allem in den Naturwissenschaften) um Präsentation und Publikation von Forschungsergebnissen auf internationalen Tagungen und in internationalen Medien - in Englisch. In den Geistes- und Sozialwissenschaften und (z.T.) Technikwissenschaften geht es auch um andere Kriterien. Von Quelleneditionen und großen Überblickswerken bis zu Texten im Dialog mit der Gesellschaft reichen dort (zusätzliche) Anforderungen. Und es müssen die Standards dem Nachwuchs in der eigenen Praxis selbstverständlich werden. Wie der Freiburger Historiker Ulrich Herrmann kürzlich in einem Gespräch über Standards und Berufungskriterien geäußert hatte: „Natürlich gelten überall die Breite der Materialkenntnis, das Ausmaß an Belesenheit, die analytische Schärfe, die Findigkeit und Originalität der Recherche, die Plausibilität des Urteils, schließlich die Ästhetik der Sprache, in welcher der Text verfasst ist.“

Allen gemeinsam sind Forschungsleistungen im weiteren Sinne, z.B. solche, die der Wissenschaftskommunikation dienen - von der Ausrichtung und Organisation von Tagungen über Gutachtertätigkeit (inkl. Rezensionen) bis zur Herausgeberschaft für Zeitschriften. Mit einem Programm zur Förderung des Forschungsnachwuchses wäre auch ein Schritt zu einer angemessenen Balance zwischen Lehr- und Forschungsaufgaben getan.

8.6 Professionalisierung der akademischen Selbstverwaltung und des Wissenschaftsmanagements

Zur professionellen Bewältigung ihrer vielfältigen lehr- und forschungsbezogenen, organisatorischen und personalbezogenen sowie ihrer (Selbstverwaltungs-)Aufgaben müssten

die Wissenschaftler/innen über Managementkenntnisse und -fähigkeiten verfügen. Zu den Aufgaben eines Universitätsprofessors/einer Universitätsprofessorin gehört die Selbstverwaltung bzw. das Wissenschaftsmanagement, d.h. der Aufbau und die Aufrechterhaltung der Strukturen und Ressourcen (personelle, finanzielle, organisatorische), um Forschung, Lehre und Weiterbildung betreiben zu können, die Übernahme von verwaltungstechnischen und Führungsaufgaben, sowie die Kooperation mit anderen Forschern und wissenschaftlichen Einrichtungen. So gilt es, sich mit Fragen der Fachbereichsentwicklung und, in Zukunft im Zuge steigender Autonomie immer stärker, mit Fragen des Haushaltsmanagements zu beschäftigen.

Im Bereich der akademischen Selbstverwaltung und des Wissenschaftsmanagements i.w.S. ist eine Professionalisierung dringend notwendig. Die sozialen Kosten des unvorbereiteten Dilettierens auf diesem Gebiet sind zu hoch geworden. Also müssen z.B. das Management einer Professur, wenigstens Grundzüge der Personalführung und des Sitzungsmanagements im notwendigen Umfang dazu kommen. Forschungsbezug, Selbstverwaltung und Wissenschaftsmanagement lassen sich ohnehin oft nicht eindeutig abgrenzen. Aus solchen Überlegungen heraus hatte der nordrhein-westfälische Landtag in seiner Neufassung des Hochschulrechts im Jahr 2000 den Hochschulen erstmals als Aufgabe nicht nur die Organisation eines hochschuldidaktischen Angebots für den Nachwuchs aufgegeben, sondern auch entsprechende Angebote im Wissenschaftsmanagement. Selbst mit begrenztem zeitlichen Aufwand kann hier schon einiges bewegt werden.

V. Curriculare Umriss der beruflichen Vorbereitung

9. In welchen Programmen ist die berufliche Vorbereitung auf Promotionsniveau und in der Post-Doc-Phase einzulösen?

Zu diesem Komplex hat der Verfasser ein Lösungskonzept vorgelegt (2004a), das inzwischen weiter ausgebaut worden ist (2009). Die vorstehend abgeleiteten Anforderungen können in ein Aus- und Weiterbildungsprogramm überführt werden, das teils als strukturiertes Promotionsstudium, teils nach der Promotion absolviert werden kann; die Struktur geht nicht nur von Forschungsaufgaben, sondern vom Gesamtspektrum der Anforderungen aus.

Das Programm wird nicht als bloße curriculare Abbildung eines evtl. nur kurzfristigen Bedarfs angelegt, sondern grundlagenorientiert, breit und damit die Einzelperson befähigend, am Arbeitsplatz den strukturellen Veränderungen und wechselnden Anforderungen flexibel gewachsen zu sein und damit den eigenen Arbeitsplatz zu sichern. Ein solches Profil erlaubt es auch Berufsanfängern, schon in ihrer Bewerbung sichtbar zu machen, dass sie für einen Beschäftigungszusammenhang besonders geeignet sind, weil sie sich nicht nur auf hohem Niveau dem Wandel anpassen können, sondern diesen Wandel aktiv voranzutreiben und damit zumindest z.T. zu steuern in der Lage sind. Solche Ziele werden oft missverstanden: Profilen, die an den beruflichen Anforderungen orientiert sind, wird oft eine verkürzte, einseitige, bedarfsgerechte Ausrichtung der Arbeitskraft am Verwertungsinteresse der Arbeitgeber unterstellt (und

diese Interessen undifferenziert automatisch als Gegensätze dargestellt; das Bewusstsein auch gemeinsamer Interessen und das Bewusstsein davon, dass Arbeitgeber ebenfalls ein Interesse haben, eine gute Belegschaft selbst bei Strukturwandel zu halten, wächst aber gerade in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise). Ziel der hier vorliegenden Entwicklung ist es, die Promotions- und Postdoktoranden-Phase sowohl als Chance eigener (Persönlichkeits-)Entwicklung, als auch als Vorbereitung auf ein „gesellschaftlich-nützlich Leben“ (mission statement der Universität Oxford) mit materiellem und ideellem Erfolg für beide zu konzipieren. Hier sind nicht nur die Anforderungen auf einer abstrakten Ebene zu denken, sondern hier ist sehr konkret die *Generalfolge* zu stellen: „Mit welchen Situationen, Fällen, Konzepten, Themen und Problemen müssen Promovenden sich auseinander gesetzt haben, um eine professionelle, theoriegeleitete Handlungskompetenz zu erreichen?“

In einem zweiten Schritt müssten die Themenfelder in eine Rangfolge nach Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlbereich gebracht werden; die Entscheidung, von diesen Angeboten Gebrauch zu machen, fällt dann unterschiedlich aus, je nachdem ob eine Karriere innerhalb oder außerhalb des Wissenschaftssystems angestrebt wird.

An Themenfeldern (evtl. späteren Modulen) können unterschieden werden:

- I. Einführung, Überblick, Rahmenverständnis:** Wissensmanagement - ein Überblick; Überblick über das Deutsche Bildungssystem; Bildungssystem und Erkenntnisssystem; Wissenschaft und Wirtschaft; Wissenschaft und Gesellschaft; Staat und Hochschulen: die Balance von Autonomie und Abhängigkeit; Instrumente staatlicher Steuerung; Wandel der Wissenserzeugung; Big Science, Little Science; local heroes and global players; Hochschulsysteme im int. Vergleich; Wissenschaftsgeschichte und Bildungstraditionen; Forschung an Universitäten, Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen;
- II. Interne Organisation von Bildung und Wissenschaft** (Rahmen beruflicher Tätigkeit; Organisationsformen von Wissenschaft; interne Organisation der Hochschulen (Handlungsfelder des Hochschulmanagements); Struktur der Forschungsförderung; Schwerpunktprogramme, Überblick über Typen der Förderung, nationale, EU- und internationale Förderung);
- III. Forschungs- und Entwicklungsmanagement** (Drittmittel-einwerbung; Antragsberatung: Anbahnung von Forschungsprojekten/Projektentwicklung; Förderung und Projektorganisation; Verwaltung/Verankerung von Forschungsprojekten; Prozessmanagement der Projekte; Interdisziplinäre Forschung und Kooperation; Interkulturelle Kompetenz in der Forschung; Administrative Abwicklung von (insbes. Drittmittel-)Projekten Wissenschaftsethik (u.a. Plagiatsproblematik);
- IV. Auswertung von/Transfer aus Projekten;** Transfermanagement; Verwertung von Forschungsergebnissen; Verwertungsrechte; Urheber- und Patentrechte; Publizieren (insbesondere für Fachjournale); getting published in international journals: advice, strategies and approaches; presenting research orally in international contexts; English Publishing and Presentation Skills; Tagungsorganisation/-förderung/Tagungsdidaktik; Netzwerkarbeit

(Wissenschaftsforen, Wissenschaftsgesellschaften, Symposien etc.); Journalistisches Schreiben für Wissenschaftler/innen;

- V. Management von Studiengängen,** von Studium, Lehre und Prüfungen; eigene Forschung und Lehre enger zusammenführen: Entwicklung der Lehre aus Forschung; Möglichkeiten der forschenden Beteiligung von Studierenden in Studium und Forschung;
- VI. Qualitätsmanagement in Forschung,** Lehre und Studium, Entwicklung und Transfer; Forschungsevaluation - Bewertung und ihre Tücken; Impactfaktoren und sonstige Qualitätsmerkmale; Erweiterung des Repertoires an Forschungsmethoden; Effektivität und Effizienz von Projekten als Qualitätsmerkmal; Informationsmanagement
- VII. Führung und Kommunikation** (Leitungskompetenz und Prozessmanagement, inkl. professionelle und effiziente Leitung von Sitzungen); Führung und Kommunikation in Fachbereichen, Instituten, Arbeitsgruppen und Lehrstühlen (Mitarbeiterführung durch Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen; Zeitmanagement und Selbstorganisation; Gesprächs- und Verhandlungsführung, Vorbereitung, Moderation und Nachbereitung von Sitzungen, Nachhalten von Beschlüssen; Konfliktmanagement);
- VIII. Einführung in Ressourcenmanagement, Personalmanagement** (inkl. Diversity, Inclusivity und Gender); Personalrecht, Personalführung, Personalverwaltung; Verfahren und Kriterien der Personalauswahl; Förderung des wiss. Nachwuchses (Graduiertenkollegs, Habilitationsverfahren, didaktische Förderung, Wiss.Management usw.); Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Kompetenz, künftige Dienstaufgabe und Prozess; Budgetierung (Haushalt, Personal, Räume) und Finanzen (inkl. Fundraising);
- IX. Einführung in die Entwicklungsplanung,** insbesondere im Bereich FuE, Schwerpunktfindung, Entwicklung des Forschungs- und Entwicklungsprofils einer Einrichtung (Hochschule, Fachbereich, Lehrstuhl); differenzierte Ausgestaltung von Professuren (Programmatik, Fakten, Erfahrungen, Perspektiven); Gestaltung des Wandels (Change Management) (insbesondere Bedingungen für Statik und Dynamik von Organisationen; Theorie der Veränderung: Veränderung verstehen; Gestaltung der Veränderung: Prinzipien für die Praxis);
- X. Statusübergang und dessen unmittelbare Vor- und Nachbereitung;** persönliche Strategien zur Entwicklung des akademischen Curriculum Vitae; notwendige persönliche Spezialisierung und ihre Grenzen/berugliche Breite und Erkundung der Berufsfelder in und außerhalb der Forschung; persönliches Marketing, Bewerbung; Career Management Skills for Researchers; Vorbereitung auf Berufungsverfahren, „Vorsingen“; Crash-Kurs: Meine Aufgaben kurz vor und nach einer Berufung; Die eigene Zielvereinbarung vorbereiten und schließen; Übergang in die Fachgemeinschaft, Netzwerke; künftige Aufgaben als Professor/in in der Forschung; Ausstieg und erfolgreicher Übergang in andere Berufsfelder.

Teile dieser Themen lassen sich auch in ein Coaching/Mentoring-Verhältnis übertragen.

VI. Organisation geeigneter Lernprozesse: Wege zur Einlösung der Kompetenzziele

Die vorstehenden Kompetenzen durch die Nachwuchswissenschaftler anzueignen, erscheint zeitlich umfangreicher, als das real der Fall ist. Der Text macht zwar auf die Gegenstände und Lernprozesse aufmerksam, die der Ausbildung der Nachwuchswissenschaftler dienen, aber ihr Erwerb spielt sich in unterschiedlichen Formen und z.T. sogar beiläufig ab. Erst die Diskussion macht bewusst, dass hier Lernprozesse ablaufen.

Wie an anderer Stelle näher ausgeführt (Webler 2004a), sollten gerade in der Promotions-Phase die hierfür nötigen Lernprozesse gezielt in Teile des Alltags eingelagert werden, um den Praxistransfer zu erleichtern und die zeitliche Belastung möglichst gering zu halten. Dafür kommen vier Strategien in Betracht:

- individuelles, informelles Lernen am Arbeitsplatz im Alltag des Fachbereichs/Promotionskollegs,
- individuell betreutes Lernen vor Ort,
- lernen in eigens organisierten Situationen, Lernorten, Zeiteinheiten im Fachbereich und außerhalb,
- eigene Praxisentwicklung, praktische Erprobung des Gelernten: experimentelle, dokumentierte und reflektierte Alltagspraxis, Curriculumentwicklung, Evaluation usw. (individuelle Vor- und Nacharbeit).

Soweit sich der Kompetenzerwerb in organisierten Veranstaltungen abspielen soll, gilt:

Die Veranstaltungen sind so angelegt, dass die Beteiligten nicht nur Wissen anhäufen, sondern handlungsfähig werden. Die Module bestehen i.d.R. aus je zwei bis drei 2-tägigen Blockseminaren mit Vor- und Nacharbeiten und enthalten neben einem Pflichtkanon von Veranstaltungen mehrere Wahlmöglichkeiten zur individuellen Vertiefung und Profilbildung.

Diese Werkstattseminare wollen in die Rahmenbedingungen und Handlungsfelder von Hochschullehrern einführen, einen Überblick und Zusammenhangswissen erwerben lassen und mit kleineren Beispielen Strategien und plastische Handlungsabläufe entwerfen. Die Teilnehmer sollen in einer ersten Komplexitätsstufe Problemverständnis erwerben und handlungsfähig werden. Außerdem soll ihr Interesse an den Vertiefungsveranstaltungen geweckt werden. Die Didaktik dieser Veranstaltung orientiert sich an einem Wechsel aus Überblicken sowie problem- bzw. fallbasiertem bzw. handlungsorientiertem Vorgehen.

Je nach Interesse, Vorkenntnissen und Schwerpunkten in den eigenen Alltagsanforderungen kann von den Teilnehmern im Vorfeld des Werkstattseminars aus einer verfügbaren längeren Liste noch eine Themenauswahl getroffen werden.

Das Programm umfasst darüber hinaus einzelne schriftliche Arbeiten sowie Literaturkolloquien, beides zur Reflexion und Vertiefung des Gelernten. Dies wird ergänzt durch Phasen experimenteller Praxis (s.o.), in denen zusammen mit Kollegen der Transfer des Gelernten in die Praxis geübt wird (einschließlich der Verfassung von Teilen eines Projektantrags, wie Zeitplanung, Mittelbedarf u.ä.). Für das Gesamtprogramm entsteht nach jetzigem Planungsstand ein Präsenzstudium von ca. 24 Tagen; der Gesamtaufwand könnte bei 30 Tagen liegen.

Bei der Durchsicht von Promotions-Studien sind schon wieder Tendenzen einer starken Reglementierung (selbst auf dieser Stufe noch!) zu beobachten. Um die Kompetenzziele einzulösen, können die Inhalte mit folgenden Methoden in Lernsituationen zusammen geführt werden, in denen sich die oben entwickelten Kompetenzen besonders gut erwerben lassen:

- aktive, individuelle Arbeit/Selbststudium (nicht als Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen, sondern als Verfolgung eigener, die Studierenden interessierender Fragestellungen),
 - Arbeit in Tandems,
 - Nachbarschaftsgruppen (nach Zufall zusammen gesetzten Lerngruppen),
 - (bei etwas längeren Perioden der Zusammenarbeit) Kleingruppen,
 - in Lernetappen gestufte Sequenzen aus Selbststudium, Gruppenarbeit, Delegiertentreffs und Plenum,
 - problembasiertes und auf praktischer Arbeit basierendes Lernen (problem based learning, PBL und work based learning, WBL),
 - Praxissimulationen,
 - Projekte (insbesondere Lehrforschungsprojekte),
 - Autonome Studiengruppen
- (Zur Vertiefung vgl. Szczyrba/Wergen 2009).

VII. Resümee

Die hier im vorliegenden Text diskutierte Weiterqualifikation sollte über die Promotions-Phase, evtl. Drittmittelzeiten und die Junior-Professur verteilt sein. Insofern sollten neben unmittelbar dissertationsabhängigen Aktivitäten (inkl. begrenzter Vertiefung in der Forschung) nur diejenigen Teile des Kompetenzerwerbs in der Promotions-Phase organisiert werden, die (auch) außeruniversitäre Berufe fördert.

Literaturverzeichnis

- Berning, E./Falk, S. (2006): Promovieren an den Universitäten in Bayern. Praxis - Modelle - Perspektiven. (Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung), München.
- Bundesregierung (2008): Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Deutscher Bundestag: Drucksache 16/8491.
- Burkhardt, A. (Hg.) (2008): Wagnis Wissenschaft. Akademische Karrierewege und das Fördersystem in Deutschland. Leipzig.
- DFG (2009): Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages zum Thema „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“. Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft. <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a18/anhoeerungen/nachwuchs/stellungnahmen.pdf> (zuletzt aufgerufen am 6.6.09)
- Fiedler, W./ Hebecker, E. (2006): Promovieren in Europa. Strukturen, Status und Perspektiven im Bologna-Prozess. Opladen.
- Gerhardt, A./Briede, U./Mues, Chr. (2005): Zur Situation der Doktoranden in Deutschland. Ergebnisse einer bundesweiten Doktorandenbefragung. In: Beiträge zur Hochschulforschung Jg. 27/H. 1, S. 74-95.
- HRK (2002): Zur Organisation des Promotionsstudiums. (Entschließung des 199. Plenums vom 17./18.02.2002), Bonn.
- HRK (1996): Zum Promotionsstudium. (Entschließung vom 9.07.1996), Bonn.
- Koepfernick, C./Moes, J./Tiefel, S. (2006): GEW-Handbuch Promovieren mit Perspektive. Ein Ratgeber von und für Doktorandinnen. Bielefeld.
- Leuphana Universität Lüneburg (2009): ALMA - Programm zur Förderung der Forschungskultur: <http://www.leuphana.de/forschung/services/alma.html> (Aufruf 12.12.09)
- Netzwerk Studienqualität Brandenburg: http://www.sq-brandenburg.de/index.php?article_id=110 (Aufruf 12.12.09)

- Szczyrba, B./Wergen, J. (2009): Learning Outcomes der Promotions-Phase. Supportstrukturen für die Kompetenzentwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses. In: Schneider, R./Szczyrba, B./Welbers, U./Wildt, J. (Hg.): Wandel der Lehr- und Lernkulturen. Reihe: Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 120. Bielefeld, S. 88-98.
- Szczyrba, B./Wildt, J. (2006): Strukturiert promovieren: Didaktische Konzeptionen und Modelle einer strukturierten Doktoranden-Ausbildung. In: Fiedler, W./Hebecker, E. (Hg.): Promovieren in Europa. Strukturen, Status und Perspektiven im Bologna-Prozess. Leverkusen, S. 51-72.
- Webler, W.-D. (1993): „Professionalität an Hochschulen. Zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses für seine künftigen Aufgaben in Lehre, Prüfung, Forschungsmanagement und Selbstverwaltung“. In: Das Hochschulwesen, Jg. 41/H. 3, S. 119-144.
- Webler, W.-D. (2003): „Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses - das Beispiel der Universität Bielefeld“. In: Das Hochschulwesen, Jg. 51/H. 6, S. 243-251.
- Webler, W.-D. (2004a): „Professionelle Ausbildung zum Hochschullehrer. Modularisierter Auf- und Ausbau der Forschungs- und Lehrkompetenz sowie des Wissenschaftsmanagements in einem Curriculum“. In: Das Hochschulwesen, Jg. 52/H. 2, S. 66-74.
- Webler, W.-D. (2004b): Lehrkompetenz - über eine komplexe Kombination aus Wissen, Ethik, Handlungsfähigkeit und Praxisentwicklung. (Reihe Beruf: Hochschullehrer/in. Karrierebedingungen, Berufszufriedenheit und Identifikationsmöglichkeiten in Hochschulen). Bielefeld 2004.
- Webler, W.-D. (2009a): Vergleich der Studienprogramme im Bereich der Kernaufgaben der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen (Forschung, Lehre, Transfer und Weiterbildung). Teil I: Wissenschaftsforschung, Hochschulforschung, Bildungsmanagement, Forschungsmanagement, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement - Allgemeiner Teil. In: Personal- und Organisationsentwicklung in Einrichtungen der Lehre und Forschung, Jg. 4/H. 1+2.
- Webler, W.-D. (2009b): Hochschule und Forschung in ihren Entwicklungs- und Wandlungsprozessen - kurz: Hochschulentwicklung (Organizational Development/Change Management in Higher Education and Research). Zertifikatsprogramm der Akademie des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB). In: Personal- und Organisationsentwicklung in Einrichtungen der Lehre und Forschung, Jg. 4/H. 1+2.
- Wissenschaftsrat (1997): Empfehlungen zur Neustrukturierung der Doktorandenausbildung und -förderung. In: Empfehlungen zur Doktorandenausbildung und zur Förderung des Hochschullehrernachwuchses. Köln.
- Wissenschaftsrat (2001): Personalstruktur und Qualifizierung. Empfehlungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Köln
- Wissenschaftsrat (2002): Empfehlungen zur Doktorandenausbildung. Saarbrücken. Im Internet: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/5459-02.pdf>, Aufruf 30.05.09

Anlage

Promovendenförderung an der Universität Bergen

Zur Einschätzung entsprechender Entwicklungen in Deutschland mögen auch internationale Beispiele nützlich sein; hier ein Beispiel zur Intensivierung der Forschungskompetenz. Die ist die alleinige Dimension, die in dem nachstehenden Beispiel in der Promotions-Phase gefördert wird - allerdings intensiv.

Themen der Promovendenförderung an der Universität Bergen

Die Universität Bergen, eine forschungsintensive und international gut vernetzte und renommierte Universität, praktiziert ebenfalls ein strukturiertes Doktoranden-Studium. Zwischen den Regelungen der Disziplinen bestehen große Ähnlichkeiten. Als Beispiel dienen hier die Regelungen der Fakultät für Psychologie. Ein Modul "Design and conduct of research" ist zu absolvieren, das aus einer Vorlesung und einem Seminar bzw. Kolloquium besteht. An Inhalten werden behandelt:

Philosophical presuppositions of science (philosophy of science)

1. Definitions and aims of science, knowledge and research in psychological and educational sciences,
2. Research ethics,
3. Research planning, organization and financing,
4. Research design,
5. Research methods,
6. Dissemination of research findings.

An Zielen werden verfolgt:

General learning objectives

This programme aims to introduce and include PhD candidates into the academic community and introduce them to basic research methods in behavioural and educational sciences. Candidates should be able to understand and describe the research processes, specifically the interdependence between problem/hypotheses formulation and design and methodological issues. The course discusses the contribution of science in solving important problems in society, and how to distinguish science from other processes of knowledge development.

During this course, the candidates are expected to develop their own knowledge of and ability to reflect on important theoretical, methodological and ethical challenges and dilemmas of the research activity, with the focus on their own project. They will also have a basic (introductory) knowledge of the use of important electronic research tools like public and personal bibliographic tools and tools for production of presentations and treatment of data.

Specific learning objectives

After successful completion of the course, candidates should be able to:

1. evaluate the state of empirical data,
2. evaluate scientific publications in terms of the relation between problem, design, method, data and conclusion,
3. use basic statistical packages, information, personal bibliographic packages and presentation tools,
4. discuss the philosophical, cultural and social basis of their own research project, as well as that of the other candidates at the course,
5. identify possible ethical problems with their research including funding issues and dissemination of findings,

Description of learning materials and media:

To be suggested by course instructors, e.g.:

Books, electronically available papers, web sites, covering selected topics in: Philosophy of science, Ethics, Dissemination, Methodology, Manuals.

Dazu kommt eine umfangreiche, kommentierte und z.T. gegenseitig austauschbare Leseliste.

Als eigene Aktivität der Promovenden wird erwartet:

Based on a summary of the candidates' own research proposal, theoretical or empirical challenges will be discussed during the course. The aim is that the course will contribute to identifying and clarifying certain theoretical or empirical aspects (philosophical, ethical, and methodological) of the candidates' project.

In addition there will be lectures, seminars, group work and demonstrations/practical activities

Hier liegt ein solides Modell der Forschungsförderung vor, das als Maßstab gelten kann; andere Dimensionen beruflicher Anforderungen werden jedoch noch völlig vernachlässigt.

■ **Dr. Wolff-Dietrich Webler**, Professor of Higher Education, University of Bergen (Norway); Ehrenprofessor der Staatlichen Pädagogischen Universität Jaroslawl/ Wolga; Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), E-Mail: webler@iwbb.de

Reihe Gestaltung motivierender Lehre in Hochschulen: Praxisanregungen

Werner Kretschmar/Ernst Plietz
Die Vorlesung - eine Anleitung zu ihrer Gestaltung

Vorlesungen sind seit jeher hochschultypische Lehrform. Daran wird sich schon wegen der hohen Studierendenzahlen nichts ändern, obwohl die Vorlesung häufig zu hohe Anforderungen an die Konzentrations- und Aufnahmefähigkeit der Hörer stellt. Es bedarf einer durchdachten Planung und Darbietung des Lehrstoffes, wenn der von den Lehrenden angestrebte Orientierungs- und Lerneffekt zumindest bei der Mehrzahl ihrer Studierenden erzielt werden soll. Die vorliegende Schrift geht auf die mit Vorlesungen verfolgten Absichten ein sowie darauf, wie die Zuwendung der Lernenden zum Lehrinhalt (besser) erreicht werden kann. Es folgen Hinweise, wie die Lehrenden die Faßlichkeit des zu Vermittelnden verbessern können und wie das Behalten des Gehörten gefördert werden kann. Schließlich wird auf personale Momente für Vorlesungserfolg und auf die Struktur von Vorlesungen eingegangen. Didaktisch und psychologisch begründete Empfehlungen wie in dieser Schrift können den jüngeren Lehrenden bei der Planung und Ausführung ihrer Lehrvorhaben helfen. Auch erfahrene Dozenten werden Anregungen finden. Die Autoren sind erfahrene Hochschulpädagogen, die sich über lange Jahre intensiv mit Lehre und Lernen und insbesondere mit Vorlesungen auseinander gesetzt und viele Generationen von Lehrenden ausgebildet haben.

*ISBN 3-937026-37-1,
Bielefeld 2005, 36 Seiten, 9.95 Euro*



Bestellung - Fax: 0521/ 923 610-22, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Reihe Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis

im Verlagsprogramm:

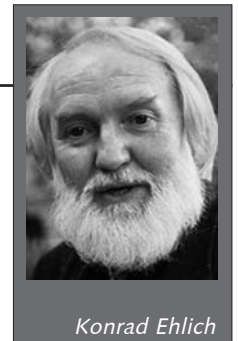
Frauke Gützkow und Gunter Quaißer (Hg.):
Jahrbuch Hochschule gestalten 2007/2008 -
Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft

ISBN 3-937026-58-4, Bielefeld 2008, 216 S., 27.90 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Konrad Ehlich

Deutsch als Wissenschaftssprache für das 21. Jahrhundert



Konrad Ehlich

Im Jahr 2000 hat der Verfasser einen gleichnamigen Aufsatz in der Zeitschrift GFL 1-2000 veröffentlicht. Gerne ist er nun der Einladung der Zeitschrift „Forschung“ gefolgt, seinen damaligen Aufsatz in leicht aktualisierter Form erneut in die Debatte um Deutsch als Wissenschaftssprache einzubringen. Dabei zeigte sich, dass die Sachanalyse ohnehin aktuell geblieben ist (welche die Einladung ausgelöst hatte); lediglich die Einbettung in die laufende Debatte (ich spreche nicht von Diskurs, da hier eine z.T. mit großer Emotionalität geführte Auseinandersetzung stattfindet) war zu aktualisieren. Deutsch als Wissenschaftssprache gilt zwar nach verschiedenen Darstellungen immer noch als obsolet; Repräsentanten deutscher Wissenschaftspolitik, naturwissenschaftlicher Forschungsinstitutionen und einzelner Disziplinen befördern durch unterstützende Maßnahmen sein Verschwinden. Aber die Stimmen, die dies für einen Irrweg halten, sind lauter geworden und haben an Einfluss deutlich gewonnen (§ 1.). Der Artikel geht der Frage nach dem Charakter, den Erwartungen, den Hoffnungen und den Begründungen solcher Auffassungen und solcher Wissenschaftspolitik nach und wägt ihre Kosten und ihren Nutzen gegeneinander ab. Der Berufung auf die mittelalterliche Monolingualität in den Wissenschaften als Modell wird die Faktizität einer gespaltenen Wissenswelt gegenübergestellt (§ 2.). Der Prozess der Nationalisierung von Wissenschaft in der Neuzeit wird in seinen Leistungen beschrieben (§ 3.). Sprachlichkeit ist Teil des Wissenschaftsgeschehens selbst, und der Sprache kommt eine eigenständige gnoseologische Funktion bei der Wissensgewinnung zu (§ 4.). Die einzelnen Wissenschaftssprachen machen spezifischen und jeweils anderen Gebrauch von ihren Alltagssprachlichen Ressourcen (§ 5.). Die Differenz der unterschiedlichen sprachlichen Verfasstheit von Wissenschaft ist wesentliche Bedingung für ein (gegen ethnozentrische Verkürzungen geschütztes) reflexives Umgehen mit Wissen (§ 6.). Die nationalsprachliche Verfasstheit von Wissenschaft ermöglicht Durchlässigkeit und allgemeine Zugänglichkeit des gesellschaftlichen Wissens für tendenziell alle Mitglieder der jeweiligen Sprachgemeinschaft - was für demokratische Entscheidungen über Wissenschaft und Wissenschaftsfolgen unabdingbar ist (§ 7.). Mit Blick auf das US-Amerikanische als einzige Welt-Wissenschaftssprache wird unter dem Etikett der „Globalisierung“ eine faktische Hegemonie eines Nationalstaates, eben der USA, für den Wissenschaftsbetrieb verschleiert, eine Hegemonie, die kulturimperialistische Züge trägt und zu absehbar drastischen Folgen für die anderen Wissenschaftskulturen zu führen im Begriff ist (§ 8.). Dazu gehört nicht zuletzt die Bedrohung der weiteren Entwicklung der einzelnen Hochsprachen als für alle kommunikativen Bereiche hinreichender Kommunikationsmedien (§ 9.). Als Folgerung aus den Darlegungen wird dafür plädiert, den sprachpolitischen Entscheidungscharakter

der gegenwärtigen wissenschaftssprachlichen Situation zu erkennen und die Entscheidung für oder gegen die weitere Nutzung einzelner Nationalsprachen wie des Deutschen für die Wissenschaft von einer neuen, reflektierten Einschätzung von Kosten und Nutzen abhängig zu machen.

1. Ein verschwindendes Objekt?

Als im Jahr 2000 die Mainzer Akademie der Wissenschaften die deutsche Wissenschaftssprache im 20. Jahrhundert zum Gegenstand einer Tagung machte, erschien dieser Gegenstand weithin als einer, den man sich nur noch als ein historisches Objekt vorstellen konnte. Diese Einschätzung stand *seinerzeit* nicht allein. Ulrich Ammon hatte in mehreren faktenreichen Untersuchungen das Verschwinden des Deutschen als Wissenschaftssprache behauptet und danach in zwei nachfolgenden Publikationen bildungspolitische und wissenschaftspolitische Konsequenzen gezogen. Seine mit einem übergroßen Fragezeichen versehene Arbeit „Ist Deutsch noch internationale Wissenschaftssprache?“ (Ammon 1999) endete mit einem großangelegten Plädoyer für die Ersetzung des Deutschen durch das Englische in der deutschen Universität. Bediente sich diese Untersuchung noch der obsoleten Sprache, so versammelte eine zweite, von Ammon herausgegebene Publikation (Ammon 2000) - nunmehr den eigenen Anforderungen Genüge tuend, auf Englisch - all jene Fakten, die aufgeboten werden, um das Englische als Wissenschaftssprache der Zukunft zu fundieren. An Ammon als Exponenten lässt sich der in den vergangenen Jahren eingetretene Wandel wieder hin zu einer Unterstützung des Deutschen besonders deutlich dokumentieren. Als Experte zur Anhörung des Unterausschusses „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages zum Thema „Deutsch als Wissenschaftssprache“ im Januar 2009 geladen, überließ er unmittelbar am Tag der Anhörung einer großen Tageszeitung seine Stellungnahme zur Veröffentlichung. Ganz anders als neun Jahre zuvor spricht er sich nun für eine zwischen Natur- und Geisteswissenschaften differenzierende Sichtweise aus und wendet sich gegen englischsprachige Studiengänge an deutschen Hochschulen, spricht angesichts z.T. widersprüchlicher Ziele von einem sprachpolitischen Dilemma, damit von einer großen sprachpolitischen Herausforderung und fordert mittlerweile wieder die Förderung des Deutschen, verstärkt vor allem in den Geisteswissenschaften (Ammon 2009). Besonders die Naturwissenschaftler und die Mediziner propagieren den Übergang zum Englischen, und dies seit längerem - mit immer weiter reichenden Konsequenzen. Die Verdrängung des Deutschen aus der universitären Diskurs- und Textwirklichkeit scheint hier fast nicht einmal mehr eine Frage der Zeit zu sein. Nur durch die Verwendung des Englischen sei der internationa-

le Standard zu erreichen, und dieser internationale Standard hat seinen zentralen Ort anderswo, nämlich in den USA. Die „Spitzenforschung“ schreibt Englisch - so wurde es schon seit längerem von den Sachwaltern eben dieser Spitzenforschung pointiert formuliert. Der Umkehrschluss wird nicht explizit gezogen - er ist dennoch unüberhörbar: Wer Deutsch schreibt, ist provinziell, unerheblich, Mittelmaß oder schlechter, von den „Spitzen“ jedenfalls weit entfernt. In Disziplinen, in denen die Erkenntnisse (einschließlich der Vermarktungsmöglichkeiten) im Tagesrhythmus verspätet sein können; in Disziplinen, in denen zudem die Erkenntnisse kurze und kürzeste Halbwertszeiten aufweisen, scheint die Proklamation der neuesten Forschungsergebnisse vor der „scientific community“ fast das Wichtigste zu sein. Die Sprache dieser Proklamation muss um den Preis des Anders-nicht-gehört-Werdens jene sein, bei der die Ausrede nicht gelten kann, dass die Publikation ja in einer nicht verständlichen Sprache, also etwa Deutsch - und somit faktisch nicht -, erfolgt sei. Dieses Szenarium hat seine innere sprachpolitische Logik, die sich aufs Engste mit der wissenschaftspolitischen verbindet, ja, die lediglich eine andere Seite eben jener übergreifenden Wissenschaftspolitik und der aus ihr folgenden wissenschaftssoziologischen Struktur ist. Der Diskurs, aus dem einige Stimmen eben skizziert wurden, scheint die Frage nach dem Deutschen als Wissenschaftssprache im 21. Jahrhundert überflüssig zu machen: Sowohl faktisch wie auch prinzipiell sind ihm zufolge alle sprachlichen Beiträge zur Wissenschaft, die sich nicht deren neuen Idioms, des Englischen, bedienen, unsinnig, ja den Zielen der Wissenschaft gegenüber schädlich: Sie verhindern die Herstellung einer neuen wissenschaftlichen Einsprachigkeit. Diese wird als Wiederherstellung idealer wissenschaftlicher Kommunikationsformen angesehen, wie sie zuletzt im Mittelalter bestanden, als alle Welt (d.h. konkret: alle Welt im Westen), die in der Wissenschaft etwas diskursiv zu vermelden oder zu verhandeln hatte, sich des einheitlichen Latein bediente. Dieser Rückbezug erfolgt denn auch explizit (vgl. Schiewe 1996). Während diese Argumentationslinie weiter vertreten wird, hat sich inzwischen Widerspruch förmlich organisiert. 2005 haben drei Naturwissenschaftler bzw. Mediziner, W. Haße, H. Dieter und R. Mocikat **Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft** veröffentlicht, die in der Folgezeit viel Aufmerksamkeit und viel Zustimmung ausgelöst haben. 2007 folgte die Gründung des Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache (ADAWIS) e.V. durch diese drei Autoren. Sie halten das Thema durch Beiträge auf vielen Konferenzen und gegenüber der Politik wach, erzeugen öffentliche Äußerungszwänge bei Repräsentanten aus Politik und Wissenschaft und sind mit den Ergebnissen ihrer sprachpolitischen Arbeit im Sinne einer allgemeinen Sensibilisierung für die Problematik zufrieden, wie ihr Vorsitzender, Mocikat gerade öffentlich resümiert hat (s. das FO-Gespräch in ds. Ausgabe). In den Jahren 2007 und 2008 haben das Goethe-Institut und die Alexander von Humboldt-Stiftung Konferenzen durchgeführt, auf denen positiv für Deutsch als Wissenschaftssprache geworben wurde. Die VolkswagenStiftung hat inzwischen eine Förderinitiative „Deutsch plus - Wissenschaft ist vielsprachig“ ergriffen. Nach der Anhörung durch den Bundestags-Unterausschuss haben die Alexander von Humboldt-Stiftung, der DAAD, die HRK und das Goethe-Institut im Februar 2009 eine gemeinsame sprachenpolitische Erklärung veröffentlicht. Haupttenor dieser Erklärung war die Versicherung der Wertschätzung des Deutschen (auch) als Wissenschaftssprache - freilich ohne konkrete eigene Maßnah-

men, verbunden mit der Erwartung, dass der Staat tätig werden müsse.

Ein zentrales Problem liegt vor allem auf der Seite von Teilen der Wissenschaft. Diese müsste handeln, ist aber durch Widerstände einer Reihe von Disziplinen gehindert. Die Gründe sollen nachfolgend analysiert werden. Dabei steht die o.g. Argumentation mit den vermeintlichen Vorteilen einer neuen wissenschaftlichen Einsprachigkeit als idealer wissenschaftlicher Kommunikationsform (wie sie im Mittelalter mit Latein praktiziert wurde) im Vordergrund.

2. Eine einsprachige Wissenschafts-Ökumene? Das Latein

Gehen wir diesem Gedanken nach, so sehen wir in der Herbeiwünschung einer einheitlichen Wissenschaftskommunikation einen recht spezifischen Beitrag zu einer Beschwörung einer vorneuzzeitlichen Welt, die zuletzt die Romantiker bewegte. Novalis' Text „Die Christenheit oder Europa“ ist die vielleicht bedeutendste Programmschrift, in der der Zerrissenheit der Neuzeit jene verklärte Einheit gegenübergestellt wurde, die die eine Kirche ohne die Zersplitterungen der Konfessionen ebenso umfasste wie die eine politische Welt, in der das Auseinanderfallen in disjunkte politische Einheiten angeblich nicht statt hatte: Das Kaisertum überwölbte alles.

Wenige Blicke in die Realität der so beschworenen Welt zeigen, dass es sich bei diesem Bild um eine retrospektive, ja eine retrojizierte, in die Vergangenheit hinein entworfene Utopie handelt. In ihr sind unter anderem die Opfer ein zweites Mal eliminiert - wie alles, was der Einheitsphantasie nicht entspricht, all jene „Ketzer“ also, die die Einheit auf zum Teil massive Weise ideologisch wie faktisch in Frage stellten. Auch die wissenschaftliche Welt war nicht jene selbstverständliche Einheit, als die sie erscheint. Bereits seit dem 5. Jahrhundert war die christlich geprägte Wissenschaftswelt im Westen in zwei, die byzantinische und die lateinische, zerfallen - völlig zu schweigen von etwa all den monophysitischen, nestorianischen, ägyptischen, syrischen Christentumsformen, die die Reichskirche ausschloss oder von der sie sich distanzierte. Die beiden Welten waren zugleich auch zwei wissenschaftliche Sprachwelten. Die Trennung in zwei Sprachwelten führte zur Aufspaltung des Gesamtwissens und der Entwicklung verschiedener Traditionswege im europäischen Osten und im europäischen Westen. Diese Spaltung ermöglichte dem lateinischen Westen endlich jene Emanzipation von den griechischen Quellen allen Wissens, die so lange vorgegeben hatten, was als Wissen überhaupt galt und zu gelten hatte. Es war ein Afrikaner, der hier den wichtigsten und folgenreichsten Beitrag zur Emanzipation leistete, Augustinus, Bischof von Hippo Regio im heutigen Maghreb.

Die Einheitlichkeit des Wissens und seiner einheitlichen Sprache war vollends in Frage gestellt, als mit der radikalisierten antitrinitarischen Religion, die Mohammed stiftete, eine andere Wissenswelt entstand und sich sehr schnell verbreitete, die sich einer wieder anderen Wissenschaftssprache bediente, diese entwickelte und zu einem ungeahnten Reichtum entfaltete, die arabische. Die Überlieferung und Übernahme des griechischen Wissens geschah hier durch die Vermittlung einer vierten Wissenschaftssprache, deren Bedeutung heute weithin nicht mehr gesehen wird, des Aramäischen bzw. Syrischen. In der Tradierung des griechischen Wissens erlebte diese frühere lingua franca der vorderorientalischen Welt ihre letzte Blüte.

(Heute wird sie noch in drei Dörfern in Palästina gesprochen.) Als nach einer langen prosperierenden Zeit wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung und -entfaltung die einheitliche lateinische Wissenswelt mit der arabischen in einen nicht mehr abweisbaren Kulturkontakt kam, war dies ein Schock, von dem sich die „Lateiner“ zunächst nicht erholten. Seither wurde die Konfrontation mit der fremden Wissenskultur als Abwehrkampf geführt - also als Apologie des eigenen Wissenssystems, unter Aufnahme und Umdeutung des nicht zu Eliminierenden. Unterschwellig wirkte die Rezeption des gegnerischen Wissenssystems zugleich weiter in der Etablierung einer eigenen, inneren kritischen Strömung, die mit den Repräsentanten von etablierter Wissens- und Wissenschaftspraxis in beständigem Streit lag. Jedenfalls wurde durch den wissenschaftlichen Kulturkontakt die selbstverständliche Gleichsetzung des eigenen Wissens mit dem möglichen Wissen überhaupt in Frage gestellt.

3. Nationalisierung der Wissenschaftssprache

Einen ähnlichen Effekt hatte die nächste derartige Begegnung, die eigentlich eine Wiederbegegnung war: Durch die politischen Ereignisse im Osten bedingt, verlagerte sich die griechisch-byzantinische Wissenschaft auf der Flucht vor der türkischen Bedrohung nach Westen. Die massive Neubegrenzung mit der griechischen Wissenswelt geschah nun freilich bereits im Horizont einer sich verändernden sprachlichen Gesamtsituation, die der Mehrsprachigkeit ein neues, anderes Gewicht verlieh. Die einzelnen Regionen Europas zeigten an der Entwicklung und Nutzung ihrer je eigenen Sprachen ein neues Interesse. Dadurch entstanden ernsthafte Konkurrenten für das dominante Latein auch in der Wissenschaft. Giordano Bruno, Martin Luther, die „Royal Academy“, Leibniz, Thomasius und Wolff markieren für die Wissenschaftssprache - beziehungsweise auch für sie - Wendepunkte hin zur jeweiligen „vernakulären“ Sprache. Die Prozesse, die sich mit einer gewissen zeitlichen Versetzung in den meisten europäischen Ländern vollzogen, standen im großräumigen Zusammenhang mit veränderten kommunikativen Bedarfslagen. In der mittelalterlich-lateinischen Welt ruhte Wissenschaft auf einer wissenssoziologischen Spaltung in der Bevölkerung auf, die sich im Unterschied zwischen dem Klerus und den Laien ausdrückte. Diese Trennung wurde zunehmend aufgehoben. Das gewonnene Weltwissen wurde für andere, größere Bevölkerungsteile relevant und interessant.

Das Ergebnis dieser Entwicklungen war eine Wissenschaftssprach-Situation, die ihren Höhepunkt in der Zeit zwischen 1850 und 1930 erreichte. Ähnlich wie im politischen Bereich die großen Mächte standen in der Wissenschaft mehrere weit entwickelte Wissenschaftskulturen nebeneinander, die auf je spezifische Weise ihren Beitrag zur Welt-Wissensentwicklung leisteten. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Wissenschaftskulturen war durch sehr gute Sprachkenntnisse auf Seiten der Wissenschaftler und durch eine intensive Übersetzungstätigkeit gewährleistet. Diese Übersetzungstätigkeit war weit mehr als eine Art Appendix zum Wissenschaftsgeschehen. In ihr erfolgte vielmehr der systematische Transfer all jenen Wissens, das für die jeweilige nationale Wissenschaftskultur erreicht war. Um gelingen zu können, benötigte er tiefgehende wissenschaftliche Kulturkontaktformen. Es war deshalb auch keineswegs unüblich, dass die herausragendsten Vertreter einer Disziplin sich dieser Aufgabe annahmen.

4. Die gnoseologische Funktion von Wissenschaftssprache

Sprache ist nicht einfach eine Ansammlung von Wortmarken, die den sprachunabhängigen Wissens-elementen angehängt würden. Vielmehr erfolgt die Organisation, Speicherung und Weitergabe des Wissens selbst in sprachlicher Form. Der Sprache kommt aufgrund dieses Umstandes eine eigene erkenntnisbezogene, ja erkenntnistiftende Funktion zu. Zusammenfassend kann sie als gnoseologische Funktion von Sprache bezeichnet werden. Sie steht neben der praxisstiftenden und der gemeinschaftsstiftenden Funktion.

Die gnoseologische Funktion von Sprache wurde von Humboldt thematisiert, aber noch nicht eigentlich exploriert. Die Humboldt-Rezeption des Neoidealismus der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts hat Humboldts weitblickende Konzeptionen zu einer erkenntnistheoretisch einigermaßen naiven, neokantianisch beeinflussten Sprachontologie verwandelt, die Sprache als „Zwischenwelt“ aus jenen kommunikativen Prozessen herausnahm, die im energieia-Konzept zentral gestanden hatten und eine funktional offene Theorie von Sprache ermöglichten. Die detaillierte Analyse der komplexen Wechselbeziehungen zwischen Sprache und wissenschaftlicher Erkenntnis steht weiterhin aus. Diese bedürfte vor allem einer breit angelegten, begriffsgeliteten Empirie. Sie könnte wohl am ehesten im Rahmen einer Wissenschaftssprach-Komparatistik betrieben werden. Die wenigen Ansätze, die es bisher gibt (etwa von Galtung oder Clyne), machen eher das Problem bewusst, als dass sie bereits Beiträge zu einer derartigen Beschreibung in hinreichender Deutlichkeit erbrächten.

5. Wissenschaftliche Alltagssprache und ihre Nutzung der Theorieentwicklung

Zu den ungezweifelt zentralen Differenzen innerhalb der europäischen Wissenschaftssprachen gehört die je unterschiedliche Umsetzung der allgemeinen philosophischen Diskussion in die jeweiligen nationalen Wissenschaftssprachen. Auch dies ist wiederum nicht einfach eine Frage der Terminologie. Im Mittelpunkt stehen vielmehr Phänomene wie die jeweilige Ausprägung der alltäglichen Wissenschaftssprache. Darunter ist Folgendes zu verstehen: Jenseits der spezifisch geprägten und zum Teil durch explizite Definitionsprozesse bestimmten Fachterminologien einzelner wissenschaftlicher Disziplinen gehört zur wissenschaftlichen Kommunikation sowohl in ihrer mündlichen wie in ihrer schriftlichen Form die je spezifische Nutzung von Teilen der Alltagssprache für die Zwecke der Wissenschaft. Ähnlich wie die Alltagssprache eine Grundlage für alle Kommunikation derer ist, die sich ihrer bedienen, ähnlich unscheinbar und für den ersten Blick selbstverständlich, ähnlich allgemein verbindlich und verbindend zeigt sich das Gerüst wissenschaftlicher Kommunikation in der jeweiligen nationalen Wissenschaftssprache. Die Untersuchung der Sprachlernprozesse von Ausländern, die sich diese Wissenschaftssprache aneignen, macht die Probleme überdeutlich, vor denen die Lernenden stehen. Diese Probleme zeigen den Stellenwert, der der alltäglichen Wissenschaftssprache zukommt. Sie ist jenseits der terminologischen wissenschaftssprachlichen „Gipfel“ die alles verbindende wissenschaftliche Sprache des Alltags von Forschung und Lehre, die wissenschaftliche Alltagssprache. Sie beschränkt sich keineswegs auf die mündliche Wissenschaftskommunikation. Vielmehr hat sie eine vergleichbare Stellung auch in allen

schriftlichen Sprachäußerungen. Sie ist schlichtweg unumgänglich. Selbst dort, wo als international verbindende Sprache die Mathematik eingesetzt wird, also vor allem in den Naturwissenschaften und in den statistisch verfahrenen Gesellschaftswissenschaften, bleibt die alltägliche Wissenschaftssprache im Gebrauch. Einige Facetten dieser Wissenschaftssprache zeichnen sich ab. So sind etwa die allgemeinen philosophischen Entwicklungen für die Wissenschaftssprache der einzelnen Nationen unterschiedlich relevant geworden.

Die oft beschworene Liebe zur wissenschaftssprachlichen *clarté* in Frankreich etwa ist ganz offensichtlich vom Cartesianismus bestimmt, der theoretisch, aber auch methodologisch und sprachlich von einer langanhaltenden Wirkung gewesen ist. Der Übergang von der lateinischen zur französischen Sprache erreichte hier also bereits ziemlich zu Anfang ein über lange Zeit andauerndes, bleibendes Resultat.

Die britische Wissenschaftssprache scheint in erheblichem Umfang durch Sensualismus und Empirismus geprägt zu sein. Eine sich auf die Sprache der Wissenschaft auswirkende Rezeption der zeitlich daran anschließenden kontinental-europäischen philosophischen Entwicklungen scheint es in einem relevanten Ausmaß nicht gegeben zu haben. Das sprachliche Umschwenken im Werk Carlyles könnte möglicherweise als exemplarischer Fall genommen werden, an dem die hiermit verbundenen Probleme im Detail erforscht werden könnten.

In beiden Wissenschaftssprachen, der französischen und der englischen, haben die lateinischen und die latino-graecischen Elemente einen ersichtlich anderen Stellenwert als in irgendeiner der germanischen Sprachen. Diese Elemente sind hier Grundlagen für die alltägliche Sprache auch jenseits der Wissenschaften. Ihnen kommt also sprachstrukturell sozusagen eine prinzipielle Bedeutung zu. Ganz anders sieht die Situation etwa für das Deutsche aus. Die lateinischen und lateinisch-griechischen Elemente sind weithin durchschaubar als „Wörter aus der Fremde“ (Adorno). Daneben finden sich in der alltäglichen Wissenschaftssprache ganz und gar unscheinbare Wörter genutzt, die zum Teil bis hin zur Terminologisierung eingesetzt werden können. Man denke nur an einige der grundlegenden Kategorien innerhalb der Hegelschen Philosophie wie das „An-Sich“, das „Für-Sich“ und das „An-und-für-Sich“. Aber auch elementare Teile der psychoanalytischen Theorie kommen ohne die substantivierten Pronomina beziehungsweise die *Deixis* „Ich“, „Es“, „Über-Ich“ nicht aus.

Nun ist es sicher keineswegs so, dass hierfür nicht immer auch Übersetzungen möglich wären. Die wissenschaftliche Übersetzungskultur war oben ja als ein gerade fundamentaler Aspekt des neuzeitlichen Wissenschaftsbetriebs gekennzeichnet worden. Aber diese Übersetzung will als solche geleistet werden, und zwar massenhaft und als Realisierung eben jener interkulturellen Austauschprozesse, die geeignet sind, die jeweiligen Erkenntnisgewinnungen auf eine substantielle Weise durch Weiterentwicklung der Wissenschaftssprache zu gewährleisten. Wissenschaftssprache ist also - und dies nicht zuletzt in ihrer Form als alltägliche Wissenschaftssprache - viel mehr als eine spezifische Nomenklatur. Sie ist Teil, Folge und Voraussetzung für Wissenschaftskommunikation in einem umfassenden Sinn.

6. Wissenschaftssprach-Reflexion

Die Sprachgebundenheit von Erkenntnis holt Wissenschaft aus einem wie immer gearteten „Ideenhimmel“ zurück, zu den lästigen, aber unentrinnbaren Gebundenheiten an die Praxis der

Erkenntnisgewinnung und derer, die sie betreiben. Unterschiedliche Wissenschaftssprachen sind Ergebnis, Ausdruck und Ressource verschiedenartiger wissenschaftlicher Erkenntnisse und unterschiedlicher Wege ihrer Gewinnung. Die Einsicht in die gnoseologische Funktion der je eigenen, einzelnen Wissenschaftssprache ist also eine wichtige Grundlage für die Einsicht in Bedingungen und Bestimmungen des Wissenschaft-Treibens insgesamt. Sie ermöglicht den Anfang der Reflexion von Wissenschaft. Derartige Reflexion ist nun nicht der erkenntnistheoretische Luxus einiger weniger Subdisziplinen der Philosophie. Sie ist vielmehr grundlegendes Erfordernis für einen Wissenschaftsbetrieb, der zunehmend in der Gefahr steht, seine gesellschaftliche Verantwortung in der immer stärkeren Spezialisierung der einzelnen Wissenschaften zu verflüchtigen. Die gesellschaftliche Verantwortung aber verlangt, dass die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihr Tun als Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Gesamtwissensprozesses erkennen und es vor der Gesellschaft auch verantworten.

Ein zweiter Aspekt verleiht der einzelsprachlichen Bindung des Wissenschaftsgeschehens eine zentrale Bedeutung:

Der angestrebte *Monolinguisimus* für das internationale Wissenschaftsgeschehen hat erkenntnishindernde Folgen. Die Begegnung mit einer fremden Sprache ist eine wichtige Erfahrung in der jeweiligen Lern- und Reflexionsgeschichte der mit Wissenschaft Befassten. Den Sprachen kommt somit eine grundlegende Funktion produktiver Verunsicherung und eines Schutzes vor Ethnozentrismus für den Prozess des Wissenschaftstreibens zu. *Multilingualität* ist keine wissenschaftsbetriebliche Folklore, sondern ein wesentlicher Teil des Erkenntnisprozesses selbst, wie nicht zuletzt an den Sprachkonfrontationen der Wissenschaften in ihrer Geschichte deutlich wird. Die Erfahrung der Fremdheit fremden Sprachdenkens ist eine wichtige hermeneutische Grunderfahrung. Sie verdient explizite Beachtung in der Lehre wie der Forschung.

7. Wissenschaft und Demokratie

Die Nutzung der Nationalsprachen für das Geschäft der Wissenschaft hat eine zweite, bedeutende Implikation. Diese Nationalsprachen selbst sind Verfahren zur Herstellung großräumiger Kommunikation. Sie erweitern den Radius, innerhalb dessen Verständigung angestrebt und ermöglicht wird. Die Praxisstiftung vermittelt Sprache tritt dadurch in ein neues Stadium.

Zwar bot auch die Nutzung des Latein durch die horizontale Erstreckung des Kommunikationsraums eine flächenübergreifende Großräumigkeit. Doch diese war erkaufte um den Preis einer Abschottung der Kommunikation der innerhalb dieses großflächigen Raums lebenden Populationen. Die vertikale Aufteilung, die in der Distribution der Kleriker von den Laien ihren exemplarischen Ausdruck fand, hinderte Kommunikation über diese soziale Grenze hinweg.

Durch die Nutzung der Nationalsprachen für die Zwecke der Wissenschaft ergab sich demgegenüber eine ganz andere Perspektive: für die Nationalsprachen war und ist gerade kennzeichnend, dass sie die Gesamtheit der jeweiligen Populationen in den kommunikativen Radius einbeziehen. Lange bevor dies politisch seine Realisierung fand, hat die Verbreitung der einheitlichen, transregionalen Sprache eine Tendenz zur Demokratie. Sprachteilhabe als allgemeines Recht konnte so in der Praxis erworben werden, bevor dieses Recht tatsächlich verbrieft wurde.

Besonders in Deutschland ist dieser geradezu avantgardistische Aspekt der sprachsoziologischen und sprachpolitischen Entwicklung, ihr Vorlauf-Charakter gegenüber den politischen Strukturen, zu greifen. In der über zweihundertjährigen Kampagne um das Hochdeutsche wurde eine Sprachzugangsmöglichkeit geschaffen, in der die teleologische, praxisstiftende Qualität der einheitlichen Hochsprache selbst umschlägt in eine spezifisch identitätsstiftende: die Gesellschaftsstiftung durch das Medium Sprache, die Erfüllung der kommunikativen Funktion von Sprache, ereignete sich, bevor andere, politische Identitätsstiftungen gelangen. Zugleich erhielt die Erkenntnistiftung im Medium Sprache in genau dieser Periode eine neue Dimension, indem das sprachlich verfasste Wissen wiederum der gesamten Population - wenn auch weithin zunächst einmal nur im Programm - zugänglich gemacht werden sollte. Aufklärung und Sprache sind in dieser Phase eine substantielle Bindung aneinander eingegangen. Das gesamte Wissen: dies bedeutet, dass gerade auch das sich explosionsartig entfaltende wissenschaftliche Wissen in die allgemeine Vermittlungsfähigkeit umgesetzt wird. Die Entwicklung des differenzierten Bildungswesens von der allgemeinen Schulpflicht bis hin zu einer Zugänglichkeit der Universitäten für alle dafür hinreichend begabten Mitglieder der Population realisierte und realisiert dieses Programm.

Die demokratische Dimension einer nationalsprachlich eingebetteten, aus der Nationalsprache entwickelten und auf sie bezogenen Wissenschaftssprache verbürgt die Möglichkeit des verallgemeinerten Zugangs zum gesellschaftlichen Wissen in seiner Gesamtheit. Nachdem die demokratische Verfasstheit der meisten europäischen Gemeinwesen im Laufe des 20. Jahrhunderts politische Wirklichkeit geworden ist, sind Wissenschaftssprachentwicklung und Gemeinwesenentwicklung in eine neue Übereinstimmung eingetreten. Sie stützen sich wechselseitig ebenso sehr, wie sie einander bedingen. Wird dieses Band gelöst, so verliert Demokratie eine wichtige Grundlage ihres Bestehens (vgl. zu den Weiterungen Skutnabb-Kangas 1998, Skutnabb-Kangas/Phillipson 1994)

Dies ist nun keineswegs eine rein akademische Bestimmung. Gerade die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Kernprojekte des Wissenschaftsbetriebes, von der Atomkraftnutzung über die Gentechnologie bis zur Nanotechnik, und der öffentliche Diskurs darüber leben von der Möglichkeit, ihn in einer tendenziell allen zugänglichen Sprache zu führen, einer Sprache, die sich der Trennung von Lebenswelt und Wissenswelt weder verdankt noch zu ihr beiträgt.

Wird die Verbindung von Wissenschaftskommunikation und sonstiger Kommunikation in einer Gesellschaft gelöst, so droht die Gefahr, dass auch in dieser Hinsicht eine mittelalterliche, also vordemokratische Struktur reetabliert wird. Beispiele dafür sind wissenschaftssoziologisch bereits in Ländern zu beobachten und in ihren Konsequenzen zu analysieren, in denen die Wissenschaft im Wesentlichen als Extension des US-amerikanischen Wissenschaftsbetriebes geschieht, besonders in Lateinamerika.

Nun könnte die Einheitlichkeit von alltäglicher und wissenschaftlicher Kommunikation der Möglichkeit nach selbstverständlich auch durch Schritte in die gegenteilige Richtung erreicht werden, indem also nicht die allgemeine Anglizierung des Wissenschaftsbetriebes vermieden, sondern das Englische als Sprache für nahezu alle gesellschaftlichen und individuellen Kommunikationsbereiche genutzt wird. Dies würde bedeuten, dass Sprachen wie die deutsche, die französische oder die itali-

enische ihre Funktionen weithin verlieren, dass sie als bloße historische Übergangsphänomene zu sehen sind, die einer neuen, generellen Hochsprache, eben dem Englischen, weichen. Damit vereinbar wäre für den kleinräumigen Bereich die Revitalisierung ebenso kleinräumiger Sprachen, also der Dialekte. (Gelegentlich hat man den Eindruck, dass manchem Vertreter des Regionalismus in der Europäischen Union eine solche Konzeption gar nicht einmal so fern liegt.) Ob die politischen Gruppen, die sich in der Verwirklichung des Konzepts Nation und unter Bezug auf die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Nationalsprache als solche konstituiert haben, diesen Preis aber zu bezahlen willens sind, darf bezweifelt werden. Es müssten dann die kultur- und sprachimperialistischen Aspekte des Globalisierungsprozesses mit noch stärkerer expliziter imperialistischer Stoßrichtung umgesetzt werden.

8. Wissenschaft und Kulturimperialismus

Selbstverständlich sind die deutlich kulturimperialistischen Züge des Anglizierungsprozesses der Wissenschaftskommunikation nicht verborgen geblieben. Besonders die Arbeiten von Phillipson haben hier bahnbrechend gewirkt. Auch werden die Kosten benannt - und beklagt, die sich für die primären Eigner der Wissenschaftssprache Englisch ergeben (Graddol 1999), die native speakers. Denkt man an die Realität des weltweiten Wissenschaftsenglisch, so ist diese Klage nur allzu sehr zu verstehen. Im Rahmen der oben angeregten Wissenschaftssprachkomparatistik gälte es, die interne Leistungsfähigkeit des faktischen Wissenschaftsenglisch ebenso zu bestimmen wie sein Verhältnis zur englischen Sprache.

Die Nutzung des Englischen heute in den Wissenschaften hat eine Janusstellung zwischen Postnationalismus und Nationalismus inne. Längst ist es ja nicht mehr das Englische des Vereinigten Königreichs, um das es geht, sondern das US-amerikanische Englisch. Für beide Varietäten aber gilt, dass sie die Hauptsprachen von Ländern sind, die durch und durch national organisiert sind. Englisch als internationale Sprache der Wissenschaft, als Kommunikationsmittel sozusagen jenseits des Nationenkonzeptes und seiner Realisierungen, ist immer zugleich auch die Sprache einiger besonderer Nationen, von denen die eine ihren Nationalismus gerade angesichts der jüngsten weltpolitischen Entwicklungen zunehmend ungehemmt auslebt. (Für die an Bevölkerungszahl kleineren englischsprachigen Staaten gilt dies selbstverständlich nicht in gleicher Weise).

Das Aufgeben nationaler Wissenschaftssprachen und darin das Aufgeben der durch sie ermöglichten Kommunikation wird weitreichende Folgen haben für die Gesellschaften, in denen es geschieht. Die Wissenschaften, die keine Grundlage in einem nationalstaatlichen Wissenschaftsbetrieb haben, werden Teile ihrer Bedeutung verlieren. Wissenschaftssoziologisch erfolgt die Organisation der Emigration der Intelligenz in Richtung auf die weiterhin nationalstaatlich verfassten und handelnden USA - mit der Tendenz, dass alle anderen Länder der Welt auf den Status wissenschaftlicher Schwellenländer zurückfallen.

Die Spannung zwischen nationaler und transnationaler Organisation der Wissenschaft macht sich selbstverständlich dort besonders bemerkbar, wo wissenschaftliche Erkenntnisse unmittelbar in Verwertungsinteressen umgesetzt werden. Die Zusammenhänge zwischen jenen Teilen der Wissenschaft, für die das gilt (besonders also Ingenieur- und Teile der Naturwissenschaften einerseits, die Medizin und verwandte Wissenschaften

ten andererseits), und für diejenigen, für die das nicht gilt (insbesondere eine größere Zahl der Geisteswissenschaften), sind wenig erforscht. Es erstaunt nicht, dass die Sprachlichkeit bei der zweiten Gruppe von einer grundlegenden Bedeutung ist als bei der ersten. Doch scheint es nicht ganz unwahrscheinlich zu sein, dass die Souveränität des sprachlichen Umganges, die Souveränität in der Nutzung der sprachlichen Ressourcen für die Gewinnung neuer Erkenntnisse auch dort von Relevanz ist, wo sich zum Schein Sprache auf Nomenklatur reduzieren lässt. Jedenfalls sind Kookkurrenzen von Wissenschaftssprachentfaltung und Wissenschaftsentfaltung sowohl am Beispiel der deutschen Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wie auch früher etwa am arabischen Beispiel zu erkennen. Damit ist selbstverständlich noch keine Kausalität nachgewiesen; es lohnt sich meines Erachtens aber, auch in dieser Richtung weiter nachzudenken. Die Verhältnisse, in denen sich Sprachlichkeit und wissenschaftliche Innovationskraft befinden, bedürfen der näheren Analyse.

Zur konkurrenzialen Situation von Wissenschaftskulturen gehört auch, dass die auf die Wissenschaft bezogenen Industrien ihre je spezifischen Konsequenzen durch die Wissenschaftssprachentwicklung erfahren. Besonders betrifft dies die Buch- und Zeitschriftenproduktion und das Verlagswesen, die auch in Zeiten des Internets zu den bedeutendsten wissenschaftsbezogenen Wirtschaftszweigen gehören. Die Selbstaufgabe von Wissenschaftstraditionen ermöglicht der globalen nationalen Wissenschaftskultur einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil, der sich ähnlich auch für die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus der hegemonialen Wissenschaftssprachkultur ergibt. Zugleich bedeutet der Verzicht auf die eigenen Wissenschaftssprachen eine Devaluierung des in diesen Sprachen verfassten Wissens. Dies mag für die Disziplinen mit jenen schnellen Halbwertszeiten verschmerzbar sein, die im öffentlichen Diskurs heute den Ton angeben. Für große Teile des Gesamtwissens aber gilt es nicht. Für sie wird derart evaluiertes Wissen zunächst obsolet, seine lästige Konkurrenz wird eliminiert - und dadurch wird es frei als terra nova incognita, die zu Neuentdeckungen einlädt. Soweit Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Lebenszeit zum Erwerb einer anderen Wissenschaftssprache aufgewendet haben, werden diese Investitionen zudem frustriert. Es findet ein induzierter Wissenschaftssprachverlust statt.

9. Wissenschafts- und allgemeine Sprachentwicklung

Die Herausbildung des Deutschen zur Wissenschaftssprache ist das Ergebnis eines mehrhundertjährigen Prozesses kommunikativer Arbeit. Sie wurde sowohl im wissenschaftlichen wie im allgemeinsprachlichen Bereich erbracht. Das Resultat ist eine allseits nutzbare, mit der Alltagssprache eng verbundene Wissenschaftssprache. Sie ist ein optimales und flexibles Kommunikationsmittel für alle Zwecke der Wissensvermittlung und Wissensgewinnung. Diese sind Ausdruck einer demokratischen Kultur. Anders als es oft (etwa mit der Negativmetapher „Elfenbeinturm“) behauptet wird, hat die Wissenschaftskommunikation und ihre Entfaltung für die Gemeinsprache eine zentrale Bedeutung. Das Aufgeben einer entwickelten Wissenschaftssprache führt zu einer drastischen Verarmung der Sprache insgesamt. Diese fällt mittelfristig auf den Status einer soziologisch kleinräumigen Sprache mit engem Kommunikationsradius zurück.

Es wäre eine Illusion zu glauben, dass nach einer Herauslösung der Wissenschaftssprache aus dem Varietätenverband der Hochsprache diese ansonsten unberührt fortbestehen könnte. Gerade die modernen Gesellschaften sind durch ihre verstärkte Abhängigkeit von äußerst komplexen Wissensstrukturen sowie von deren schneller Veränderung substantiell bestimmt. Die Loskoppelung der eigenen Sprache von diesen hochsensitiven zentralen Sektoren bedeutet einen selbstverschuldeten Übergang in die Unmündigkeit.

10. Deutsch als Wissenschaftssprache für das 21. Jahrhundert - ein Fazit

Die eingangs geschilderten Sichtweisen zeichnen ein Bild, demzufolge sich der neue wissenschaftssprachliche Monolingualismus mit der Macht eines Naturprozesses entwickelt. Wer sich ihm entgegenstellt, werde davon überrollt; ja, sein Agieren erscheint als eine wissenschaftliche Donquichotterie. Wenn dem wirklich so wäre, so könnten die Konsequenzen eigentlich nur lauten: schnellstmögliche Selbstunterwerfung unter diesen Prozess und forcierte Ablösung der Nationalsprache durch die Globalsprache. Viele Wissenschaftler aus vielen Ländern haben sich angesichts der Aussichtslosigkeit qualifizierten Arbeitens in ihrem Land individuell hierzu entschlossen. Unverkennbar gibt es auch Tendenzen dafür – etwa in der BRD –, dass ganze wissenschaftliche Nationalkulturen einen ähnlichen Schritt zu vollziehen im Begriff sind. Die Argumente, die dafür angeführt werden, sind freilich weithin nicht durch eine klare Folgekostenabschätzung unterstützt.

Kommunikative Praxis und die Entwicklung der dafür erforderlichen kommunikativen Mittel sind keine Naturprozesse, sondern das Ergebnis der sprachpolitischen Entscheidungen derjenigen, die zur jeweiligen Kommunikationsgemeinschaft gehören. Diese Entscheidungen können mehr oder weniger bewusst getroffen werden. Sich blind zu verlassen darauf, dass die „unsichtbare Hand“ alles schon zum Besten richten werde oder, anders, den Blick darauf zu fixieren, dass „der Markt“ ohnehin schon entschieden habe, entspricht gerade für den Bereich der Wissenschaft weder den Erfordernissen noch den Möglichkeiten des aktiven Handelns. Zu solchem Handeln gehört die Reflexion der wissenschafts- und wissenssoziologischen Bedingungen mit Blick auf die Veränderungen der Wissenschaftskommunikation. Dazu gehört die Abschätzung der Kosten und des Nutzens der unterschiedlichen Optionen.

Argumente, die hierbei Beachtung finden könnten und nach meiner Auffassung auch sollten, wurden oben vorgestellt. Sie beziehen sich sowohl (a) auf die wissenschaftlichen Weiterentwicklungen innerhalb der nationalstaatlichen Rahmen wie (b) auf die Strukturen des Weltwissens wie (c) auf die Reflexion des Wissenschaft-Treibens:

(a) Sprachgemeinschaften, die in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation auf eine eigene Wissenschaftssprache verzichten, tun dies um den Preis der Verarmung ihrer Sprache insgesamt. Sie nehmen sich zurück zu einer kleinräumigen Kommunikationsform. Die kommunitive Funktion von Sprache verkümmert tendenziell zum Familiendialekt. Die gnoseologische Funktion wird aufgegeben und an die dominante Wissenschaftssprache delegiert. Die kommunikative Praxis in dieser Sprache reduziert sich bis zur Bedeutungslosigkeit.

(b) Das Weltwissen ist nur als sprachgebundenes zu handhaben. Die Weltwissensentwicklung, die in einzelnen Sprachen und Sprachstrukturen verfasst ist, gewinnt gerade hieraus die diffe-

renzierten Perspektiven. Über sie ist nicht, etwa in der Form einer Metasprache, hinauszukommen. Der Charakter der Alltagssprache als letzter Metasprache impliziert auch, dass diese letzte Metasprache in der Realität vielfältiger Sprachen existiert. Deren intersprachliche Kommunikation ist ein wesentliches Stück der gesellschaftlichen Arbeit, die für die Wissenschaft der Zukunft und damit für das zukünftige Weltwissen aufzubringen ist. Gerade die Weiterentwicklung der in den verschiedenen Wissenschaftssprachen angelegten Möglichkeiten eröffnet neue Perspektiven für die Wissenschaft insgesamt. Die Arbeit der Übersetzung wie die kostenintensive, aber sinnvolle Arbeit der Aneignung fremder Wissenschaftssprachen sind keine faux frais, sondern Investitionen, die sich für die Entwicklung der Wissenschaft vielfältig rentieren. Demgegenüber ist die Reduktion auf eine der Sprachen – selbst bei Hereinnahme von vielfältigen Elementen aus anderen Wissenschaftssprachen – eine Verarmung.

(c) Die Bindung des Wissens und der Wissenschaft an die jeweiligen Wissenschaftssprachen wird vor allem dann bewusst, wenn die Multiperspektivität konkret erfahren wird, die in den unterschiedlichen Wissenschaftssprachen entwickelt ist. Die Gefahr eines als Globalismus kaschierten Ethnozentrismus wird durch diese wissenschaftskommunikative Relativierung geringer. Die Erfahrung der Mehrsprachigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Möglichkeit, den Wissenschaftsprozess selbst zu reflektieren. Diese Reflexion ist gerade angesichts der gesteigerten Bedeutung von Wissenschaft für moderne Gesellschaften unumgänglich.

Andererseits ist die Wissenschaftspraxis ihren Gesellschaften gegenüber Rechenschaft schuldig. Diese stehen als demokratische vor der Aufgabe, Zielvorgaben und Nutzungsmöglichkeiten von Wissenschaft politisch zu gestalten. Die Freiheit von Forschung und Lehre verlangt nach einem verantwortlichen Umgang mit Wissen und Wissenschaft. Diese Verantwortung wird im öffentlichen Diskurs konkret. Demokratische Gesellschaften brauchen eine Durchlässigkeit von alltäglicher Sprache und Wissenschaftssprache. Nur so kann die Verflüchtigung der Verantwortung im spezialistischen Diskurs vermieden werden. Die hier vorgetragenen Argumente für wissenschaftssprachliche Mehrsprachigkeit sind Argumente für die Beibehaltung, den Ausbau und die Förderung des Deutschen als einer Wissenschaftssprache für das 21. Jahrhundert. Sie sind selbstverständlich ebenso Argumente für etwa das Französische, das Italienische, das Spanische, das Russische, das Arabische, das Japanische, das Chinesische – und ebenso selbstverständlich auch für das Englische als Wissenschaftssprachen für das 21. Jahrhundert. Sie sind Argumente für eine reflektierte, sprachbewusste und Sprachbewusstsein fördernde Mehrsprachigkeit in den Wissenschaften und für ihre wissenschaftliche Untersuchung, Begleitung und Weiterentwicklung.

Literaturverzeichnis

- Ammon, U. (1999): Ist Deutsch noch internationale Wissenschaftssprache? Berlin/New York.
- Ammon, U. (ed.) (2000): The Dominance of English as a Language of Science. Effects on Other Languages and Language Communities. Berlin/New York.
- Ammon, U. (2009): Wo Forscher noch Deutsch sprechen. In: Welt Online. URL: http://www.welt.de/welt_print/article3081919/Wo-Forscher-noch-Deutsch-sprechen.html Aufruf am 16.12.2009.
- Clyne, M. (1981): Culture and discourse structure. *Journal of Pragmatics*, 5, pp. 61-66.
- Clyne, M. (1982): Discourse structures and discourse expectations: Implications for Anglo-German academic communication in English. In: Smith, L.E. (ed.): *Discourse across cultures*. New York.

- Clyne, M. (1988): Cross-cultural responses to academic discourse patterns. In: *Folia linguistica*, 22, pp. 457-475.
- Clyne, M. (1991): The sociocultural dimension: The dilemma of the German-speaking scholar. In: Schröder, H. (ed.): *Subject-oriented texts*. Berlin., pp. 49-67.
- Ehlich, K. (1993): Deutsch als fremde Wissenschaftssprache. *Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache*, 19, S. 13-42.
- Ehlich, K. (1995): Die Lehre der deutschen Wissenschaftssprache: sprachliche Strukturen, didaktische Desiderate. In: Kretzenbacher, H.L./Weinrich, H. (Hg.): *Linguistik der Wissenschaftssprache*. Berlin, New York (Akademie der Wissenschaften, Forschungsbericht 10), S. 325-351.
- Ehlich, K. (1997): Internationale Wissenschaftskommunikation 2000 ff. Eine Verlust- und eine Suchanzeige. In: Moelleken, W./Weber, P.J. (Hg.): *Neue Forschungsarbeiten der Kontaktlinguistik*. Bonn (Plurilingua XIX), S. 128-138.
- Ehlich, K. (1997): Von der Attraktivität der Lehrangebote für „Deutsch als fremde Wissenschaftssprache“. *Wissenschaftspolitische Voraussetzungen und didaktische Konsequenzen*. *Info DaF*, 24/6, S. 757-770.
- Galtung, J. (1983): Struktur, Kultur und intellektueller Stil. Ein vergleichender Essay über saxonische, teutonische, gallische und nipponische Wissenschaft. *Leviathan*, 2, S. 303-338.
- Graddol, D./Meinhof, U.H. (ed.) (1999): *English in a changing world*. *L'anglais dans un monde changeant*. *AILA Review*, 13.
- Graddol, D. (1999): Le déclin du locuteur natif. The decline of the native speaker. In: Graddol, D./Meinhof, U.H. (eds.): *English in a changing world*. *L'anglais dans un monde changeant*. *AILA Review*, 13, pp. 57-68.
- Phillipson, R. (1992): *Linguistic imperialism*. Oxford.
- Phillipson, R./Skutnabb-Kangas, T. (1999): L'anglicisation: un aspect de la mondialisation. Englishisation: one dimension of globalisation. In: Graddol, D./Meinhof, U.H. (eds.): *English in a changing world*. *L'anglais dans un monde changeant*. *AILA Review*, 13, pp. 19-36.
- Skutnabb-Kangas, T. (1998): Human rights and language wrongs - a future for diversity. *Language Sciences*, 20/1, pp. 5-27.
- Skutnabb-Kangas, T./Phillipson, R. (eds.) (1994): *Linguistic Human Rights: Overcoming Linguistic Discrimination*. Berlin.
- Schiewe, J. (1996): *Sprachenwechsel - Funktionswandel - Austausch der Denkstile*. Tübingen.

Biographische Angaben

Konrad Ehlich war bis 2007 Leiter des Instituts für Deutsch als Fremdsprache/Transnationale Germanistik an der Universität München. Derzeit ist er Honorarprofessor an der FU Berlin. Seine Hauptarbeitsgebiete liegen in den Bereichen Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache, linguistische Pragmatik, Textlinguistik, Sprachsoziologie und Hebraistik. An der Entwicklung der Funktionalen Pragmatik ist er maßgeblich beteiligt. Konrad Ehlich promovierte 1976 über das hebräische deiktische System, im Rahmen seiner Habilitation in Allgemeiner Sprachwissenschaft (1980) analysierte er die Interjektionen. Bevor er an die Ludwig-Maximilians-Universität München berufen wurde, arbeitete er an der Freien Universität Berlin sowie den Universitäten Düsseldorf, Tilburg (Niederlande) und Dortmund. Im März 2000 wurde ihm auf Beschluß des Germaniko Tmima (der deutschen Abteilung) der Aristoteles-Universität Thessaloniki im Rahmen der Feier des 75jährigen Bestehens deren Philologischer Fakultät die Ehrendoktorwürde verliehen.

Quelle:

<http://www.gfl-journal.de/1-2000/ehlich.html>, Aufruf am 7.12.09

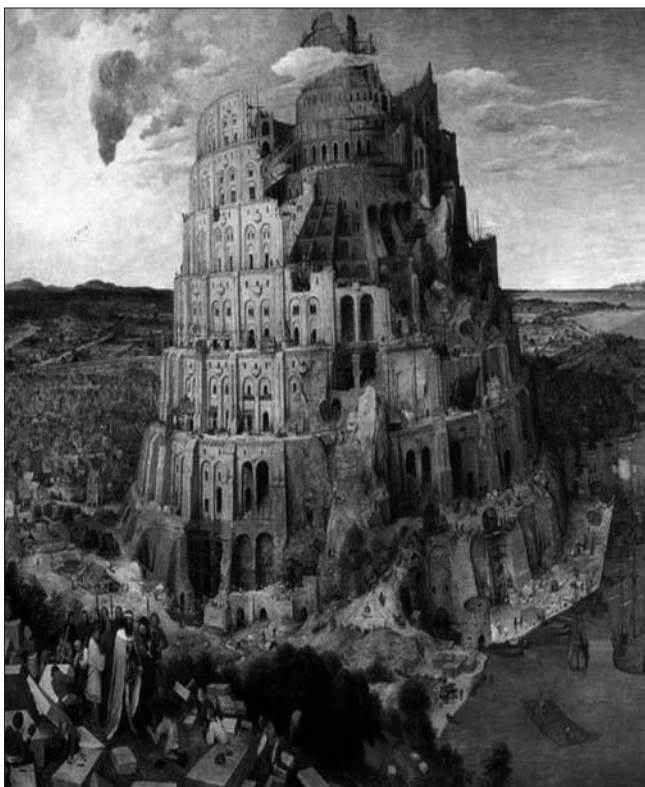
■ Dr. Dr. h.c. Konrad Ehlich, Professor em. für Germanistik (insbes. germanistische Sprachwissenschaft), 1992-2007 Vorstand des Instituts für Deutsch als Fremdsprache/Transnationale Germanistik der LMU München, Honorarprofessor an der FU Berlin

Svetlina Nikolova

On the use of "Lingua Franca" and local languages in the publications on the humanities



Svetlina Nikolova



The problem as what language the scholars in the Humanities should write in and publish their research work is not a new one. And of course, it is closely linked with the problem to the "lesser used" languages not only in studies on the Humanities, but in scientific research in general and also in contacts between people generally speaking. The phenomenon of globalization, which has been developing over the last decades on all levels of human activity, however, restricts ever more the use of all languages in the world and instead there is a growing use of several or even one language only. This holds true in full also regarding the publications in the Humanities today.

Ever since ancient time, however, there have been two viewpoints on the matter: 1. The view that only one language should be used in order to ensure that people understand each other completely and; 2. The view that the many languages existing anyhow should also be used in order to ensure a better understanding of what is said.

One way or the other, the existence of and the arguments in favor of monolingualism and of multilingualism can be found already in the greatest books of mankind - the Bible, the book with the largest circulation so far. Both monolingualism and multilingualism have been recorded at the very beginning of the Genesis – the first book of the Bible.

1. In ch.11, verse 1 we read: „ The whole world spoke the same language, using the same words“.
2. But already in the same chapter, when the descendants of Noah settled in the land of Shinar, the descendants of Ham decides to build a city and in order to avoid their being scattered and becoming slaves disregarding god's predetermination, and a tower in it (incidentally the Babylonian texts give information only about its construction without mentioning the founding of the city) that could serve as the center of all tribes and be at the same time a sign that they are all equal. God saw their crazy effort and so in ch. 11:6-8 we read: 6 Than the Lord said: "If now, while they are one people, all speaking the same language, they have started to do this, nothing will later stop them from doing whatever they presume to do. Let us then go down and there confuse their language, that one will not understand what another says.' Thus the Lord scattered them from there all over the earth, and they stopped building the city (and the tower). That was how the monolingualism and the Tower of Babel and multilingualism originated.

The New Testament epoch shifted the center of attention concerning the use of monolingualism and multilingualism to the problem of understanding and shows tolerance to both views regarding the use of these two practices. Here is what the apostle Paul says in his First Epistle to the Corinthians:

1. 14:5 Now, I want you all to speak in tongues, but even more to prophesy. He who prophesies is greater than he who speaks in tongues, unless some one interprets, so that the church may be edified. 6 Now, brethren, if I come to you speaking in tongues, how shall I benefit you unless I bring you some revelation or knowledge or prophecy or teaching? 7 If even lifeless instruments, such as the flute or the harp, do not give distinct notes, how will any one know what is played ... ?; 9 So with yourselves; if you in a tongue utter speech that is not intelligible, how will any one know what is said? For you will be speaking into the air. 10 There are doubtless many different

languages in the world, and none is without meaning; 11 But if I do not know the meaning of the languages, I shall be a foreigner to the speaker and the speaker a foreigner to me.

2. 14:37 If any one thinks that he is a prophet, or spiritual, he should acknowledge that what I am writing to you is a command of the Lord. 38 If any one does not recognize this, he is not recognized. 39 So, my brethren, earnestly desire to prophecy, and do not forbid speaking in tongues.

During the Middle Ages in Christendom however, people began using ever more a limited number of languages in their writing. It was in that period that there arose the theory about the three sacred languages – Hebrew, Greek and Latin, which were on the cross of Jesus Christ. According to that theory only these languages had the right to be used in writing. This theory was even called „heresy“ in the world of Slavdom, even though it was never adopted or imposed officially by the Western Church and it had nothing to do with the dogmas of Christianity. Independent of that, however, in Western and Central Europe and in a part of the Western Balkans it was then that Latin established itself as a lingua franca and was used everywhere in writing as late as the 19th century in the territories under the jurisdiction of the Roman Catholic Church and became the universally recognized language of research, including research in the area of Humanities.

During the same period there began also the struggle against monolingualism for the right of every nation to develop their written culture in their own language. Basing his arguments on the biblical texts quoted above and on the Gospel according to Matthew 5:45 Constantine-Cyril, the creator of the Slavonic alphabet, defended in 868 this right. The author of the Vita of Cyril wrote: “When he was in Venice bishops, priests and monks rallied against him like crows before a falcon and voiced the three-language heresy saying: tell us, o man, how do you write now books for the Slavs and how do you teach them? So far nobody has created such books – neither the apostles, nor the pope of Rome, nor Gregory the Theologian, nor Jerome, nor Augustin. We know only three languages in which it is proper to glory God by means of books: Hebrew, Greek and Latin”. And the Philosopher replied: “Does not rain fall from God equally for the benefit of all? Also does not the sun shine on all (according to Matthew 5:45). Do we not all breathe air? Are you not ashamed when you choose only three languages leaving all other tribes and nations to be blind and deaf? Tell me: Do you think that God is powerless and cannot give that or you consider Him to be envious and not to want to do that? But then we know many nations that have books and glorify God each nation in its own language. It is known that such nations are the Armenians, the Persians, the Abasgs, the Iberians, the Sugds, the Goths, the Avars, the Tirsians, the Khazars, the Arabs, the Egyptians, the Syrians and many other nations ... “With these words and with other stronger one he brought shame on them, „left them and went away” (after Matthew 16:4). Already then as a result of that struggle, which went on with varying success among the different Slavonic tribes and nations (in the 9th century did not have big differences between their lan-

guages), the majority of them began using a fourth literary language based on the language they spoke in that time. Of course, with the passage of time it began to drift away in different degrees from the spoken language in the different regions where it was used, but it still remains closely linked with the separate national languages that emerged later.

Be as it may, after the epoch of the Renaissance the use of the separate national languages expanded ever more in all spheres of public life in all regions of Europe. Today however in the epoch of globalization, the process develops in the opposite direction. In most cases the language that is used and that replaces the other languages establishes itself in a natural way depending on the historical and contemporary causes for its bigger dissemination as a spoken language and gradually it begins playing the role of a lingua franca. It is no secret that English is this language today. The processes developing in publishing activities in the field of the Humanities take place in full in the same area. That is why we speak today about the problems of the “lesser used” languages in the publications in the sphere of the Humanities and about the use of English as a lingua franca in them.

It seems to me though that before speaking about the use of a lingua franca and local languages, which are usually “lesser used” languages, we must be clear about what we understand under the concept “lesser used” languages. Where is the borderline between the languages that are used more and the “lesser used” languages and on the basis of what criteria is the borderline fixed? Is a “lesser used” language one that is spoken by say 40, 30, 20, 10, 5, 3 or 1 million people or less, while it is a language that has a research tradition in the Humanities, a tradition developed over centuries, and is it “lesser used” than a language spoken by say 100, 200, 300 million people or more, a language that has naturally more publications in our time? I cannot answer that question.

I could only say that logic demands that we discuss the problem as to the use of a lingua franca and local languages in the Humanities in the sphere of European Research area we ought to take into consideration in that respect the official documents of the European Union. As far as I know there is no and there cannot be any rule or law in any European state that makes it obligatory for people not to write their works in a local language, but only in foreign languages and there is not any rule or law in the opposite sense. On the contrary, there are 23 official languages in the EU and three official alphabets - Latin, Greek and Cyrillic. They are considered by the European institutions to be an impulse for dialogue and integration. Article 22 of the EU's charter of fundamental rights, adopted in 2000, requires the EU to respect linguistic diversity and art. 21 prohibits discrimination based on language. Together with respect for individuals, openness towards other cultures, tolerance for others, and respect for linguistic diversity is a core EU value. This principle applies not only to the 23 official EU languages, but also to the many dialects and minority languages spoken by segments of its population. It is this that makes the EU what it is - not a 'melting pot' that reduces differences, but a place where diversity can be celebrated as an asset. According to the Treaty of Lisbon (Article 2), signed by the heads of state of all EU member-states now, the EU shall respect its rich

cultural and linguistic diversity, and shall ensure that the European cultural heritage is safeguarded and enhanced.

I will add here that these perceptions are expressed not only in theory but also find practical application. For example, in the 7th Framework Programme of the European Commission, in the working program for 2009 in the program Cooperation, Theme 8. Socio-economic sciences and Humanities (SSH-2009)) (ECC 2008), Activity 8.5 The Citizen in the European Union, Area 8.5.2 Diversity and commonalities in Europe, topic 8.5.2.1. Vehicular languages in Europe in an era of globalization: history, policy, practice we read: "Europe has a vast diversity of languages with very differing numbers of speakers. In the past, several languages have fulfilled the function of vehicles for communication between members of different language communities in Europe. The aim of the research topic is to determine the effects of the use of a vehicular language has had on social, economic, cultural diversity and cultural life, and to examine the potential and limitations as well as the advantages and disadvantages of the use of a lingua franca for communication in Europe in an era of globalization. Research should address the implications of the use at present, of a given language as a tool for communication in multilingual societies, and could investigate such phenomena as power and identity. It should look at the effects of the use of a common language on different fields of life (politics, economics, culture, society, education, media and science), and examine to what extent processes such as advances in communication technology, and globalization favor the use of a lingua franca. It should consider the desirability or otherwise of the introduction of new language policies, and their compatibility with the promotion of multilingualism in Europe. Comparative research examining linguistically diverse communities outside Europe where monolingual communication practices are common would be welcomed."

On the grounds of these insights, I would like here to explain my viewpoint on the use of lingua franca in publications in the field of Humanities, and on the use of the "lesser used" local languages in them. I can summarize my viewpoint briefly in the following two points:

1. The publications in the field of humanities in Europe should be printed in the lingua franca, which should not necessarily be the English language.
2. They should also be printed in the local languages, which are the official languages in the European countries.

This position is based on the following arguments:

I. It is necessary to publish in the international languages, because:

1. This makes our research better visible to scholars working in the Humanities in Europe and the world at large, as local official languages of different countries are not accessible to all experts in the Humanities working in relevant topic in Europe and the world. This makes the results of all our research better available to the community of scholars all over Europe and the world.
2. A number of our investigations concern the range of problems that are linked with the sources from the respective regions. Because of that, it would be a positive development for experts from related disciplines in Europe to receive timely information on the results achieved by

scholars in that respect not only in their own country but also in other countries and in other languages.

3. The English language as a lingua franca should be used in the publication of theoretical research in the humanities, since it is the English language that is the most widespread international language within Europe. This will allow the new methods and theories to become available much faster throughout the whole European research area.
4. As far as all other types of studies on lingua franca are concerned, all European languages considered to be international such as English, French, German may be used, and also Russian language with regard to research on Slavistics. These languages have established themselves in the historical development of Europe as international languages due to the fact that it is in their respective countries that the research on humanities originated and developed most actively and successfully during the 19th and 20th centuries, and it is in these languages that the largest amount of scientific literature on Humanities has been accumulated. Which of these languages will be used in each specific case depends on many circumstances. Here, what usually plays a role are the requirements of the respective editorial boards and publishers, the research tradition on any specific problem, the circle of scholars interested in it today, but also - the preferences of individual scientists and their capabilities and knowledge of these languages.

II. It is necessary to publish in the local official languages of the member states of the EU, because:

1. The subject of our research is closely linked with the millennium-old history of the respective European nations in all its dimensions and with its national identity. That is why what we have achieved ought to be accessible not only to the foreign scholars who know the international languages, but also to a wide circle of scholars, who are experts in a great variety of fields in the Humanities and also in other areas and who use them in their research in the respective country. It ought to be accessible also to all citizens that are interested in them and that in principle do not know and cannot know all international languages. Already Constantine-Cyril, who created the Slavonic alphabet, wrote (on the basis of the First epistle of St. Paul to the Corinthians – 14:19) in the middle of the 9th century in his remarkable work "Prologue to the Gospel", which accompanied his first translation from the Greek (a translation of the Gospel): "I would rather speak five words that can be understood, in order to teach others, than speak thousands of words in strange tongues".
2. Because of the specific character of our research, our works use a terminology that has been created and developed in the course of almost a century in every European country. That makes it very difficult to translate its terms into other languages exactly and often that is not possible at all as each of these languages has its own terminology based on different principles. That creates difficulties in understanding these materials and in many cases it may lead to an inexact and untrue idea of the content of our research works.

3. Humanities in all 27 member states of the European Union has more than 100 or even more than 200-year scientific tradition in the local official languages today. The termination of publications in these languages, regardless of how little they are used, will inevitably lead to disruption of these traditions and to delays in the research process.
4. Very often scientists-humanitarians from around the world who carry out comparative studies or are engaged in research on humanities, concerning foreign countries, are fluent in the language of the respective countries. They not only do not have difficulty using the research written in the respective official languages, but also write their own research in these languages and publish them in these countries.
5. In many cases, the research on Humanities written in an official European language, albeit little used, are published abroad in that specific language rather than in any international language, if that particular language is relevant to the nature of the respective edition or publishing house.
6. It is a matter of honor and dignity for every nation in the European Union to develop a scientific tradition in the area of Humanities in its own language.
7. Everything said so far does not mean that the works published in the official languages of the EU member states should not be published in international languages. Rather, it would be a good practice if they are also translated and published in the lingua franca. Of course, this practice cannot be applied in all cases due to the significant increase in the cost of the publications and the risks of publishing inaccurate or false translations. However, this practice should be extended as far as the most important works are concerned.

I would also like to point out that it is not desirable to publish the works on Humanities in the numerous dialects spoken in the EU member states, although in some cases many efforts are made today to protect the so called micro-languages, in many cases attempts are also made to stan-

dardize these dialects, so that they can be used as literary languages. At this stage, they not only do not have any scientific traditions, but the endless multiplication of languages, in which the research on humanities is published, will inevitably lead them to the state of the Tower of Babel, where the mutual understanding will be very difficult, perhaps often impossible.

Finally, I would like to say that the principles described here are followed consistently in all of our publications. In the publications of the CMRC every scholar is free to publish his research works in the language of his choice (so in the *Palaeobulgarica* journal and in the books published by us, every scholar may use English, French, German, Russian and Bulgarian and in the *Kirilo-Methodievski Studii* (Cyrillo-Methodian Studies) series - besides these languages also all Slavic languages). Every article and book has an abstract in English and in some cases in German. We plan to follow in the future the practice that we have been following so far. At the same time in recent years one can note an increase of our publications in foreign languages (mainly in English). In some of them we publish results that have been already presented in Bulgarian. We consider this practice to be very useful and we shall continue it in the future as we envisage to publish collections with the most important works of our scholars in English. We believe that the practice would greatly benefit. You can see how these publications look like in our editions presented here.

Vortrag, gehalten auf der Konferenz:
 "Changing Publication Cultures in the Humanities"
 Hungarian Academy of Sciences, Budapest
 27/28 November 2009

■ **Svetlina Nikolova**, PhD, Assoc. Prof., Director
 Cyrillo-Methodian Research Centre, Bulgarian
 Academy of Sciences, Sofia, Bulgaria

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur in dieser lesenden Eigenschaft (und natürlich für künftige Abonnements) sind Sie uns willkommen. Wir begrüßen Sie im Spektrum von Forschungs- bis Erfahrungsberichten auch gerne als Autorin und Autor. Der UVW trägt mit seinen Zeitschriften bei jahresdurchschnittlich etwa 130 veröffentlichten Aufsätzen erheblich dazu bei, Artikeln in einem breiten Spektrum der Hochschulforschung und Hochschulentwicklung eine Öffentlichkeit zu verschaffen.

- „Forschung über Forschung“ (mit Beiträgen über neue empirische bzw. theoretische Ergebnisse der Wissenschaftsforschung),
- „Entwicklung/politische Gestaltung/Strategie“ (im Forschungsfeld),
- „Anregungen für die Praxis/Erfahrungsberichte“, aber ebenso
- „Rezensionen“,
- „Tagungsberichte“ sowie
- „Interviews“

Die Hinweise für Autorinnen und Autoren finden Sie unter: www.universitaetsverlagwebler.de

Ralph Mocikat, Wolfgang Haße & Hermann H. Dieter

Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft

ADAWIS ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern, insbesondere aus den Naturwissenschaften, die aus Sorge um die Vielfalt der Denk- und Forschungsansätze für die Pflege und die Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaftssprache eintreten. Das Englische hat zwar große Bedeutung als internationale Verständigungssprache, doch darf dies nicht dazu führen, dass unsere Muttersprache auch innerhalb des deutschen Sprachraumes aus dem Wissenschaftsbetrieb vollständig verdrängt wird. ADAWIS ist unabhängig von anderen Sprachorganisationen und -vereinen. ADAWIS begrüßt die Bestrebungen von Forschern weltweit, gleiche Ziele für ihre Sprache zu verfolgen. Sprache ist nicht nur Mittel zur Weitergabe von Wissen, sondern auch wichtiges Werkzeug des Erkenntnisprozesses selbst. Die treffendsten Ausdrücke und anschaulichsten Bilder zur Beschreibung und Erklärung der Wirklichkeit bietet die Muttersprache. Jede Sprache, die der Wissenschaft und Forschung verlorengeht, geht dem Menschen als Instrument der Wahrnehmung verloren. Helfen auch Sie mit, dass Naturwissenschaft, Medizin und Informatik künftig nicht in einer weltweit einzigen Sprache, sondern in ihrem kulturellen Umfeld bevorzugt muttersprachlich betrieben werden! Link zur Website: <http://www.adawis.de>

Im Jahre 2005 formulierten und veröffentlichten W. Haße, H. Dieter und R. Mocikat die „Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft“ (<http://www.7thesenwissenschaftssprache.de>).

Dieses Thesenpapier fand breites Echo in den Medien und wurde bislang von über 200 Persönlichkeiten mitunterzeichnet. Auf der Grundlage dieser Thesen haben sich 2007 einige Unterzeichner und weitere Sympathisanten zum ADAWIS e.V. zusammengeschlossen.

Albert Einstein: „... es ist von großer Bedeutung, dass der Allgemeinheit Gelegenheit geboten wird, die Bemühungen und Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungsarbeit bewusst und verständnisvoll mitzuerleben. Es ist nicht genug, wenn jede gewonnene Erkenntnis von einigen Spezialisten aufgenommen, weiter verarbeitet und angewendet wird. Beschränkung des Erkenntnisgutes auf einen engen Kreis tötet den philosophischen Geist in einem Volke und führt zur geistigen Verarmung.“

Vorwort zu Lincoln Barnett, Einstein und das Universum, September 1948

Die Autoren Prof. Dr. med. R. Mocikat, Prof. Dr. med. W. Haße und Priv.Do. Dr. rer. nat. H.H. Dieter haben dieses Thesenpapier unabhängig von politischen Parteien sowie von jeglichen Sprachgesellschaften oder Sprachvereinen erarbeitet.

Am 13. Januar 2007 wurde in Berlin auf der Basis dieses Thesenpapiers und mit denselben Vorgaben - zur Unabhängigkeit - der „Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache“ e.V. (ADAWIS) gegründet.

Die Leitlinien des ADAWIS können in der Hinweisliste aufgesucht werden.

Vorbemerkung

Denken ist sprachlich vermittelt. Für die wissenschaftliche Abstraktion ist Sprache von konstitutiver Bedeutung, da Wissenschaften die Wirklichkeit in Hypothesen und Theorien abbilden, die intersubjektiv mitteilbar sein müssen. Dies wird durch Sprache als das verbindende Element einer Kommunikationsgemeinschaft garantiert.

Zur Zeit beobachtet man im deutschsprachigen Raum einen konsequenten Rückzug der Wissenschaft aus der Landessprache. Immer mehr deutsche Fachzeitschriften veröffentlichen Artikel deutschsprachiger Autoren in englischer Sprache, die Kongresssprache ist selbst auf Tagungen ohne internationale Beteiligung häufig englisch, und auch Vorlesungen für die deutschsprachige Studentenschaft werden immer häufiger auf Englisch angeboten. Diese Entwicklung hat für den Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland schwerwiegende nachteilige Folgen.

I. Auf internationaler Ebene hat Englisch eine wichtige Funktion als Kommunikationsmedium.

Wissenschaft und Forschung leben vom Austausch innerhalb einer internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft. Um die Kommunikation in einem weltweiten Wissenschaftsbetrieb sicherzustellen, hat sich die englische Sprache als lingua franca etabliert. Es ist unbestritten, dass jeder Wissenschaftler seine Ergebnisse auch in internationalen englischsprachigen Zeitschriften präsentieren muss.

II. Ein ausschließlicher Gebrauch der englischen Sprache innerhalb des deutschen Wissenschaftsbetriebes erschwert den Gedankenaustausch.

Zunehmend wird in Deutschland auch im internen Wissenschaftsalltag und auf nationalen Tagungen ohne oder mit nur geringer internationaler Beteiligung ausschließlich auf Englisch verhandelt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kann sich jedoch niemand in einer Fremdsprache so gewandt ausdrücken und Nuancen so treffend wiedergeben wie in der Muttersprache.

Deutsche Wissenschaftler, die auf Englisch kommunizieren, vermögen komplexe Zusammenhänge oft nur ungeschickt zu vermitteln bzw. in entstellter Form zu perzipieren. Weiterhin können gerade inter- und transdisziplinäre Ansätze

nicht mehr aufgegriffen werden, wenn die Kommunikation nicht in der Muttersprache erfolgt.

Englisch ist für die weltweite Verständigung in Einzeldisziplinen zwar unverzichtbar, der Gebrauch der eigenen Muttersprache bietet aber einen unschätzbaren Vorteil, der nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

III.

Der Primat einer Einheitsprache im Bereich der Wissenschaft bedeutet geistige Verarmung.

Jede Sprache bildet die Erfahrungswelt in einer spezifischen Weise ab, sie ist ein Spiegel des Weltverständnisses. Die Vorstellungen von der Wirklichkeit, die Ontologie werden durch die Sprache, ihren Wortschatz, ihre Begrifflichkeit und ihre Struktur geprägt.

Wissenschaft und Forschung leben von riskanten und konkurrierenden Hypothesen, von eigenständigen schöpferischen Ideen, von unkonventionellen Herangehensweisen, von Visionen und von intuitiven Eingebungen. Wer in seinem wissenschaftlichen Schaffen die Verwurzelung in der eigenen Muttersprache und ihrer erklärenden Metaphorik aufzugeben gewillt ist, der kündigt auch seine Mitarbeit an der inhaltlichen Gestaltung seiner Disziplin auf.

Wir werden unserer wissenschaftlichen Produktivität langfristig schweren Schaden zufügen, wenn wir fortfahren, unsere Muttersprache und damit die für unser Denken und Wahrnehmen spezifischen Strukturen konsequent aus dem Erkenntnisprozess auszublenden.

IV.

Die Flucht in das Englische verhindert die Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaftssprache.

Die Dominanz des Englischen führt dazu, dass die deutsche Wissenschaftssprache zunehmend unbrauchbar wird. Wenn selbst im internen Gebrauch die Landessprache aufgegeben wird, wird die Weiterentwicklung fächerspezifischer Terminologien nicht möglich sein.

Das oftmals vorgebrachte Argument, für neue Entwicklungen, die ja oft aus dem angloamerikanischen Raum kommen, stünden nur die englischen Originalbegriffe zur Verfügung, ist nicht überzeugend. Für jeden Sachverhalt lassen sich ohne Mühe Lehnwortbildungen, Lehnübersetzungen oder Lehnschöpfungen finden. Fachbegriffe können aus der Alltagssprache abgeleitet werden, wie dies auch im Englischen häufig geschieht.

Dass die Preisgabe einer wissenschaftsspezifischen Landessprache und eigenständiger Denktraditionen keine unausweichliche Folge der internationalen Vernetzung sein muss, lehrt der Blick auf andere Sprachräume.

V.

Die Preisgabe der Landessprache führt zur Dissoziation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Wissenschaft ist integraler Bestandteil der Gesellschaft, welche sie finanziert. Die Bereitschaft, die Landessprache in innovativen Schlüsselbereichen weiterzuentwickeln, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass diese sich von der übrigen Gesellschaft nicht abkoppeln.

Wissenschaftler sind der Öffentlichkeit verantwortlich und haben gegenüber dem Steuerzahler eine Bringschuld zu erfüllen. Dies sollte v.a. im Bereich der anwendungsorientierten Forschung selbstverständlich sein. Da 30% der Deut-

schen der englischen Sprache nicht mächtig sind und weitere 30% nur über rudimentäre Kenntnisse verfügen, wird der Verlust einer wissenschaftstauglichen deutschen Sprache weite Bevölkerungskreise von der Teilhabe und der Mitsprache an wichtigen Entwicklungen ausschließen.

Umgekehrt wird die Wissenschaft neue Fragestellungen, die sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld ergeben, nicht mehr wahrnehmen können. Die Akzeptanz von Wissenschaft in der Öffentlichkeit wird weiteren Schaden nehmen.

VI.

Der Verzicht auf eine deutsche Wissenschaftssprache macht den Wissenschafts-, Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland im Ausland nicht attraktiver.

Die Anwerbung von Studenten sowie von Gastwissenschaftlern aus dem Ausland ist lebensnotwendig für Deutschland. Ziel muss es sein, die Gäste während ihres Aufenthaltes nicht nur institutionell, sondern auch sozial einzubinden und sie für die Kultur des Gastlandes zu interessieren. Nur wenn sie sich nach der Rückkehr in ihre Heimat langfristig an Deutschland gebunden fühlen, wird sich ihr Aufenthalt für Deutschland später auszahlen. Dies wird jedoch nicht gelingen, wenn ihnen in Universitäten und Forschungsinstituten deutsche Sprache und Kultur nicht nahe gebracht werden.

Vorlesungen, die von deutschen Muttersprachlern auf Englisch gehalten werden, wirken meist unbeholfen. Darunter leidet nicht nur die Qualität der Lehre. Insbesondere vermittelt der Gebrauch der englischen Sprache den Eindruck, man könnte in Deutschland neue Ideen nicht mehr als erste formulieren oder aussprechen. Ein solches Land wird für Studenten und Wissenschaftler anderer Nationen uninteressant. Immer mehr Studenten und Wissenschaftler studieren, forschen und lehren daher lieber gleich beim angloamerikanischen Original.

VII.

Um den Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland wieder zu stärken, bedarf es eines Umdenkens im Umgang mit der deutschen Wissenschaftssprache.

Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, wissenschaftliche Fachgesellschaften und Fachverlage sowie die Wissenschaftspolitik einschließlich der Drittmittelgeber sind aufgerufen, zum Gebrauch und zur Weiterentwicklung der deutschen Sprache in der Wissenschaft beizutragen. Hierzu bedarf es vielfältiger Anstrengungen:

- Auf wissenschaftlichen Veranstaltungen mit ausschließlich deutschen Teilnehmern ist auf Deutsch zu verhandeln, wobei für Gastredner selbstverständlich Ausnahmen zu gelten haben. Auf internationalen Kongressen, die von deutschen Veranstaltern ausgerichtet werden, muss Zweisprachigkeit gewährleistet sein, d.h. für Simultanübersetzung vom Deutschen ins Englische muss gesorgt werden.
- Deutsche Fachzeitschriften müssen auch Artikel in deutscher Sprache mit englischer Zusammenfassung annehmen. Das Argument, Originalarbeiten in deutscher Sprache würden international nicht zur Kenntnis genommen, ist durch Untersuchungen deutlich widerlegt worden.
- Die Herausgabe deutschsprachiger Lehrbücher darf nicht aus Gründen der Kosteneffizienz eingestellt werden.

- Zwecks Weiterentwicklung fächerspezifischer Terminologien haben die Fachgesellschaften kompetente Nomenklaturkommissionen einzurichten.
- Wissenschaftliche Leistung darf nicht nur anhand von Publikationen in ausgewählten Zeitschriften mit hohem Bewertungsfaktor („Impaktfaktor“) quantifiziert werden, sondern auch von Publikationstätigkeit in deutschsprachigen Zeitschriften und von Öffentlichkeitsarbeit. Langfristig ist die Schaffung eines europäischen Zitationsindex erforderlich.
- Im Bereich der universitären Ausbildung müssen Lehrveranstaltungen in der Landessprache angeboten werden, es sei denn, sie werden in Spezialgebieten von englischen Muttersprachlern gehalten.
- Ausländische Studenten müssen vor der Aufnahme ihres Studiums ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen. Die Weiterentwicklung der erworbenen Kenntnisse muss integraler Bestandteil des Grundstudiums sein. Gastwissenschaftler, die länger als drei Monate in Deutschland bleiben, sollen ebenfalls gute landessprachliche Kenntnisse besitzen oder sich während ihres Aufenthaltes aneignen. Der Besuch von Sprachkursen ist zu unterstützen.

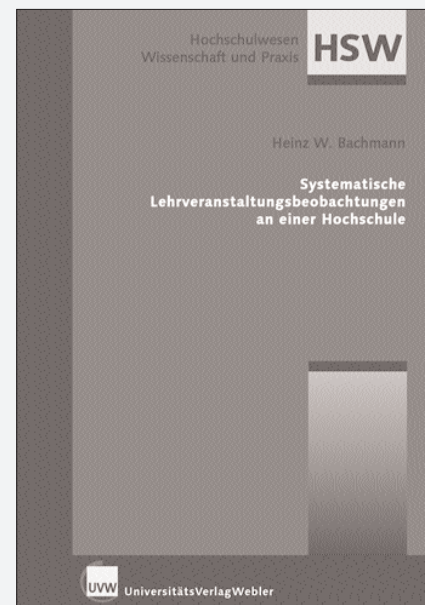
München und Berlin im August 2005

- Dr. Ralph Mocikat, Immunologe, München
- Dr. Wolfgang Haße, Prof. i.R. der FU Berlin
- Priv. Doz. Dr. Hermann H. Dieter, Direktor und Professor am Umweltbundesamt Berlin

Heinz W. Bachmann:
Systematische Lehrveranstaltungsbeobachtungen an einer Hochschule
Verläufe von Lehrveranstaltungen an einer schweizerischen Fachhochschule
bei Einführung der Bologna-Studiengänge – eine Fallstudie

Seit Herbst 2006 bieten alle Fachhochschulen der Schweiz Studiengänge organisiert nach dem Bachelor-Master-System an, wie das in der Bologna-Deklaration beschlossen worden war. Einer der Haupttriebfedern des Reformprozesses, neben der akademischen Mobilität und der Vorbereitung der Hochschulabsolventen auf den europäischen Arbeitsmarkt, ist die Steigerung der Anziehungskraft der europäischen Hochschulen zur Verhinderung von brain drain und der Förderung von brain gain. Neben diesem globalen Wettbewerb wird durch die gegenseitige Anrechenbarkeit der Studienleistungen in den verschiedenen Ländern auch die Konkurrenz der Hochschulen untereinander gefördert.

Die Bologna-Reform geht von einem neuen Lehrverständnis aus von der Stoffzentrierung hin zu einer Kompetenzorientierung, begleitet von einem shift from teaching to learning. Der Fokus liegt also nicht beim Lehren, sondern auf der Optimierung von Lernprozessen. Vor dem Hintergrund neuerer Erkenntnisse aus der Lernforschung wird auch deutlich, dass das Vermitteln von Wissen im traditionellen Vorlesungsstil nur noch bedingt Gültigkeit hat. Unter Berücksichtigung der obigen Erkenntnisse müsste man heute eher vom Hochschullernen als von der Hochschullehre sprechen. Die vorliegende Studie wird zum Anlass genommen, ein Instrument vorzustellen, mit dem Lehre systematisch beobachtet werden kann. Mit dem beschriebenen Instrument wird der Frage nachgegangen, inwieweit an der untersuchten schweizerischen Pädagogischen Hochschule die oben beschriebene Neuorientierung in der Lehre schon stattgefunden hat. Mit Hilfe des VOS (VaNTH Observational System) sollen systematisch Lehrveranstaltungsbeobachtungen gemacht und festgehalten werden. Das Ziel dieser Studie ist es, Lehrveranstaltungsverläufe an der untersuchten Pädagogischen Hochschule zu erheben im Hinblick auf die Entwicklung von Kursen in Hochschuldidaktik. Die gefundenen Ergebnisse sollen mit der Schulleitung besprochen werden, vor allem auch auf dem Hintergrund des neuen Lernens an Hochschulen. Basierend auf den gewonnen empirischen Daten und den von der Schulleitung entwickelten Zielen können hochschuldidaktische Kurse geplant und umgesetzt werden. Zusätzlich besteht die Chance, bei einer Wiederholung der Studie in einigen Jahren mögliche Veränderungen in der Lehre festzustellen. Es wird davon ausgegangen, dass das Untersuchungsdesign und die erhobenen Daten nicht nur von Interesse für die betroffene Hochschule sind, sondern generell Fachhochschulen interessieren dürften, die in einem ähnlichen Prozess der Neuorientierung stecken.



ISBN 3-937026-65-7, Bielefeld 2009,
172 Seiten, 24.90 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Falk Reckling & Christoph Kratky

Die Wissenschaft spricht englisch - aber nicht nur

Die Wissenschaft spricht englisch - aber nicht nur

Englisch ist heute die dominante Wissenschaftssprache: Das gilt mit einiger Verzögerung auch für Österreich. Christoph Kratky, Präsident des Wissenschaftsfonds (FWF) und Falk Reckling, Abteilungsleiter für Geistes- und Sozialwissenschaften des FWF beschreiben in einem Gastbeitrag die Etappen, die zu diesem Ist-Zustand geführt haben. Sie halten die Entwicklung für unumkehrbar, glauben aber, dass auch die Nationalsprachen weiter wichtig bleiben für die Wissenschaftsvermittlung - denn nur ihnen könne es gelingen, die komplexen Resultate der Forschung in Alltagssprache zu übersetzen. Bis zu Beginn der Aufklärung war die Sprache der Wissenschaft des Abendlandes zweifellos Latein, welches im 18. und 19. Jahrhundert kontinuierlich durch die Nationalsprachen ersetzt wurde.

Während die Zahl der für die Wissenschaftskommunikation relevanten Sprachen immer begrenzt war, gab es bis zum zweiten Weltkrieg keine wirklich dominante Wissenschaftssprache - noch vor weniger als 100 Jahren war in vielen Gebieten Lesefähigkeiten des Englischen, Deutschen und Französischen Voraussetzung für eine erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit.

Dominanz des Englischen

In den letzten Jahrzehnten hat sich das in den meisten Disziplinen radikal geändert und zu einer Dominanz des Englischen geführt. Sosehr man das mit Recht als unfairen Wettbewerbsnachteil und als Kulturverlust beklagen mag, ist es mehr als zweifelhaft, ob sich dieser globale Trend aufhalten oder gar umkehren lässt und ob eine wie immer geartete Mehrsprachigkeit eine praktikable und realistische Alternative darstellt.

Bis ins 19. Jahrhundert war der Beruf des Wissenschaftlers beschränkt auf eine sehr kleine Gruppe adliger und bürgerlicher Eliten. Der zu verarbeitende Kanon in den Wissenschaften war noch überschaubar und die wissenschaftlichen Aktivitäten konzentrierten sich auf einige wenige Zentren in der westlichen Welt.

Schwerpunkt: „Sprechen Sie Wissenschaft?“

„Sprechen Sie Wissenschaft? Wissenschaftssprache im öffentlichen Dialog“ heißt eine Initiative von BMWF und Ö1 Wissenschaft. Forscher und Forscherinnen verschiedener Disziplinen reflektieren dabei in science.ORF.at in Gastbeiträgen und Interviews über den wissenschaftlichen Sprachgebrauch und den Bedarf an Wissenschaftskommunikation.

Kleinster gemeinsamer Nenner

Das hat sich spätestens nach 1945 radikal verändert. Durch zunehmende Technologisierung und Globalisierung und die damit einhergehende Bildungsexplosion ist der Anteil an Wissenschaftlern enorm angestiegen. Die Fachdisziplinen haben sich immer weiter ausdifferenziert und die Menge und Komplexität des Wissens hat exponentiell zugenommen. Schließlich verlieren die traditionellen Zentren der Wissenschaften schrittweise gegenüber anderen Regionen an Boden, und es hat sich in vielen Disziplinen ein weltweiter Arbeitsmarkt herausgebildet. All dies hat dazu geführt, dass sich das Englische als kleinster gemeinsamer Nenner der Kommunikation in den Wissenschaften etabliert hat.

Deutsch moralisch entwertet

Dieser Trend wurde nicht zuletzt dadurch beschleunigt, dass in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts ein bedeutender Teil der europäischen Wissenschaftselite gezwungen wurde, in angelsächsische Länder zu emigrieren. Damit wurde das Deutsche nicht nur quantitativ, sondern zum Teil auch moralisch als Wissenschaftssprache entwertet.

Noch entscheidender als die erzwungene war wohl die „freiwillige Migration“. Die Attraktivität der angelsächsischen Forschungsstätten haben Generationen von Wissenschaftlern aus der ganzen Welt angezogen und damit auch deren Sprachverhalten in den Wissenschaften maßgeblich geformt.

Nachteil durch andere Sprachen

Aus diesen Entwicklungen folgt nicht nur eine fast zwingende Notwendigkeit zum Englischen, es erscheint auch als einzig praktikable Variante, wenn Kommunikation über die kulturellen oder gar fachdisziplinären Grenzen hinweg möglich sein soll. Dass unter diesen Bedingungen alle anderen Sprachen einen Nachteil haben, ist evident. Doch realistischere Weise kann ein Forscher unter den heutigen Bedingungen noch nicht einmal annähernd die Mehrsprachigkeit erreichen, die notwendig wäre, um nur einen Bruchteil auch nur der großen Sprachen abdecken zu können.

Englischsprachige FWF-Anträge

Der FWF hat dieser Entwicklung vor gut 15 Jahren Rechnung getragen, indem er nicht nur seine Begutachtung ausschließlich im Ausland durchführt, sondern zu diesem Zweck auch fast ausschließlich englischsprachige Anträge einholt. Zwar gibt es immer noch Ausnahmen in den Geisteswissenschaften, aber auch hier sind mittlerweile gut 75 Prozent der Anträge in englischer Sprache verfasst.

Vergleiche mit sehr erfolgreichen, kleineren Wissenschaftsnationen wie den Niederlanden und den skandinavischen Ländern zeigen, dass diese für den deutschen Sprachraum revolutionäre Umstellung eigentlich schon früher hätte erfolgen müssen.

Höherer Wahrnehmungsgrad

Die Niederlande und die skandinavischen Länder waren bis zum Zweiten Weltkrieg sehr stark dem deutschen Sprachraum verbunden, haben dann aber sehr schnell auf das Englische als Wissenschaftssprache umgestellt. Der damit erzielt höhere Wahrnehmungsgrad war auch ein Grund für den enormen internationalen Erfolg dieser Länder. Österreich hat diese Entwicklung, wie beispielhaft die Daten von ISI Web of Science im Vergleich zu Schweden zeigen, erst in den letzten beiden Jahrzehnten nachvollzogen.

Sprachen österreichischer und schwedischer Fachartikel

Österreich	Englisch		Deutsch		Andere	
	1975-1984	1998-2007	1975-1984	1998-2007	1975-1984	1998-2007
Science Citation Index	49,6%	94,5%	49,9%	5,3%	0,5%	0,2%
Social Science Citation Index	58,4%	80,9%	40,5%	18,6%	1,7%	0,5%
Arts&Humanities Citation Index	29,0%	40,1%	67,2%	56,3%	3,8%	3,7%
Schweden	Englisch		Schwedisch		Andere	
	1975-1984	1998-2007	1975-1984	1998-2007	1975-1984	1998-2007
Science Citation Index	97,5%	99,8%	1,5%	0,1%	1,0%	0,1%
Social Science Citation Index	93,1%	97,9%	5,4%	1,5%	1,5%	0,6%
Arts&Humanities Citation Index	82,0%	77,2%	7,7%	6,6%	10,3%	16,2%

Quelle: ISI Web Science

Mehrsprachigkeit methodisch notwendig

Nun wird vor allem von den Geisteswissenschaften und Teilen der Sozialwissenschaften immer wieder argumentiert, dass den nationalstaatlichen Diskursen und Thematiken in ihren Fachbereichen eine weitaus größere Bedeutung zu-

kommt als in den Naturwissenschaften, und dass Mehrsprachigkeit daher oft ein methodische Notwendigkeit sei. Beide Argumente sind nicht zu bestreiten. Gleichwohl sollte das nicht daran hindern, zumindest die wichtigsten Forschungsergebnisse auch vermehrt in englischer Sprache zu publizieren. Denn nur das wird der Garant dafür sein, dass diese Disziplinen über die eigenen engen Fach- und Landesgrenzen hinaus anschlussfähig bleiben. Die Notwendigkeit zur Publikation in Englisch gilt natürlich ganz besonders für junge Wissenschaftler, die noch um ihre wissenschaftliche Karriere kämpfen müssen.

Nationalsprache für Vermittlung

Englisch wird also auf absehbare Zeit in der hoch spezialisierten internen Wissenschaftskommunikation dominant bleiben, ja diese Dominanz noch weiter ausbauen. Allerdings kommt den Nationalsprachen bei der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Gesellschaft eine zunehmend größere Bedeutung zu.

Wissenschaftler können sich heute nicht mehr nur ausschließlich auf den reinen Erkenntnisgewinn beschränken, sie müssen ihre Forschung auch gegenüber der (auch kritischen) Gesellschaft, der Politik oder der Wirtschaft rechtfertigen und dabei hochkomplexe Erkenntnisse in eine allgemein verständliche Sprache übersetzen.

Dieser Diskussionsprozess vollzieht sich notwendigerweise in der Nationalsprache, der damit auch weiterhin für wissenschaftliche Kommunikation eine bedeutende Rolle zukommt.

Quelle: <http://sciencev1.orf.at/science/news/151532>, Aufruf am 19.11.09

- Christoph Kratky, Präsident Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), Wien
- Falk Reckling, Leiter der Abteilung für Geistes- und Sozialwissenschaften, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), Wien

Reihe Hochschulmanagement: Praxisanregungen

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Stefanie Schwarz, Don F. Westerheijden, Meike Rehborg (Hg.)
Akkreditierung im Hochschulraum Europa**

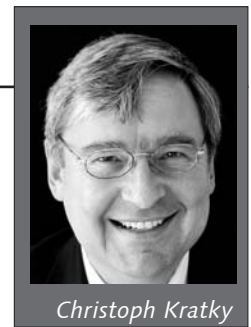
ISBN 3-937026-36-3, Bielefeld 2005, 261 Seiten, 34.00 Euro

**Christina Reinhardt (Hg.):
Verborgene Bilder - große Wirkung.
Was Personalentwicklung an Hochschulen bewegt**

ISBN 3-937026-28-2, Bielefeld 2004, 104 Seiten, 15 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Christoph Kratky



Christoph Kratky

Die Positionierung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) zum Thema Antragsprache

Seit mehreren Jahren verlangt der Wissenschaftsfonds, dass Anträge auf Englisch eingereicht werden. Diese Regel galt bis vor kurzem nicht für Anträge aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, in denen Anträge auch auf Deutsch gestellt werden durften. Letztes Jahr haben wir diese Möglichkeit stark eingeschränkt, d.h., Antragstellung auf Deutsch muss im Vorhinein vom Präsidium des FWF genehmigt werden, was in der Praxis nur bei Anträgen aus einem eng definierten Bereich der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaften sowie allenfalls der Philosophie aussichtsreich ist.

Ich weiß, dass diese Verschärfung der Zulassung von Anträgen auf Deutsch viel Missfallen seitens der Kolleginnen und Kollegen aus den Geisteswissenschaften hervorgerufen hat, es gab heftige Proteste sogar von unseren eigenen Referent/innen. Im letzten FWF-info hat unsere ehemalige Vizepräsidentin, Frau Prof. Juliane Besters-Dilger, bekräftigt, dass sie die vom FWF verfolgte Politik sehr kritisch sieht, dass dadurch die „Gefahr der wissenschaftlichen Verflachung der Antragsinhalte“ entstehe, „in den Geisteswissenschaften dient die Sprache nicht einfach dazu, Informationen, Daten, Fakten zu übermitteln, sondern ist selbst Objekt der Forschung und gleichzeitig auch Teil des wissenschaftlichen Prozesses“. Es gelte, sich gegen eine Abwertung der deutschen Sprache zur Wehr zu setzen: „Sprachen, die in bestimmten prestigereichen Verwendungssphären nicht mehr benutzt werden, verlieren an Anerkennung, Wert und Bedeutung.“ Und schließlich:

„Die Geisteswissenschaften ... verwalten ein riesiges Erbe der Menschheit in Form von Texten. Und diese Texte sind natürlich zu einem minimalen Teil auf Englisch verfasst. Wir brauchen, um dieses Erbe betreuen und immer wieder neu erforschen zu können, Vielsprachigkeit.

Wenn wir den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern signalisieren: ‚Mit Englisch könnt ihr alles machen‘, dann schneiden wir uns in letzter Konsequenz von diesem kulturellen Erbe ab. Das wäre bedenklich.“ Daraus folgert sie: „Es wäre gut, wenn der FWF – ganz ähnlich wie bei der DFG – wieder Anträge in der jeweils akzeptierten Sprache einer Wissenschaftsdisziplin zuließe.“

Angesichts dieser doch sehr massiven Kritik aus prominentem Munde erlaube ich mir, die Gründe darzulegen, die uns zu der restriktiven Politik in Sachen „Deutsch als Antragsprache“ veranlasst haben.

Der erste Grund ist ganz trivial: Zur Feststellung der Qualität eines Antrags führen wir ein Peer-Review-Verfahren durch, d.h. wir schicken jeden Antrag an mindestens zwei

ausländische Gutachter/innen. Die Auswahl an Gutachter/innen ist um ein Vielfaches größer, wenn man Gutachter/innen nehmen kann, die Englisch verstehen, als wenn man sich auf jene mit Deutschkenntnissen beschränken muss.

Dieser Punkt hat noch einen subtilen Aspekt: Projekte aus den unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen sind naturgemäß schwer miteinander zu vergleichen. Deshalb vergleichen wir für die Entscheidung auf Förderung oder Ablehnung nicht die Projekte selbst miteinander, sondern wir vergleichen die Gutachten, die wir für die Projekte erhalten haben.

Dabei fragen wir Gutachter/innen nach dem Stellenwert des Projekts im „internationalen Vergleich“. Wenn wir jetzt für eine ganze Gruppe von Projekten – im konkreten Fall jene aus den Geisteswissenschaften – die Gutachter/innen auf den deutschen Sprachraum beschränken, dann ist der „internationale Standard“ für diese Projekte ein anderer (und engerer) als jener für Projekte aus den anderen Wissenschaftsdisziplinen.

Der zweite Grund liegt in unserem Bekenntnis zur Gleichbehandlung aller Antragsteller/innen.

Auch für eine/n Naturwissenschaftler/in wird es oft leichter sein, einen Antrag auf Deutsch, d.h. in der Muttersprache, zu schreiben. Wenn man davon ausgeht, dass sich die meisten von uns in ihrer Muttersprache leichter und präziser ausdrücken können, so führt die Möglichkeit, Anträge auf Deutsch einzureichen, zu einem Wettbewerbsvorteil gegenüber jenen, die sich mit dem Englischen herumquälen müssen. Natürlich nehmen wir das Argument ernst, dass die deutsche Sprache bei den Geisteswissenschaften eine größere Bedeutung hat als in anderen Wissenschaftsdisziplinen, wobei wir die Diskussion ausschließlich im Hinblick auf die Verwendung der Sprache im Zusammenhang mit dem Förderungsgeschäft zu führen haben. Die Frage, die wir uns zu stellen haben, lautet also:

Haben Geisteswissenschaftler/innen gegenüber Wissenschaftler/innen anderer Disziplinen dadurch einen Wettbewerbsnachteil beim FWF, dass sie ihre Anträge auf Englisch einreichen müssen?

Das ist in Österreich – im Gegensatz zu Deutschland – eine sehr brisante Frage. Bei unserer deutschen Schwesterorganisation (und übrigens auch beim schweizerischen Nationalfonds) gibt es individuelle Budgets für individuelle Wissenschaftsdisziplinen.

In dieser Situation stehen nur Projekte aus den Geisteswissenschaften miteinander im Wettbewerb, d.h., die

Geisteswissenschaftler/innen können sich durchaus auf eigene Regeln einigen, aufgrund derer sie das ihnen zugewiesene Budget untereinander aufteilen. In Österreich ist dies anders:

Bei uns verfügt der FWF über ein einziges Globalbudget für alle Wissenschaftsdisziplinen, was wir übrigens im kleinen Österreich als großen Vorteil sehen. Allerdings kann der Wettbewerb aller um den einen Budgettopf nur gelingen, wenn für alle die gleichen Regeln gelten.

Wenn wir uns nun die Genehmigungssituation beim FWF ansehen, so können wir feststellen, dass Anträge aus den Geisteswissenschaften in der Vergangenheit (wo noch ein erheblicher Teil der Anträge auf Deutsch gestellt wurde) mit Abstand die höchsten Genehmigungsquoten aller Wissenschaftsdisziplinen aufwiesen und dass der Anteil der Geisteswissenschaften – der wie gesagt nicht „per ordre Mufti“ festgelegt wird, sondern der das Ergebnis des Wettbewerbs aller Förderungsanträge ist – bei uns höher ist als in fast allen anderen europäischen Ländern.

Das liegt zweifellos an der hohen Qualität der bei uns eingereichten geisteswissenschaftlichen Projekte, es liefert aber sicher keinen Hinweis auf eine Diskriminierung, sondern eher auf eine bevorzugte Behandlung der Geisteswissenschaften.

Solange die Genehmigungsquoten des FWF so hoch sind, dass im Wesentlichen alle gut begutachteten Projekte gefördert werden können (was bis vor einigen Jahren der Fall war), sind Unterschiede in den Genehmigungsquoten zwischen Disziplinen nicht weiter schlimm. In der jetzigen Situation, wo niedrige Genehmigungsquoten zu einem verschärften Wettbewerb führen, kann man potenziell „wettbewerbsverzerrende“ Faktoren nicht mehr ignorieren.

Selbstverständlich erlauben wir jedem Antragsteller/jeder Antragstellerin, neben der englischen Version des Antrags auch eine in einer für die Wissenschaftsdisziplin relevanten zweiten Sprache einzureichen.

Diese zweite Version wird dann natürlich zusammen mit der englischen Version an die zuständigen Gutachter/innen verschickt, sodass sich diese die für sie besser lesbare Ver-

sion aussuchen können. Ich gestatte mir den Hinweis, dass das Besters-Dilgersche Argument, die Sprache sei mehr als reines Kommunikationsmittel, auch bei den Geisteswissenschaften nur auf einen kleinen Teil der Disziplinen zutrifft, beispielsweise auf die Sprachwissenschaften. Aber selbst hier: Gibt es einen Grund, warum romanistische, anglistische oder slawistische Anträge besser auf Deutsch als auf Englisch gestellt und somit im deutschen Sprachraum besser begutachtet werden können?

Den von Frau Besters-Dilger vorgebrachten Argumenten hinsichtlich der Wünschbarkeit von Mehrsprachigkeit würde ich (zumindest persönlich) jederzeit zustimmen. Ich sehe aber nicht, wie dies die Forderung nach Antragstellung in der Muttersprache begründen würde. Die Bedeutung des Deutschen als Wissenschaftssprache ist seit mindestens einem halben Jahrhundert im Sinken, was ich genauso bedaure wie Frau Besters-Dilger. Über die Gründe für diesen Bedeutungsverlust kann man Bücher füllen. Offensichtlich hat die seit jeher bestehende Möglichkeit, deutsche Anträge bei DFG und FWF einreichen zu dürfen, diesen Erosionsprozess auch nicht aufhalten können. Im Übrigen sieht der FWF seine Aufgabe weder darin, Wissenschaftsdisziplinen zu „erziehen“, noch sehen wir uns dafür verantwortlich, die Bedeutung von Deutsch als Wissenschaftssprache zu heben.

Wir sehen uns einzig dafür verantwortlich, Begutachtungsprozesse so zu organisieren, dass für alle Personen und Disziplinen faire Förderungsentscheidungen resultieren. Das ist schwer genug.

Quelle: info - Das Wissenschaftsmagazin, 07/09, S. 23-25, http://www.fwf.ac.at/de/public_relations/printprodukte/info/info69-09-02.pdf

■ **Christoph Kratky**, Präsident Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), Wien

im Verlagsprogramm erhältlich:

Peter Viebahn:
Hochschullehrerpsychologie
Theorie- und empiriebasierte Praxisanregungen für die Hochschullehre

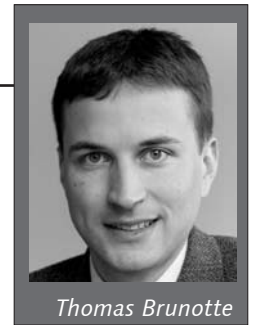
ISBN 3-937026-31-2, Bielefeld 2004, 298 Seiten, 29.50 Euro

Webler, Wolff-Dietrich:
Lehrkompetenz - über eine komplexe Kombination aus Wissen, Ethik, Handlungsfähigkeit

ISBN 3-937026-27-4, Bielefeld 2004, 45 Seiten, 9.95 Euro

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Gestaltung
 motivierender Lehre
 in Hochschulen:
 Praxisanregungen



Thomas Brunotte

Gespräch mit Thomas Brunotte, VW-Stiftung, zuständig für die Förderinitiative „Deutsch plus - Wissenschaft ist mehrsprachig“

Fo: Herr Brunotte, die VolkswagenStiftung hat sich mit dem Rückgang des Deutschen als Wissenschaftssprache - ja überhaupt mit dem Rückgang der Nationalsprachen als Wissenschaftssprachen beschäftigt und 2006 eine Förderinitiative eingerichtet, für die 2007 die ersten Anträge eingereicht worden sind. Eine in drei Sätzen zusammen gefasste Defizitanalyse und die Ziele stehen auf der Webseite. Sie lauten:

„Der Gebrauch der englischen Sprache ist bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen und auch bei Tagungen in Deutschland in vielen Disziplinen gang und gäbe. Doch Denkstil und Sprache sind eng miteinander verknüpft, und die schlichte Übersetzung einer wissenschaftlichen Arbeit in eine andere Sprache ist nicht selten mit deutlichen Veränderungen und Einbußen in Ausdruck, Akzentuierung und Bedeutung verbunden. Gerade über die jeweils verwendete Sprache finden spezifische Begriffe, Erkenntnis- und Deutungsmuster Eingang in die Prozesse von Forschung und Lehre. Das Ziel dieser Förderinitiative ist es, im Kontext wissenschaftlicher Mehrsprachigkeit dem Deutschen als Wissenschaftssprache und den in deutscher Sprache erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnissen international angemessenen Raum und mehr Gewicht zu geben.“

Können Sie die vorausgehenden Überlegungen einmal etwas weniger knapp schildern?

Thomas Brunotte (TB): Die Förderinitiative „Deutsch plus – Wissenschaft ist mehrsprachig“ versteht man am besten vom Förderansatz der VolkswagenStiftung her: Die VolkswagenStiftung ist in erster Linie ein impulsgebender Forschungsförderer. Mit ihrer Förderinitiative „Deutsch plus“ ist die VolkswagenStiftung daher selbst noch auf der Suche nach den geeigneten Wegen, das Deutsche als Wissenschaftssprache dort zu stärken, wo es sinnvoll ist. Dementsprechend offen ist auch das Förderangebot. In jedem Fall möchte die Stiftung verhindern, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler international weniger beachtet werden, nur weil sie auf Deutsch schreiben. In vielen Bereichen kann das Festhalten am Deutschen oder auch einer anderen weniger verbreiteten Wissenschaftssprache durchaus geboten sein. Nämlich überall dort, wo sprachliche und kulturelle Prägungen wissenschaftliches Denken und Arbeiten beeinflussen und eine Perspektive auf einen Gegenstand aufrechterhalten, die anders nicht eingenommen werden kann. Daher haben für die Stiftung die Forschungsprojekte zu den sprachlichen und kulturellen Prägungen wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens, die mit dieser Förderinitiative angeregt werden sollen, eine ganz zentrale Bedeu-

tung. Sie schaffen letztlich die wissenschaftliche Grundlage und Legitimation für einen Förderimpuls, der wissenschaftliche Mehrsprachigkeit und in diesem Kontext auch die Verwendung des Deutschen als Wissenschaftssprache zu stärken sucht. Gerade in Zeiten der Umorientierung der akademischen Lehre wie etwa im Bologna-Prozess, bei dem es auch um einen verstärkten internationalen Austausch der Studierenden untereinander gehen soll, sind integrierte Studiengänge, bei denen die fachliche Ausbildung mit dem Erwerb mehrsprachiger Kompetenz verzahnt ist, besonders wichtig. Die VolkswagenStiftung wünscht sich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgebildet werden, die (mindestens) zwei Wissenschaftssprachen (und natürlich ihr eigenes Fachgebiet) sicher beherrschen. Dabei sollte die Fremdsprachenkompetenz am Gegenstand des eigenen Fachs ausgebildet werden. Darüber hinaus gibt es das als Wettbewerb ausgeschriebene Übersetzungsangebot, bei dem Fördergelder für die fachkundige und professionelle Übersetzung herausragender deutscher wissenschaftlicher Arbeiten in eine andere Welt- und Wissenschaftssprache eingeworben werden können. Ein Veranstaltungsprogramm, das zur Diskussion über die sprachlichen und kulturellen Prägungen wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens anregt, ergänzt dieses Förderangebot. Hier können sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Unterstützung durch die VolkswagenStiftung sprachpolitisch Gehör verschaffen und versuchen, Einfluss auf bestimmte Entwicklungen zu nehmen.

Fo: Diesen vier Förderlinien kann man einiges Positive abgewinnen. Gab es weitere Überlegungen zu Programmbestandteilen, von deren Förderung man aber vorläufig abgesehen hat? Und wenn ja, was waren die Gründe?

TB: Für die VolkswagenStiftung sind der Transfer und der Austausch zwischen den Sprachen und Kulturen im Wissenschaftsbereich besonders wichtig. Dieser Gedanke durchzieht das gesamte Förderangebot, prägt aber besonders die auslandsorientierte Förderung. So ermöglicht es die VolkswagenStiftung beispielsweise im Rahmen eines Fellowship-Programms Postdoktoranden, ein Jahr am Humanities Center der Harvard University zu verbringen. Die Stiftung ist sich dabei bewusst, dass das dortige Humanities Center ein weltweit beachteter „Umschlagplatz“ für geisteswissenschaftliche Forschung ist, an dem auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler präsent sein sollten. Die Harvard-Fellows müssen dort nicht Deutsch sprechen oder auf Deutsch schreiben, wichtig ist vielmehr die internatio-

nale Vernetzung. Darüber hinaus hat die VolkswagenStiftung gerade ein weiteres „Transferprogramm“ an die Universitäten Oxford, Bremen und Göttingen bewilligt, das jungen Postdoktoranden aus dem deutschen Wissenschaftsraum die Gelegenheit geben soll, die Publikationskultur des angelsächsischen Wissenschaftssystems zu erproben. Gestützt durch ein Stipendium und eingebettet in ein Oxforder College haben sie die Chance, auf Basis eines so genannten „Book Proposals“ ein englischsprachiges Buch zu erstellen, das in einem renommierten englischen Fachverlag publiziert werden soll. Umgekehrt sollen Postdoktoranden aus dem angelsächsischen Sprachraum die Gelegenheit bekommen, ihre Kontakte nach Deutschland weiter auszubauen und sich hier wissenschaftlich zu profilieren und bekannt zu machen. Insofern muss man die Initiative „Deutsch plus“ immer im Kontext des gesamten Förderangebots der VolkswagenStiftung sehen.

Fo: Wie in anderen Gesprächen unserer Zeitschrift zu diesem Thema auch wollen wir darauf hinweisen, dass über den Rückgang der nationalen Wissenschaftssprache zwar schon mindestens 20 Jahre diskutiert wird, aber von Seiten des Staates und der großen Wissenschaftsorganisationen nichts geschieht außer einer Anhörung im Unterausschuss „Auswärtige Bildung und Kultur“ des Bundestages und einer sprachpolitischen Erklärung von Wissenschaftsorganisationen im Januar und Februar dieses Jahres und Tagungen vor allem linguistischer Experten. Die VolkswagenStiftung war die einzige, die bisher eine Förderung beschlossen und mit ihren Mitteln und Instrumenten Maßnahmen ergriffen hat. Können Sie uns diese Untätigkeit außerhalb der Stiftung erklären?

TB: Grundsätzlich möchte und kann die VolkswagenStiftung nur in wissenschaftlichen Bereichen aktiv werden, die nicht in das genuine Aufgabenfeld anderer, insbesondere öffentlicher Mittelgeber fallen. Allerdings sehe ich andere Förderer im Gebiet des Sprach- und Kulturaustauschs mit Deutschland hier keinesfalls untätig. Das Thema Deutsch als Wissenschaftssprache ist derartig komplex und vielschichtig, dass man vielleicht andere höchst wichtige Förderangebote in diesem Zusammenhang leicht übersieht. Hier denke ich an das Austauschprogramm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) oder an die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die den internationalen Austausch junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermöglicht. Dies sind ebenfalls sehr wichtige Maßnahmen, um dem Wissenschaftsstandort Deutschland mehr Geltung und Beachtung in der Welt zu verschaffen und damit eben auch dem Deutschen als Wissenschaftssprache. Dabei geht es nicht um das strikte Festhalten am Deutschen als Wissenschaftssprache, sondern um den aktiven Austausch von und mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus und in Deutschland. Über solche Austauschnetzwerke können nachhaltige und langfristige Kontakte zu Deutschland und deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufgebaut, aufrechterhalten und gestärkt werden. Und letztlich muss die Wissenschaft in Deutschland das Ausland auch durch ihre Ergebnisse und Forschungsleistungen von ihrer Attraktivität überzeugen.

Fo: Natürlich verfügen Förderorganisationen, wie die VW-Stiftung, nur über relativ beschränkte Handlungsmöglichkeiten. Sie können anbieten, gute Ideen, die andere haben, zu fördern. In welcher Richtung gute Ideen gesucht werden, ergibt sich aus der Förderrichtung. Aber dann gilt es über Ermunterung hinaus, zu warten... Oder haben Sie noch andere Möglichkeiten, Anreize zu entwickeln?

TB: Sicher, es geht nämlich auch darum, einem Förderthema in der Öffentlichkeit mehr Gehör zu verschaffen. Meine Kolleginnen und Kollegen halten Kontakt zu vielfältigen Fördereinrichtungen, sind auf Diskussionsveranstaltungen präsent und bringen sich in entsprechende Gremien ein. Dies ist eine wichtige Ergänzung zu den finanziellen Förderanreizen, die die Stiftung bietet. Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, auch als aktiv gestaltender Förderer auf die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zuzugehen und hochqualifizierte Antragstellerinnen und Antragsteller für das Förderangebot zu interessieren. Damit solche Impulse auch aufgenommen und umgesetzt werden, führen wir auch Informationsveranstaltungen und Workshops durch, die Einblick in die Hintergründe und Voraussetzungen des Förderangebots geben und potentielle Interessenten unmittelbar ansprechen. Das ist eine durchaus anspruchsvolle Aufgabe, an der wir verstärkt arbeiten.

Fo: Schauen wir uns zunächst einmal quantitativ an, welches Echo dieses Förderangebot bisher gehabt hat:
2007: Ein Projekt (Grundlagenforschung),
2008: 12 Übersetzungen bzw. andere Projekte, 2 mehrsprachige Studiengänge,
2009: 6 Übersetzungen bzw. andere Projekte.

Rein zahlenmäßig erscheint diese Bilanz - noch dazu bei der Relevanz des Themas - alles andere als überwältigend. Oder schätzen Sie das anders ein?

TB: Man darf bei diesen Zahlen nicht vergessen, wie komplex das Angebot ist. Diese Förderinitiative ist besonders facettenreich und von daher auch nicht ganz einfach umzusetzen. Das gilt insbesondere für die Förderlinie „Studiengänge“. Im letzten Jahr haben wir intensive Beratungsgespräche mit Interessenten aus dem Bereich Naturwissenschaften geführt, die mehrsprachige Studiengänge an ihren Einrichtungen etablieren wollten. Oft fehlten die Konzepte und Strukturen, fachliches Studium und Sprachenausbildung sinnvoll miteinander zu integrieren. Die Stiftung reagiert darauf mit einem Workshop für potentielle Antragsteller, der im kommenden Jahr stattfinden soll. Dass der Wettbewerb für das Übersetzungsangebot im letzten Jahr auf nicht ganz so großes Interesse gestoßen ist, überrascht. Auch das Veranstaltungsprogramm könnte noch intensiver genutzt werden. Daran arbeiten wir!

Fo: Betrachten wir die bisherige Förderung unter qualitativer Perspektive, so fragen wir als erstes, welche Disziplinen sich für die Fördermittel interessiert haben. Wenn wir das Ziel richtig interpretieren, so ist dies grundsätzlich mit Hilfe von Germanistischer Linguistik, Geschichte, Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft analysierbar und gestaltend voran zu bringen. Von den bisher geförderten Projek-

ten haben sich (von Übersetzungen abgesehen, bei denen zwar vielleicht nicht Mitnahmeeffekte, aber Mischmotive zu erwarten sind) bisher nur die Germanistik, Linguistik, Slawistik sowie die Politik- und Sozialwissenschaften für das Förderangebot interessiert. Gibt es auf Seiten der Förderer a) Erklärungen für das bisher geringe Interesse anderer Disziplinen und b) Vorstellungen darüber, wie andere Disziplinen stärker auf diese Fördermöglichkeit aufmerksam gemacht werden könnten?

TB: Grundsätzlich steht dieses Förderangebot allen Disziplinen offen, auch den Naturwissenschaften. Zwar hat sich in den naturwissenschaftlichen Fächern das Englische weitestgehend durchgesetzt, dennoch ist das Förderanliegen hier nicht keineswegs obsolet. Dabei muss man differenzieren zwischen dem kreativen Nachdenken in der Muttersprache einerseits und dem speziellen Aspekt der Ausdrucksfähigkeit, aber auch der Ausdrucksangemessenheit andererseits. Wichtig ist die Nutzung der eigenen Muttersprache als Wissenschaftssprache aber vor allem auch deshalb, damit diese Wissenschaften nicht den Kontakt zur Lebenswelt verlieren. Wenn nicht mehr in der eigenen Sprache formuliert werden kann, droht der Austausch zwischen Gesellschaft und Wissenschaft abzubrechen. Beide Seiten können nicht mehr voneinander profitieren. Diesem Problemfeld wendet sich die VolkswagenStiftung auch mit der Förderinitiative „Wissenschaft – Öffentlichkeit – Gesellschaft“ zu. Ein Förderangebot, das durchaus auch in den Naturwissenschaften auf Interesse stößt und genutzt wird.

In Bezug auf das Sprachenproblem ist für alle Wissenschaften, Geistes-, Gesellschafts- oder Naturwissenschaften, jedoch ein Punkt ganz wesentlich: Die Wissenschaft, die in Deutschland betrieben wird, muss exzellent sein. Damit kann auch dem Deutschen zu mehr Geltung als Wissenschaftssprache verholfen werden. Wenn das, was deutsche Professorinnen und Professoren leisten, international anerkannt ist, dann werden auch ausländische Studierende nach Deutschland kommen, um hier zu studieren. Und sie werden sich auch mit dem Land und seiner Sprache befassen. Diese Erfahrungen werden dann auch in ihre späteren Lebenswege mit einfließen. Wichtig dabei ist aber, dass sie hier ein mehrsprachiges Lehrangebot vorfinden. Wenn hier von vornherein nur auf Englisch unterrichtet wird, liegt doch die Frage nahe, warum man überhaupt nach Deutschland kommen und nicht gleich nach Amerika oder England gehen sollte. Daher ist es der VolkswagenStiftung so wichtig, das Förderangebot für integrierte mehrsprachige Studiengänge besonders in den Naturwissenschaften noch bekannter zu machen.

Fo: Für den Wert jeder nationalen Wissenschaftssprache liegen eine Reihe überzeugender Analysen und Argumentationen vor. Sie werden auch in der Defizitanalyse der VW-Stiftung knapp zusammen gefasst. Anfangs gab es ja nicht wenige, die die eigene Wissenschaftssprache zugunsten des Englischen aufgeben wollten und die universalen Verständigungsmöglichkeiten in den Vordergrund stellten, statt sich über die Folgen schon für die Erkenntnisprozesse Gedanken zu machen. Mit der Förderkomponente zu den Forschungsprojekten machen Sie den Eindruck, als ob Sie hier noch großen analytischen Bedarf sehen, sodass hier eine eigene

Komponente nötig scheint. Davon wird aber bis jetzt kaum Gebrauch gemacht.

TB: Diese Förderlinie ist in der Tat die Legitimationsgrundlage für die Förderinitiative. Wir können nicht einfach davon ausgehen, dass unser wissenschaftliches Denken und Arbeiten durch Sprache und Kultur irgendwie vorgeprägt ist. Und wenn es so ist, dann ist das hochkomplex, weil sowohl die Kultur als auch die Sprache äußerst dynamisch und einem permanenten Wandel unterworfen sind. Entscheidend ist, dass man, wenn es – was zu vermuten steht – tatsächlich solche tief gehenden Prägungen des wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens durch Sprache und Kultur geben sollte, dafür sensibilisiert. So wird man auch im internationalen Transfer von Forschungsergebnissen besser bestehen können und die Verständlichkeit auch unter Verwendung mehrerer Sprachen erhöhen. Vielleicht ist der „Wert jeder nationalen Wissenschaftssprache“, von dem Sie sprechen, etwas weniger selbstverständlich. Es lohnt sich zu fragen, worin genau dieser Wert besteht. Dabei geht es weniger um den bedingungslosen Erhalt und den Schutz einer bestimmten Sprache oder Kultur, als um die schwierige Frage, worin der wissenschaftliche Mehrwert der Kulturen- und Sprachenvielfalt in der Wissenschaft zu sehen ist. Wir dürfen hier auf weitere interessante Forschungsvorhaben sehr gespannt sein.

Fo: Wenn die VW-Stiftung die Förderziele ihrer Initiative beschlossen hat, wie nachhaltig wird davon im Haus Kenntnis genommen? Werden die eigenen Ziele dann auch in der alltäglichen Förderpraxis anderer Fördergebiete beachtet? Im Klartext: Bekommen von der VW-Stiftung geförderte Tagungen mit internationaler Beteiligung die Bewilligungsaufgabe, Deutsch als Konferenzsprache zu verwenden und für ausländische Teilnehmer eine Simultanübersetzung vorzusehen, die mit gefördert wird?

TB: Solche Auflagen gibt es nicht, weil unsere Antragsteller selbst wissen und wissen sollten, wie sie ihre Tagungen und Konferenzen am besten organisieren. Sie haben freie Wahl, welche Medien und welche Sprache sie verwenden möchten. Gegebenenfalls ist dies auch mit Blick auf die zugrundeliegende wissenschaftliche Sachfrage im Antrag darzustellen. Selbstverständlich bewilligt die Stiftung in begründeten Fällen auch Kosten für Tagungsdolmetscher.

Fo: Was halten Sie in diesem Zusammenhang von der Regelung im österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), also der DFG des Nachbarn, Forschungsanträge nur noch in Englisch zuzulassen, um ausländische Gutachter beteiligen zu können?

TB: Die VolkswagenStiftung praktiziert dies ebenfalls, allerdings nicht grundsätzlich, sondern nur dort, wo es von der Sache her sinnvoll erscheint. Dies betrifft z. B. die Programme mit internationalem Fokus oder in gewissem Umfang auch das Symposien- und Sommerschulprogramm, bei dem international ausgerichtete Veranstaltungen gefördert werden sollen. In den Naturwissenschaften hat sich das Englische ohnehin, und dies auch mit guten Gründen, weitgehend als lingua franca etabliert. Hier erhält die Stiftung die

allermeisten Anträge in englischer Sprache. Langfristig wird sich die internationale Begutachtung wohl noch weiter durchsetzen. Auch in der Förderinitiative „Deutsch plus“ haben wir auf Vorschlag des Antragstellers schon einen auf Englisch abgefassten Antrag entgegengenommen, weil es sich um ein Kooperationsprojekt zwischen England und Deutschland gehandelt hat. Ein englischsprachiger Antrag in dieser Förderinitiative ist also kein Widerspruch in sich. Dennoch muss von Fall zu Fall entschieden werden, ob das Prüfverfahren wirklich nur auf Englisch stattfinden kann oder ob es nicht auch Alternativen gibt.

Fo: Es wird in Deutschland seit längerem gefordert, dass Europa ein mehrsprachiges System der Zitationsindizes aufbaut, das europäische, also auch deutschsprachige Zeitschriften und andere Publikationskontexte sowie Lehrbücher, mit erfasst. Kann die VW-Stiftung hier nicht gezielt (evtl. zusammen mit anderen Förderern) die entsprechende Entwicklung anregen und fördern, z.B. zu Einzelprojekten einladen oder die Förderinitiative um eine solche Förderlinie ergänzen?

TB: Das Thema ist wichtig, fällt aber nicht in den genuinen Förderbereich der VolkswagenStiftung, die Infrastrukturprojekte dieser Größenordnung nicht finanziell tragen, sondern allenfalls Anstöße liefern kann. Vertreter der Stiftung bringen sich aber durchaus wirksam in Diskussionen zu diesem Thema ein.

Fo: Wir haben den Eindruck, dass viele Akteure mehr das bloße Phänomen des Rückgangs sehen und dieses entweder für einen unwiderstehlichen Vorgang wie eine Naturgewalt halten oder zwar aufhalten wollen, aber nur eine höchst unvollständige Ursachenanalyse stattfindet. Manchmal wird der Rückgang auf die Folgen des 2. Weltkrieges zurückgeführt, in deren Kontext viele glänzende deutsche Wissenschaftler jüdischer Herkunft vertrieben oder umgebracht wurden und die deutsche Wissenschaft oder sogar alles Deutsche moralisch verurteilt wurde. Viele Länder, die vorher aufmerksam die (wissenschaftlichen) Entwicklungen in Deutschland verfolgt hatten, wandten sich der Entwicklung in den USA zu. Das geschah aber nicht von alleine oder weil die USA plötzlich als einzige auf der Welt wissenschaftlich faszinieren konnten. Das geschah auch durch ein Bündel von Strategien, u.a. Publikationsstrategien. Mit ihnen sind bestimmte Zeitschriften zu den führenden Zeitschriften ihrer Disziplinen aufgestiegen, mit ihnen sind Systeme wie die Wirkungsanalysen (Impactfaktoren) errichtet worden. Und die Wissenschaftler in aller Welt haben sich freiwillig diesen Vorgaben gebeugt.

Wäre von einer Politik zur Stärkung des Deutschen als Wissenschaftssprache (neben anderen Sprachen) nicht zu erwarten, dass hier Gegenstrategien entwickelt und umgesetzt werden, die diese Trends stoppen und umkehren? Und als zweite Frage in diesem Block: Wäre es der VW-Stiftung nicht möglich gewesen, der Entwicklung von aussichtsreichen Gegenstrategien eine weitere Förderkomponente zu widmen?

TB: Die von Ihnen wiedergegebene Analyse des Phänomens des „Rückgangs“ des Deutschen als Wissenschaftssprache

halte ich für durchaus zutreffend. Sicher hat dieser Rückgang viel mit dem Bild zu tun, das die Deutschen mit dem Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg von sich in der Welt hinterlassen haben. Zum Teil ist die Abwertung des Deutschen in der Welt damit sicher auch selbst verschuldet. Umso mehr stellt sich die Frage, ob „Gegenstrategien“, so wie Sie sie sich vorstellen, hier angebracht sind. Warum abermals diese Kriegsmetaphorik? Gibt es gerade vor diesem Hintergrund nicht leisere, angemessenere Wege, auf sich aufmerksam zu machen und für die eigene Sprache und Kultur und natürlich die eigene Wissenschaft zu werben als mit groß angelegten „Gegenstrategien“? Eine Förderinitiative zur Stärkung des Deutschen als Wissenschaftssprache gehört meines Erachtens wohl wie keine andere in die Hände eines impulsgebenden Förderers.

Bei all dem darf man auch nicht vergessen, dass die Internationalisierung der Wissenschaft auch Vorteile mit sich gebracht hat. Die Verwendung einer Sprache, die möglichst viele verstehen, erhöht die Verständlichkeit – zumindest quantitativ. Die Idee einer weltweit verständlichen Wissenschaft über die Grenzen der Länder und Köpfe hinweg hat von daher etwas Bestechendes, für das es sich einzusetzen lohnt. Nationalisierungstendenzen sind auch Abschottungsprozess. Solche Entwicklungen kann und will die VolkswagenStiftung nicht fördern. Schließlich ist unser Leitgedanke auch nicht die bloße Propagierung des Deutschen, sondern die Idee der wissenschaftlichen Mehrsprachigkeit!

Fo: Na ja, der Begriff „Förderstrategie“ ist mir wohl vertraut. Ich spreche nicht in „Kriegsmetaphorik“; der Strategiebegriff ist längst ganz zivil in die Wirtschaftswissenschaften in vielen Kombinationen eingegangen (Unternehmensstrategie) oder in die Psychologie (Werbestrategie, Lernstrategie) und findet sich in Konkurrenzverhältnissen (z.B. Erfolgsstrategie), mit denen wir es hier vielfach zu tun haben. Immerhin, es gibt Vorgänge in diesem Zusammenhang, die hier nicht ausgebreitet werden können, die aber wenig mit edlem Ideenwettbewerb zu tun haben. Das Instrumentarium ist auch von außen, von Interessenträgern, für eigene Interessen instrumentalisiert worden. Auch ohne alle Verschwörungstheorien und Verdächtigungen des wissenschaftlichen Imperialismus passen die von den USA ausgehenden Strategien und Einzelmaßnahmen erstaunlich gut zusammen und passen auch gut zu der Debatte um brain gain, der dann doch in die Nähe eines wissenschaftlichen Imperialismus gerückt wird. Halten wir uns nicht mit der Erörterung von vermuteter Absicht auf, sondern konzentrieren uns auf die Folgen. Diese Folgen sind nicht im deutschen Interesse, weder kulturell, wissenschaftlich noch wirtschaftlich, also müssten Gegenstrategien entwickelt werden, um den Trend wieder umzukehren. Damit ist nicht gemeint, Deutsch nun seinerseits zur lingua franca der Wissenschaft zu machen (was ohnehin vergeblich wäre). Aber ihr den ihr gebührenden Platz nach Quantität und vor allem Qualität im deutschsprachigen Raum erzielter wissenschaftlicher Ergebnisse zu verschaffen, wäre ein plausibles Ziel.

TB: Mir ist nicht ganz klar, was die Pfründe sind, die Sie hier sichern wollen. Natürlich ist die Qualität deutscher Wissenschaft ganz entscheidend für deren internationale Bedeutung. Das ist aber noch lange kein Grund dafür, dass sie

auch auf Deutsch formuliert sein muss. Die Forderung nach größerer Verstehbarkeit ist durchaus berechtigt. Mathematische Forschungsergebnisse kann man vermutlich ohne nennenswerten Erkenntnisverlust auch auf Englisch publizieren, vorausgesetzt, sie lassen sich in einen zuvor allgemein geklärten Begriffsrahmen einordnen. Einen guten Grund, am Deutschen festzuhalten, gibt es besonders dann, wenn mit der Wissenschaft selbst auch sprachliche und kulturelle Prägungen verbunden sind, die eine Perspektive auf einen wissenschaftlichen Gegenstand erhalten, den man außerhalb der jeweiligen Sprache oder Kultur nicht einnehmen und auch nicht nachvollziehen kann. Vielleicht ist es am Ende gar nicht so viel, was da übrig bleibt, das noch auf Deutsch wissenschaftlich gesagt werden kann oder sollte. Aber es muss möglich sein, diese Perspektivenvielfalt miteinander ins Gespräch zu bringen und füreinander wissenschaftlich fruchtbar zu machen.

Fo: Wir sollten nicht polemisch werden und sagen, dass im Falle von Industriespionage, z.B. dem Knacken und Auspähen von Computersystemen in der Windenergie-Industrie, manche Kreise in den USA sehr wohl die deutsche Wissenschaftssprache geschätzt und genutzt haben. Aber es gibt weniger problematische Anlässe, die die deutsche Wissenschaftssprache für ausländische Wissenschaftler attraktiv machen könnten. Hier denke ich vor allem an das Potential derer, die alle mal in der Schule Deutsch gelernt haben, aber deren Kenntnis mangels Gebrauchs eingeschlafen und eingerostet ist. Dieses große Potential zu wecken, fällt viel leichter, als Wissenschaftler völlig neu für diese Sprache zu gewinnen - obwohl das natürlich nicht vernachlässigt werden sollte, aber bereits zu den expliziten Zielen von DAAD und Goethe-Instituten zählt. Mit etwas Fantasie könnte man sich eine neue Förderkomponente vorstellen, die sich auf diese Gruppe der „ehemaligen“ deutsch sprechenden Wissenschaftler richtet. Neben weltweit verstreut lebenden Adressaten dieser Art kann ich mir Schwerpunkte dafür in Skandinavien, den baltischen Staaten, Mittelost-, Ost- und Südosteuropa vorstellen - überall dort, wo Deutsch als erste oder zweite Fremdsprache stärker verbreitet schon in der Schule gelernt worden war. Es bedarf jetzt eines zweiten Anreizes, da die Schulsprache nicht auf den späteren, jetzt ausgeübten Beruf als Wissenschaftler bezogen worden war.

TB: Mit dem Mittelasien-Kaukasus-Programm engagiert sich die VolkswagenStiftung bereits für Forschungs Kooperationen mit einigen der von Ihnen angesprochenen Länder. Mit dieser Initiative möchte die VolkswagenStiftung zum einen Forschung in Deutschland zu den aktuellen Entwicklungen in diesem Raum anregen, zum anderen Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre mit Wissenschaftlern vor Ort eröffnen. Die Zielregion umfasst die nach dem Zerfall der Sowjetunion unab-

hängig gewordenen Staaten Mittelasiens und Kaukasiens sowie einige unmittelbar angrenzende Teile der Russländischen Föderation und Afghanistan. Das Förderangebot „Deutsch plus“ muss also auch hier eingebettet in das gesamte Förderhandeln der Stiftung betrachtet werden.

Fo: Ich frage Sie das gleiche, was ich die Präsidentin der HRK, Prof. Margret Wintermantel, auch gefragt habe. Könnte es aus Sicht der VW-Stiftung nicht sprach- und wissenschaftspolitisch sinnvoll sein, in Gebieten, in denen Deutschland tatsächlich Spitzenforschung aufzuweisen hat, einzelne deutschsprachige Fachzeitschriften und die Aufnahme von Beiträgen in ihre Hefte (oder online-Ausgaben) prestigeträchtig so zu unterstützen, dass es im Ausland immer wissenschaftlich ergiebiger, d.h. attraktiver wird, auf solche Publikationen zuzugreifen? Dies könnte durch eigene englischsprachige Kurzartikel über diese Spitzenforschung in den bisher führenden US-amerikanischen Zeitschriften mit Verweis auf die ausführlichen Berichte in der deutschen Zeitschrift geradezu angereizt werden. So oder in Varianten könnten Etappenziele einer aktiven Sprachenpolitik mit strategischer Komponente aussehen. Die deutschen Fachgemeinschaften haben offensichtlich nicht den Organisationsgrad und agieren dem Anschein nach obendrein mit einer gewissen Wissenschaftsnaivität oder Politikabstinenz, was diese Fragen angeht. Man muss sich nur die Politik der anderen Seite einschließlich der spezifischen Organisation der Impactpunkte ansehen, um zu begreifen, dass dort wenig dem Zufall überlassen wurde ...

TB: An dieser Idee gefällt mir der Doppelansatz, sich einerseits auf dem internationalen wissenschaftlichen Umschlagplatz der englischsprachigen Top-Journals Gehör zu verschaffen und dann andererseits auf fundiertere und gründlichere Forschung in der eigenen Sprache zu verweisen. Ein solches Vorgehen ist meines Erachtens geeignet, das Gleichgewicht zwischen Verständlichkeit, Geltung und Beachtung herzustellen. Ein kurzer, in einer allgemein verständlichen Sprache abgefasster Artikel kann nur in einem bestimmten Begriffsrahmen Wirkung entfalten. Damit büßt er natürlich immer auch an Substanz ein, die man in einem größeren, in der eigenen Sprache verfassten Werk sicher besser zur Geltung bringen kann. Aber in dem Wechselspiel zwischen diesen beiden Ebenen liegt ein Schlüssel zum Verstehen, auf den es uns ja immer ankommt, wenn wir über Sprache sprechen. Im Kontext einzelner Förderinitiativen haben wir bereits Überlegungen in diese Richtung angestellt.

Fo: Herr Brunotte, wir danken Ihnen für diese Einschätzungen.

Die Fragen für „Forschung“ stellte Wolff-Dietrich Webler.

Gespräch mit Prof. Dr. Ralph Mocikat, Vorsitzender des Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache (ADAWIS)



Fo: Herr Mocikat, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen ausgerechnet aus den Naturwissenschaften haben Sie 2007 den Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache (ADAWIS) e.V. gegründet. Was waren die tieferen Ursachen, die Sie zum Handeln brachten? Was war obendrein der aktuelle Auslöser, falls es einen gab?

Ralph Mocikat (RM): Bisher besteht der ADAWIS hauptsächlich aus Natur- und Technikwissenschaftlern, Ärzten, Juristen und Sprachwissenschaftlern. Dass die Initiative ausgerechnet von Kollegen aus den Naturwissenschaften ausging, ist kein Zufall. Denn hier ist die Verdrängung der Landessprache besonders weit fortgeschritten. Zum Beispiel finden ja selbst nationale Tagungen mit ausschließlich deutschsprachigen Teilnehmern auf Englisch statt. Was uns zum Handeln zwang, war die Einsicht, dass Sprache auch in den Naturwissenschaften nicht ein bloßes Mittel zur Informationsweitergabe ist, sondern insbesondere ein heuristisches Werkzeug. Für wissenschaftliche Abstraktion benötigt man mehr als nur das englische Einheitsidiom. Wissenschaft muss mehrsprachig bleiben, und daher dürfen wir auch nicht zulassen, dass das Deutsche seine Wissenschaftstauglichkeit verliert.

Fo: In den Naturwissenschaften wird ja teilweise nur noch in englisch-, um genau zu sein, amerikanisch-sprachigen Zeitschriften publiziert. Das System läuft doch gut organisiert und „wie geschmiert“. Was stört Sie daran?

RM: Natürlich ist es zwingend erforderlich, dass Wissenschaftler ihre Ergebnisse in internationalen, englischsprachigen Journalen mitteilen. Was uns stört, das ist der Ausschließlichkeitsanspruch, der dabei erhoben wird. Gerade in Disziplinen mit Anwendungsbezug, also etwa in der Medizin oder in Bereichen, in denen inter- und transdisziplinäre Ansätze verfolgt werden, muss es möglich sein, auch in der Landessprache zu publizieren - natürlich mit englischer Zusammenfassung. Was uns weiterhin stört, ist die derzeitige Evaluationspraxis, die sich blind den von einer amerikanischen Firma definierten Zitatendizes unterwirft. Dies hat nämlich gewaltige Verzerrungen hinsichtlich der Publikationsformen und des Publikationsverhaltens zur Folge.

Fo: Ihre Überlegungen und mittelfristigen Ziele haben Sie mit Kollegen schon 2005 in 7 Forderungen zusammenge-

fasst und publiziert. Lassen Sie mal einen Blick in die Werkstatt zu: Gab es mehr Forderungen, die aber dann nicht konsensfähig waren? Worüber haben Sie noch debattiert?

RM: Bezüglich der „Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft“ war von Anfang an Konsens hergestellt. Es gab keine weiteren Forderungen, die darüber hinausgegangen wären.

Fo: Haben Sie mal erwogen, sich mit der österreichischen und schweizerischen Wissenschaft und Politik kurz zu schließen, um sich auszutauschen und evtl. Maßnahmen zu koordinieren? Die Interessen sind sehr vergleichbar.

RM: Das ist in der Tat unser Anliegen. Derzeit bestehen bereits Kontakte mit österreichischen Kollegen. Darüber hinaus sind auch andere Sprachgemeinschaften in einer ähnlichen Situation. So sind unsere Aktivitäten z.B. in Italien und in den Niederlanden auf großes Interesse gestoßen.

Fo: Sind Sie mit dem Engagement der staatlichen Politik und der Wissenschaftsorganisationen zufrieden? Was halten Sie von dem, was seit 2005 stattgefunden hat, für förderlich, was vermissen Sie bisher?

RM: Es gibt Anzeichen dafür, dass eine Sensibilisierung für das Problem stattfindet. Es erscheinen immer mehr Publikationen, es finden immer mehr Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen statt, die sich mit dem Thema beschäftigen. Man muss zunächst einmal das Problembewusstsein bei den Kollegen sowie in der Öffentlichkeit wecken, und ich glaube, dass hier ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Auch von der Politik und – vereinzelt – von den Wissenschaftsorganisationen hört man bisweilen Töne, die optimistisch stimmen. Bei den Fachgesellschaften hat sich hingegen m.E. bisher nichts bewegt.

Fo: Wie beurteilen Sie die Anhörung, die der Unterausschuss „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages Anfang 2009 zum Themenkomplex „Deutsch als Wissenschaftssprache“ durchgeführt hat? Sie haben an der Anhörung ja teilgenommen.

RM: Mein Eindruck war, dass die Abgeordneten sehr betroffen waren, als sie von den geladenen Experten hörten,

wie die Realität in unserem Wissenschaftsbetrieb inzwischen aussieht, dass z.B. laut Untersuchungen Gastwissenschaftler, die mit guten Deutschkenntnissen hierher kommen, nach dreijähriger Tätigkeit in Deutschland ihr Deutsch verlernt haben. Was mögliche Maßnahmen des Gesetzgebers betrifft, sollte man jedoch zurückhaltend sein.

Fo: Und was ist Ihrer Meinung nach dabei herausgekommen? Hat Deutschland seitdem eine neue Sprachenpolitik eingeschlagen? Wenn ja, woran ist das ablesbar?

RM: Eine neue Sprachenpolitik kann ich nicht erkennen, jedoch scheint derzeit ein Bewusstsein für die Bedeutung der Sprache überhaupt erst einmal zu entstehen. Das kann man etwa an den jüngst von Politikern erhobenen Forderungen ablesen, Kultur und Sprache Verfassungsrang einzuräumen.

Fo: Könnten Sie sich aus Ihrer Perspektive vorstellen, dass staatliche Wissenschaftspolitik in Gebieten, in denen Deutschland tatsächlich Spitzenforschung aufzuweisen hat, einzelne deutschsprachige Fachzeitschriften und die Aufnahme von Beiträgen in ihre Hefte (oder online-Ausgaben) prestigeträchtig so unterstützt, dass es im Ausland immer wissenschaftlich ergiebiger, d.h. attraktiver wird, auf solche Publikationen zuzugreifen? Dies könnte durch eigene englischsprachige Kurztitel über diese Spitzenforschung in den bisher führenden US-amerikanischen Zeitschriften mit Verweis auf die ausführlichen Berichte in der deutschen Zeitschrift geradezu angereizt werden. So oder in Varianten könnten Etappenziele einer aktiven Sprachenpolitik mit strategischer Komponente aussehen. Die deutschen Fachgemeinschaften haben offensichtlich nicht den Organisationsgrad und agieren dem Anschein nach obendrein mit einer gewissen Wissenschaftsnaivität, was diese Fragen angeht. Man muss sich nur die Politik der anderen Seite einschließlich der spezifischen Organisation der Impactpunkte ansehen, um zu begreifen, dass dort wenig dem Zufall überlassen wurde ...

RM: Das wäre vielleicht eine ideale Perspektive, die derzeit jedoch wenig realistisch erscheint. Grundsätzlich sollte staatliche Wissenschaftspolitik nicht in die Publikationstätigkeit der Wissenschaft eingreifen. Hier wären eher die Fachgesellschaften in der Pflicht. Außerdem kann ich mir nicht vorstellen, dass wir die amerikanischen Publikationsorgane dazu bewegen können, solch verweisende Kurztitel aufzunehmen. Was derzeit viel wichtiger wäre, das ist das Bemühen, den Rückbau der deutschen Wissenschaftssprache bei uns im Inland aufzuhalten. Auf diesem Feld wäre nun in der Tat auch die Politik gefordert. So sollten Tagungen im Inland, die von Bundes- oder Landeseinrichtungen ausgerichtet werden, auch in deutscher Sprache stattfinden, falls nötig, mit Simultanübersetzung. Förderinstitutionen sollten nicht darauf bestehen, dass Förderanträge grundsätzlich auf Englisch eingereicht werden. Gastwissenschaftler und -studenten sind – auch mithilfe kultureller Anreize – zu ermuntern, die Sprachlernprogramme, die ja in großer Zahl zur Verfügung stehen, in Anspruch zu nehmen. Es darf nicht sein, dass Gastwissenschaftler, die 10 Jahre oder sogar dauerhaft hier arbeiten, nicht die Landessprache erlernen und damit kulturell ausgegrenzt werden. Und

schließlich muss die universitäre Lehre auf Deutsch stattfinden, von Ausnahmen natürlich abgesehen.

Fo: ADAWIS hat in Deutschland seit längerem gefordert, dass Europa ein mehrsprachiges System der Zitationsindizes aufbaut, das europäische, also auch deutschsprachige Zeitschriften und andere Publikationskontexte sowie Lehrbücher mit erfasst. Welche Möglichkeiten hat ihre Organisation – über Aufrufe hinaus – um eine solche Entwicklung zu befördern?

RM: Wir stehen hier am Anfang. Es gibt zahlreiche Hinweise, dass die derzeit verwendeten Zitationenindizes zumindest mitverantwortlich sind für die Einengung auf die Publikationssprache Englisch. Daher wollen wir zunächst einmal empirische Untersuchungen anstoßen, um diesen Zusammenhang zu beweisen. In einem weiteren Schritt müssen die EU-Institutionen für dieses Vorhaben gewonnen werden. Daneben gibt es ja auch schon andere Initiativen, die das Ziel verfolgen, sich von der amerikanischen Zitatdatenbank unabhängig zu machen.

Fo: Bis es dazu kommt, wird es noch einige Zeit dauern. Können Sie sich auch eine vereinfachte Lösung vorstellen, wie im nachfolgenden Beispiel – obwohl Sie Naturwissenschaftler mit anderen Publikationsregeln in Ihrem Fach sind? In Norwegen gibt es z.B. eine Liste durch ein Wissenschaftsgremium akkreditierter nationaler und internationaler wissenschaftlicher Zeitschriften in unterschiedlichen Sprachen mit zwei Güteklassen (gutachterlich geprüfte/nur redaktionell geprüfte Beiträge). Für jede Publikation in gelisteten Zeitschriften erhalten die Autoren Punkte, die gehaltsrelevant sind. Es handelt sich nicht um ein Impact-System mit allen seinen Unzulänglichkeiten, nicht um ein ausschließliches Streben in englischsprachige, sondern auch in anders-, z.B. deutschsprachige Publikationen, statt dessen um die bloße Tatsache externer, kollegialer, gutachterlicher, dabei auch internationaler Akzeptanz von Artikeln in den Zeitschriften, die zu Bonuspunkten führt. Diese Punkte werden auch in Berufungsverfahren dokumentiert. Wäre das nicht ein einfacher, gangbarer Weg, der aus vielen Verwerfungen herausführen würde? Auch hier müssten sich die Fachgemeinschaften zu kollegialer Aktion aufraffen. Könnte die HRK, könnte die Deutsche Akademie – mit entsprechenden Projektmitteln ausgerüstet – hier die Koordination übernehmen?

RM: Möglicherweise wäre das norwegische System ein Fortschritt. Wenn jedoch auch hier eine Liste von Zeitschriften zugrunde gelegt wird, sehe ich auch hier die Gefahr der Willkür heraufziehen, wie sie die derzeit geübte Praxis auszeichnet. Grundsätzlich sollten nämlich nicht nur Originalarbeiten in die Bewertungen einfließen, sondern auch andere Erfolgsparameter berücksichtigt werden, wie z.B. Monographien, Buchbeiträge, Kasuistiken, Kongressbeiträge, Lehrtätigkeit oder Öffentlichkeitsarbeit. Besonders gefährlich ist es, wenn Mittelzuweisungen von Bonuspunkten abhängig gemacht werden. Gerade dies führt zu Verwerfungen, bis hin zu den in letzter Zeit bekannt gewordenen Fälschungsskandalen.

Fo: Sie haben nun die ersten drei Jahre Arbeit hinter sich. Dabei haben Sie mit Initiativen und Stellungnahmen erstaunliche Aufmerksamkeitswerte in der Öffentlichkeit erreicht. Wie sieht eine erste Zwischenbilanz nach drei Jahren aus? Sind Sie zufrieden? Haben sich Ihre 7 Forderungen von 2005 erledigt?

RM: Wir haben niemals angenommen, dass sich die Sieben Thesen innerhalb von drei Jahren erledigen würden. Wir sind jedoch sehr zufrieden darüber, dass wir fast ausschließlich positive Reaktionen vernahmen und vielleicht dazu beitragen konnten, eine neue Nachdenklichkeit zu erzeugen. Damit sind wir deshalb zufrieden, weil dies eine Voraussetzung ist, ohne die weitere Schritte gar nicht möglich wären.

Fo: Wenn sich Ihre Forderungen nicht erledigt haben - wo sehen Sie die Widerstände?

RM: Widerstände kommen z.B. von Hochschulleitungen und Dozenten, die ihre Lehrveranstaltungen komplett auf Englisch umstellen wollen oder Abschlussarbeiten auf Englisch verlangen. Widerstände kommen auch von einzelnen Wissenschaftsorganisationen und, wie oben bereits gesagt, von Fachgesellschaften. Das Problem liegt darin, dass der

Hang zum Englischen vielerorts zu einer Ideologie geworden ist: Wenn etwas exzellent ist, dann könne es schlechtdings nur auf Englisch in Erscheinung treten.

Fo: Wie sehen Ihre weiteren Pläne aus? Was muss Ihrer Meinung nach als nächstes und dringendstes geschehen?

RM: Eines der Ziele ist es, die Studentenschaft zu sensibilisieren. Wir wissen, dass die Umstellung von Lehrveranstaltungen auf die englische Sprache zu Qualitätsverlusten führt, dass viele Studenten damit nicht einverstanden sind, dass sie sich aber bisher nicht äußerten. Zurzeit beginnen die Studenten zu erkennen, welche desaströsen Folgen die so genannte Bologna-Reform mit sich bringt. Ich glaube, dass sie auch noch erkennen werden, dass ein tieferer innerer Zusammenhang zwischen der mutwilligen Zerstörung jahrhundertlang gewachsener, bewährter und weltweit anerkannter Strukturen und der Abschaffung der deutschen Wissenschaftssprache besteht.

Fo: Herr Mocikat, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

Die Fragen für „Forschung“ stellte Wolff-Dietrich Webler.

René Krempkow

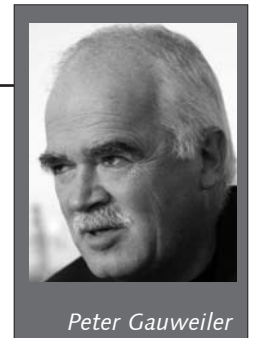
Leistungsbewertung, Leistungsanreize und die Qualität der Hochschullehre Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz



ISBN 3-937026-52-5, Bielefeld 2007,
297 Seiten, 39.00 Euro

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte sind vergangen, seit das Thema Bewertung der Hochschulleistungen und dabei vor allem der „Qualität der Lehre“ in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht wurde. Inzwischen wird eine stärker leistungsorientierte Finanzierung von Hochschulen und Fachbereichen auch im Bereich der Lehre immer stärker forciert. Bislang nur selten systematisch untersucht wurde aber, welche (auch nicht intendierten) Effekte Kopplungsmechanismen zwischen Leistungsbewertungen und Leistungsanreizen wie die Vergabe finanzieller Mittel für die Qualität der Lehre haben können. Für die (Mit-)Gestaltung sich abzeichnender Veränderungsprozesse dürfte es von großem Interesse sein, die zugrundeliegenden Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz auch empirisch genauer zu untersuchen. Nach der von KMK-Präsident Zöllner angeregten Exzellenzinitiative Lehre und der vom Wissenschaftsrat angeregten Lehrprofessur sowie angesichts des in den kommenden Jahren zu erwartenden Erstsemesteransturms könnte das Thema sogar unerwartet politisch aktuell werden. Im Einzelnen werden in dieser Untersuchung die stark auf quantitative Indikatoren (v.a. Hochschulstatistiken) bezogenen Konzepte zur Leistungsbewertung und zentrale Konzepte zur Qualitätsentwicklung bezüglich ihrer Stärken und Schwächen sowie Weiterentwicklungsmöglichkeiten diskutiert. Bei der Diskussion von Leistungsanreizen wird sich über den Hochschulbereich hinaus mit konkreten Erfahrungen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auseinandergesetzt – auch aus arbeitswissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Sicht. Bei der Diskussion und Entwicklung von Kriterien und Indikatoren zur Erfassung von Qualität kann auf langjährige Erfahrungen und neuere Anwendungsbeispiele aus Projekten zur Hochschulberichterstattung mittels Hochschulstatistiken sowie Befragungen von Studierenden und Absolventen sowie Professoren und Mitarbeitern zurückgegriffen werden. Abschließend werden Möglichkeiten zur Einbeziehung von Qualitätskriterien in Leistungsbewertungen und zur Erhöhung der Akzeptanz skizziert, die zumindest einige der zu erwartenden nicht intendierten Effekte und Fehlreizwirkungen vermeiden und damit zur Qualität der Lehre beitragen könnten.

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22



Peter Gauweiler

Gespräch mit Dr. Peter Gauweiler (MdB), bisheriger und neuer Vorsitzenden des Unterausschusses „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages

Fo: Herr Dr. Gauweiler, der von Ihnen auch in der vorigen Legislaturperiode geleitete Unterausschuss (UA) „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages hat sich in der 2. Hälfte 2008 entschlossen, Anfang 2009 eine Anhörung zum Themenkomplex „Deutsch als Wissenschaftssprache“ durchzuführen. Die Debatte um dieses Thema gibt es schon lange, gewann aber mit der Gründung der Initiative ADAWIS und deren vielleicht überraschenden Erfolg sowie den einschlägigen Tagungen der AvH, des Goethe-Instituts und des DAAD eine neue öffentliche Qualität. Was waren die Ziele des Ausschusses, die er mit dieser Anhörung verfolgte?

Peter Gauweiler (PG): Die Anhörung im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verfolgte das Ziel, eine Bestandsaufnahme der deutschen Sprache im wissenschaftlichen Leben zu erhalten und darüber hinaus mögliche Strategien und Initiativen auszuloten, um die deutsche Sprache als Wissenschaftssprache im In- und Ausland noch effektiver und nachhaltiger zu fördern und zu etablieren.

Fo: Für den Wert jeder nationalen Wissenschaftssprache liegen eine Reihe überzeugender Analysen und Argumentationen vor. Anfangs gab es ja nicht wenige, die die eigene Wissenschaftssprache zugunsten des Englischen aufgeben wollten und die universalen Verständigungsmöglichkeiten über Ergebnisse in den Vordergrund stellten, statt sich über die Folgen schon für die Erkenntnisprozesse Gedanken zu machen. Wie würden Sie Verlauf und Ergebnis der Anhörung einordnen?

PG: Ich denke, es wurden sehr wichtige und richtige Einschätzungen zu dem Thema von hochrangigen Experten aus der Wissenschaft und von den wichtigen Aushängeschildern der deutschen Sprache im Ausland und in Deutschland selbst, dargelegt. Dennoch besteht weiterhin der dringende Bedarf, diese sehr konstruktiven Gespräche auch in die politische Realität zu überführen und damit Deutsch im internationalen Konzert der wissenschaftlichen Sprachen besser zu positionieren.

Fo: Welche inhaltlichen Schlüsse hat der UA aus dieser Anhörung gezogen? Wie sieht seine Beurteilung der Lage aus?

PG: Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass Deutsch als Wissenschaftssprache immer weiter ins

Hintertreffen geraten ist, obwohl deutlich ist, dass in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen durchaus Unterschiede in der Verbreitung und Verwendung der deutschen Sprache zu konstatieren sind. In den Geistes- oder Sozialwissenschaften wird beispielsweise erheblich mehr in deutscher Sprache auf Tagungen diskutiert und auf fachlicher Ebene publiziert, als in den naturwissenschaftlichen Fächern. Grundsätzlich sollten deutsche Forscher in Zukunft im wissenschaftlichen Diskurs in der internationalen Arena vermehrt in ihrer Muttersprache gehört werden.

Fo: Welche politischen Maßnahmen hat der UA daraus abgeleitet? Hat Deutschland seitdem eine neue Sprachenpolitik eingeschlagen? Wenn ja, woran ist das ablesbar?

PG: Die beste Steilvorlage für eine Aufwertung der deutschen Sprache ist, dass im universitären Alltag, in den Veröffentlichungen und bei Tagungen, die in Deutschland stattfinden, der angelsächsische Sprachschleier gelüftet und wieder richtiges und gutes Deutsch gesprochen wird. Außerdem halte ich es für sehr wünschenswert, dass diejenigen, die Deutsch als Kultur- und Wissenschaftssprache begreifen, überhaupt wieder die Möglichkeit erhalten, dies zu tun. In den mittel- und osteuropäischen Staaten, in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion wurde nach der Wende gut und häufig Deutsch gesprochen. Diese Kenntnisse gehen zurück; wir müssen diesen Rückgang aufhalten und dafür sorgen, daß gerade für junge Menschen die Möglichkeit bestehen bleibt, die deutsche Sprache zu erlernen.

Fo: Der UA hat dann einen Antrag an den Deutschen Bundestag formuliert, auf den sich alle Ausschuss-Mitglieder einigen konnten? Welche Ziele und Schwerpunkte hatte der Entwurf?

PG: In dem Antrag haben wir uns unter anderem dafür ausgesprochen,

- uns bei den Ländern dafür einzusetzen, dass an Hochschulen neben fremdsprachigen Zugangsmöglichkeiten für nicht-muttersprachliche Studierende grundsätzlich an einer akademische Lehre in deutscher Sprache fest zu halten ist,
- das Gutachterverfahren zur Exzellenz-Initiative der deutschen Universitäten in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern auf Deutsch durchzuführen, in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern eine deut-

- sche Übersetzung bereit zu stellen, sollten die Deutschkenntnisse der Gutachter für eine differenzierte Beurteilung nicht ausreichen,
- zweisprachige Gutachterverfahren einzuführen, so dass jeder in der eigenen Sprache sprechen und die anderen verstehen kann,
- Einfluss auf die Antragspraxis offizieller deutscher Wissenschaftsinstitutionen zu nehmen: Förderanträge deutscher Wissenschaftler sollten auch in deutscher Sprache angenommen werden. Bei nicht-deutschsprachige „Peer-Groups“ müssen die Institute Übersetzungen bereitstellen,
- die deutsche Sprache als gleichberechtigtes Angebot neben dem Englischen und anderen Sprachen bei Studien- und Forschungsaufhalten in Deutschland aufrecht zu erhalten,
- die Verständigung auf einen Verhaltenskodex für den Umgang mit dem Deutschen in deutschen Wissenschaftsinstitutionen durch die Akademien, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Hochschulrektorenkonferenz u.a. anzuregen,
- für aus- wie inländische Studierende und Dozenten sprachliche Förderung in Deutsch, Englisch sowie anderen Sprachen anzubieten und die deutschen Gastgeberinstitute ausländischer Stipendiaten bei der Deutschvermittlung zu unterstützen,
- die Forschung zur Stellung des Deutschen im internationalen Wissenschaftsraum sowie zur Kommunikation der Universitätsinstitute in Deutschland zu fördern,
- eine regelmäßige Erfassung des Anteils der Lehrveranstaltungen an deutschen Hochschulen und Universitäten vorzunehmen, die nicht in der deutschen Sprache abgehalten werden, sowie auch deren Teilnehmer nach Herkunftsländern aufzuführen,
- Anreize für deutsche Wissenschaftler zu schaffen, wissenschaftliche Publikationen in der deutschen Sprache abzufassen,
- die Übersetzung wissenschaftlicher Publikationen in die deutsche Sprache stärker zu fördern,
- die professionelle Übersetzung auf Deutsch verfasster Publikationen in sprachbasierten Wissenschaften ins Englische zu fördern,
- bei internationalen wissenschaftlichen Tagungen unter Mitwirkung öffentlicher deutscher Institutionen Mehrsprachigkeit zugunsten des Deutschen z.B. durch Simultanübersetzungen zu fördern,
- Publikations- und Forschungshilfen insbesondere für geisteswissenschaftliche Fächer zu fördern, z.B. durch Dolmetscherhilfen auf internationalen Konferenzen,
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die politischen Folgen sprachlicher Praktiken zu sensibilisieren und die Einrichtung von Terminologieausschüssen insbesondere bei naturwissenschaftlichen Fachrichtungen zu unterstützen, um die Fachsprache Deutsch funktionsfähig zu erhalten, wie es beispielweise bei den deutschen Chemikern geschieht,
- die deutschen Mittlerorganisatoren darin zu stärken, Wissenschaftler und Studierende im Ausland beim Zugang zur deutschen Sprache zu fördern,
- deutsche Wissenschaftspräsenz im Ausland durch die Verbindung zur deutschen Sprache als Leistung aus Deutschland im internationalem Rahmen sichtbar zu machen,

- die Deutschabteilungen an Universitäten im Ausland zu fördern und bestehende Einrichtungen vor der Schließung zu bewahren,
- Stiftungsprofessuren zur gezielten Vermittlung und Förderung unserer Sprache an Universitäten im Ausland einzurichten,
- die Einrichtung einer mehrsprachigen Publikationsdatenbank (Zitatenindex) auf europäischer Ebene voranzutreiben,
- sprachpolitisch mit anderen deutschsprachigen Ländern bzw. Regionen zusammenzuarbeiten. Österreich, teilweise die mehrsprachige Schweiz, auch Lichtenstein, Ostbelgien und Südtirol und bis zu einem gewissen Grad sogar Luxemburg haben das gleiche sprachliche Interesse am Erhalt und der Verbreitung der eigenen Sprache wie Deutschland.

Fo: Welche Einwände kamen dann aus dem BMBF?

PG: Die Einwände aus dem BMBF waren – wie wir heute wissen – nicht mit der damaligen (und heutigen) Ministerin abgestimmt. Ich bin sicher, dass wir in der Sache selbst in dieser Legislaturperiode einen einvernehmlichen Antrag im Bundestag verabschieden werden.

Fo: Welche Einwände gibt es von anderer Seite? Der Wille, hier zu praktischen Ergebnissen zu kommen, versandet immer wieder in akademischen Erörterungen. Haben Sie dafür eine Erklärung?

PG: Viele Wissenschaftler ducken sich vor der Dominanz der englischen Sprache weg und publizieren deshalb nicht in ihrer Muttersprache, weil sie damit ihren internationalen Status belegen wollen. Das ist ja auch nicht nur falsch. Aber es ist unwissenschaftlich, wenn es zu Lasten der Verständlichkeit geht und die Inhalte in einer Nicht-Muttersprache nicht mehr exakt und ohne Einschränkungen auf den Punkt gebracht werden, weitergegeben, wahrgenommen und verstanden werden können.

Fo: Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht den politischen Handlungsbedarf in diesem Themenfeld?

PG: Ich sehe einen dringenden Handlungsbedarf. Im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wird es in dieser Legislaturperiode eine Initiative in diesem Themenbereich geben. Das Thema ist ein wichtiger Baustein zur Förderung der Deutschen Sprache.

Fo: Nach diesem Verlauf - spätes Aufgreifen des Themas durch die Politik, Blockierung weiterer Schritte - könnte der Politik Untätigkeit in einem zentralen Thema der Wissenschaftspolitik vorgehalten werden. Anscheinend war schon die Anhörung im Unterausschuss „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages als Fortschritt einzuordnen. Wie sehen Sie das selbst?

PG: Die Politik hatte in Deutschland ja über viele Jahre insgesamt eine reflexartige Lähmung, wenn es um das Thema „deutsche Sprache“ ging. Die Initiative im Parlament zur „Deutsch als dritte Arbeitssprache auf europäischer Ebene“ und zuletzt die Anhörung zu Deutsch als Wissenschafts-

sprache waren sicherlich große Fortschritte. Über die Ziele ist man sich im Wesentlichen einig, nicht nur im Unterausschuss, sondern auch im Bundestag.

Fo: Haben Sie mal erwogen, sich mit der österreichischen und schweizerischen Wissenschaft und Politik kurz zu schließen, um sich auszutauschen und evtl. Maßnahmen zu koordinieren? Schließlich handelt es sich auch um ein Problem der deutschen Sprache, und die Interessen scheinen parallel zu liegen. Solche Probleme sind ja in der Vergangenheit in länderübergreifenden Gremien erörtert sowie das weitere Handeln inhaltlich abgestimmt worden.

PG: Die Kooperation mit allen Ländern in denen (auch) deutsch gesprochen wird ist von hoher Bedeutung und muss unbedingt forciert werden. Wir haben identische sprachliche Interessen.

Fo: Wir sollten nicht polemisch werden und sagen, dass im Falle von Industriespionage, z.B. dem Knacken und Auspähen von Computersystemen in der Windenergie-Industrie, manche Kreise in den USA sehr wohl die deutsche Wissenschaftssprache geschätzt und genutzt haben. Aber es gibt weniger problematische Anlässe, die die deutsche Wissenschaftssprache für ausländische Wissenschaftler attraktiv machen könnten. Hier denke ich vor allem an das Potential derer, die alle mal in der Schule Deutsch gelernt haben, aber deren Kenntnis mangels Gebrauch eingeschlafen und eingerostet ist. Dieses große Potential zu wecken, fällt viel leichter, als Wissenschaftler völlig neu für diese Sprache zu gewinnen - obwohl das natürlich nicht vernachlässigt werden sollte, aber bereits zu den expliziten Zielen von DAAD und Goethe-Instituten zählt. Mit etwas Fantasie könnte man sich eine neue Initiative vorstellen, die sich auf diese Gruppe der „ehemaligen“ deutsch sprechenden Wissenschaftler richtet. Neben weltweit verstreut lebenden Adressaten dieser Art kann ich mir Schwerpunkte dafür in Skandinavien, den baltischen Staaten, Mittelost-, Ost- und Südosteuropa vorstellen - überall dort, wo Deutsch als erste oder zweite Fremdsprache stärker verbreitet schon in der Schule gelernt worden war. Es bedarf jetzt eines zweiten Anreizes, da die Schulsprache nicht auf den späteren, jetzt ausgeübten Beruf als Wissenschaftler bezogen worden war. Hier wären auch die 17 Mio. Menschen einzubeziehen, die z.Z. Deutsch lernen. Sehen Sie da Handlungsmöglichkeiten der Politik, und als wie dringlich wird das von Ihnen eingestuft?

PG: Durch eine Initiative zur Stärkung deutscher Schulen im Ausland und durch die Partnerschulinitiative haben wir in der letzten Wahlperiode bereits die Grundlage für Verbesserungen im Bereich des Spracherwerbs gelegt. Die Einbeziehung oder Anziehung von ausländischen Studierenden, die bereits Kenntnisse in Deutsch erworben haben, kann nur gelingen, wenn die deutschen Universitäten den Nährboden bereiten, die deutsche Sprache noch intensiver kennenzulernen und damit Deutschland und seine Kultur besser zu verstehen. Darunter fallen auch die rund zwei Millionen Menschen, die derzeit an verschiedenen Hochschulen Deutsch als Fremdsprache erlernen. Außerdem sollten die Angebote Deutsch im Ausland zu lernen noch weiter gefördert und ausgebaut werden.

Fo: Die folgende Frage habe ich auch der Präsidentin der HRK, Prof. Margret Wintermantel gestellt: Könnte es aus Sicht staatlicher Wissenschaftspolitik nicht sprach- und wissenschaftspolitisch sinnvoll sein, in Gebieten, in denen Deutschland tatsächlich Spitzenforschung aufzuweisen hat, einzelne deutschsprachige Fachzeitschriften und die Aufnahme von Beiträgen in ihre Hefte (oder online-Ausgaben) prestigeträchtig so zu unterstützen, dass es im Ausland immer wissenschaftlich ergiebiger, d.h. attraktiver wird, auf solche Publikationen zuzugreifen? Dies könnte durch eigene englischsprachige Kurzartikel über diese Spitzenforschung in den bisher führenden US-amerikanischen Zeitschriften mit Verweis auf die ausführlichen Berichte in der deutschen Zeitschrift geradezu angereizt werden. So oder in Varianten könnten Etappenziele einer aktiven Sprachpolitik mit strategischer Komponente aussehen. Die deutschen Fachgemeinschaften haben offensichtlich nicht den Organisationsgrad und agieren dem Anschein nach obendrein mit einer gewissen Wissenschaftsnaivität, was diese Fragen angeht. Man muss sich nur die Politik der anderen Seite einschließlich der spezifischen Organisation der Impactpunkte ansehen, um zu begreifen, dass dort wenig dem Zufall überlassen wurde ...

PG: Dies halte ich für eine denkbare Initiative, Deutsch als Wissenschaftssprache stärker in der universitären und der wissenschaftlichen Diskussion zu platzieren.

Fo: Diesen Punkt habe ich auch der VW-Stiftung gegenüber angesprochen: Auch ohne alle Verschwörungstheorien und Verdächtigungen des wissenschaftlichen Imperialismus passen die von den USA ausgehenden Strategien und Einzelmaßnahmen erstaunlich gut zusammen und passen auch gut zu der Debatte um brain gain, der dann doch in die Nähe eines wissenschaftlichen Imperialismus gerückt wird. Halten wir uns nicht mit der Erörterung von vermuteter Absicht auf, sondern konzentrieren uns auf die Folgen. Diese Folgen sind nicht im deutschen Interesse, weder kulturell, wissenschaftlich, noch wirtschaftlich, also müssten Gegenstrategien entwickelt werden, um den Trend wieder umzukehren. Damit ist nicht gemeint, Deutsch nun seinerseits zur lingua franca der Wissenschaft zu machen (was ohnehin vergeblich wäre). Aber ihr den ihr gebührenden Platz nach Quantität und vor allem Qualität im deutschsprachigen Raum erzielter wissenschaftlicher Ergebnisse zu verschaffen, wäre ein plausibles Ziel.

PG: Auf jeden Fall. Das Gegenstück zu diesem wissenschaftlichen Imperialismus war die sprachliche Anpassungsbereitschaft und Einebnungsbereitschaft bei uns. Deutsch als Wissenschaftssprache wurde immer weiter zurückgedrängt. Was wir brauchen, ist zumindest eine rezeptive Mehrsprachigkeit unter den Wissenschaftlern, am wichtigsten wird aber der Wille unserer Wissenschaftler sein, wieder der deutschen Sprache größeres Gewicht im internationalen Rahmen zu verleihen.

Fo: Herr Dr. Gauweiler, wir danken Ihnen für diese Stellungnahme.

Die Fragen für „Forschung“ stellte Wolff-Dietrich Webler.

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte HSW, HM, P-OE, ZBS und QiW

Auf unserer Homepage www.universitaetsverlagwebler.de erhalten Sie Einblick in das Editorial und Inhaltsverzeichnis aller bisher erschienenen Ausgaben.

HSW

Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

HSW 6/2009

Curriculumentwicklung/Studienreform

Love Letter to Higher Education

Prüfungsdichte? Überregulierung?
Verschulung? - Eine einzige Misstrau-
enserklärung an die heutige Generati-
on von Studierenden!

HSW-Gespräch

Gespräch mit Dr. Achim Hopbach,
Geschäftsführer des Dt. Akkreditie-
rungsrates

Hochschulforschung

Jana Darnstädt &

Hans Georg Tegethoff

Was bringt das Bachelor-Studium?
Bochumer Absolventen verteilen Lob
und Tadel

Carola Iller & Alexander Wick

Prüfungen als Evaluation der
Kompetenzentwicklung im Studium

Gerhard Reichmann

Erwünschte Inhalte eines betriebswirt-
schaftlichen

Hochschulentwicklung/-politik

Marita Ripke

Technik ohne Machos –
Frauenstudiengang Informatik
und Wirtschaft an der HTW Berlin

Anregungen für die Praxis/
Erfahrungsberichte

Kerstin Alber

Individuelle Lernförderung in Schüler-
Studierenden-Teams – Rechtschreiben
lernen mit der Werkzeugbox
Studiums im Hinblick auf Rechtsfächer
und Fremdsprachen Ergebnisse einer
empirischen Studie

HM

Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung von
Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

HM 4/2009

Hochschulmanagement nach einer
Reform-Dekade: Governance –
Finanz- und Campusmanagement –
Qualitätsentwicklung

Hochschulreformen in Deutschland

Stefan Lange

Die neue Governance der Hochschu-
len: Bilanz nach einer Reform-Dekade

Anregungen für die Praxis/
Erfahrungsberichte

Rainer Ambrosy & Martin Goch

Moderne Finanzkommunikation an
Hochschulen am Beispiel der Univer-
sität Duisburg-Essen

Markus Bick & Kathrin Börgmann

Referenzmodell zur Evaluation von
Informationssystemen für ein
integriertes Campus-Management

Lukas Bischof, Julie Kraft, Jan Vogt &
Marcel Carasco

Community Organizing als Instrument
der Qualitätsentwicklung an
Hochschulen? Eine erste Erfahrung
einer Freiburger Studenteninitiative

P-OE

Personal- und Organisationsentwicklung in Einrichtungen der Lehre und Forschung

Ein Forum für Führungskräfte, Moderatoren, Trainer,
Programm-Organisatoren

POE 3+4/2009

Studienprogramme im Bereich der
Kernaufgaben der Hochschulen
(Forschung, Lehre, Transfer und
Weiterbildung)

Qualitätsmaßstäbe

Wolff-Dietrich Webler

Studienprogramme im Bereich der Kern-
aufgaben der Hochschulen - Auf- und Aus-
bau der Lehrkompetenz - Konzeptionelle
Grundlagen und Vergleichskategorien

120 Std.-Programme u.a.

Franz Waldherr & Claudia Walter
Zertifikatsprogramm Hochschullehre Bay-
ern des DIZ

Daniela Fleuren & Tobias Seidl
Das hochschuldidaktische Angebot des
Hochschulevaluierungsverbundes

200-240 Std.-Programme u.a.

Annette Glathe & Astrid Werner
Das Hochschuldidaktikzentrum der
Universitäten Baden-Württemberg (HDZ)

Johannes Wildt

„Professionelle Lehrkompetenz für die
Hochschule“ Hochschuldidaktisches Wei-
terbildungsprogramm an Universitäten in
NRW

Sabine Marx & Claudia Nounla
WindH – Weiterbildung in der
Hochschullehre in Niedersachsen

Umfangreichere Programme u.a.

Christa Cremer-Renz &
Bettina Jansen-Schulz

Hochschuldidaktisches Zertifikatprogramm
für den Wissenschaftlichen Nachwuchs der
Leuphana Universität Lüneburg

Monika Rummler

Hochschuldidaktisches Weiterbildungsan-
gebot der Technischen Universität Berlin

Marianne Merkt

Hochschuldidaktischer Weiterbildungsstu-
diengang „Master of Higher Education“,
Zentrum für Hochschul- und Weiterbil-
dung, Universität Hamburg

Wolff-Dietrich Webler

Studienprogramme im Bereich der
Kernaufgaben der Hochschulen -
Vergleich der Zertifikatsprogramme

ZBS**Zeitschrift für
Beratung und Studium****Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte**

ZBS 4/2009
 Psychologische Beratung von Studierenden – ein breites Spektrum

Beratungsentwicklung/-politik

Michael Sperth, Frank-Hagen Hofmann & Rainer Matthias Holm-Hadulla
 Integrierte Psychologische und Psychotherapeutische Beratung für Studierende

Frank Haber
 Vielfalt und Inklusion - Das multikulturelle Konzept des Counseling Centers der Jacobs University Bremen

Franz Rudolf Menne & Wilfried Schumann
 Zur Geschichte der psychologischen Beratung an deutschen Hochschulen im 20. Jahrhundert Teil I: Skizzen zur Gründung und Entwicklung in den 1960er und 1970er Jahren

**Anregungen für die Praxis/
Erfahrungsberichte**

Juha Lahti
 Personal Study Plan (PSP) - a Tool to integrate Guidance, Teaching and Learning in Finnish Higher Education

Rezension

Herbert Eberhart/Paolo J. Knill
 „Lösungskunst – Lehrbuch der kunst- und ressourcenorientierten Arbeit“
 (Sandro Vicini)

QiW**Qualität in der Wissenschaft****Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in
Forschung, Studium und Administration**

QiW 3+4/2009
 (Wie) Ist geisteswissenschaftliche Forschung bewertbar?

Gespräch mit Dr. A. Pausits über Hochschulranking

European Reference Index

Gespräch mit Dr. Peter Weingart über den Aufwertungsversuch der ESF für europäische geisteswissenschaftliche Forschung

Forschungsrating Geisteswissenschaften

Werner Plumpe
 Stellungnahme zum Rating des Wissenschaftsrates aus Sicht des Historikerverbandes

Lutz Raphael
 Probleme und Chancen der Forschungsbeurteilung im Fach Geschichte

Alternativen der Bewertung

Gespräch mit Dr. Mathias Pätzold über niedersächsische Erfahrungen mit der Bewertung geisteswissenschaftlicher Forschung

Gespräch mit Dr. Dagmar Simon über Pro's und Con's der Einschätzung (des Ratings) geisteswissenschaftlicher Forschungsleistungen

Gespräch mit Dr. Matthias Winterhager über methodische Möglichkeiten der Erfassung geisteswissenschaftlicher Forschungsleistungen

Wolff-Dietrich Webler
 Resümee: Zum Stand der Bewertung geisteswissenschaftlicher Forschungsleistungen - zwei Konflikte im Vergleich

Qualitätsentwicklung/Qualitätspolitik

Elisabeth Milchrahm
 Hochschul-Informationssysteme zur Lehr- und Prüfungsadministration – Nutzerakzeptanz von Studierenden am Beispiel der Universität Graz

**Anregungen für die Qualitätspraxis/
Erfahrungsberichte**

Gerald Gaberscik & Hans Michael Muhr
 Maßnahmen zur Sicherstellung von Qualität und Studienerfolg beim Übergang von Bachelor- zu nicht unmittelbar konsekutiven Master-Studien

**Für weitere
Informationen**

- zu unserem Zeitschriftenangebot,
 - zum Abonnement einer Zeitschrift,
 - zum Erwerb eines Einzelheftes,
 - zum Erwerb eines anderen Verlagsproduktes,
 - zur Einreichung eines Artikels,
 - zu den Autorenhinweisen
- oder sonstigen Fragen, besuchen Sie unsere Verlags-Homepage:

www.universitaetsverlagwebler.de

oder wenden Sie sich direkt an uns:

E-Mail:
info@universitaetsverlagwebler.de

Telefon:
 0521/ 923 610-12

Fax:
 0521/ 923 610-22

Postanschrift:
 UniversitätsVerlagWebler
 Bündler Straße 1-3
 Hofgebäude
 33613 Bielefeld

Neuerscheinung im UniversitätsVerlagWebler:

Wolff-Dietrich Webler (Hg.):

**Universitäten am Scheideweg ?! - Chancen und Gefahren des gegenwärtigen historischen Wandels in Verfassung, Selbstverständnis und Aufgabenwahrnehmung
Ergebnisse des Hochschulforums Sylt 2008**

**Ist der Weg von der Idee der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden zu Universitäten in differenzierten Leistungsklassen als Produktionsunternehmen für wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse und hoch qualifizierte Arbeitskräfte unumkehrbar?
Gibt es einen dritten Weg?**

Die Entwicklung hat sich schon Jahrzehnte abgezeichnet – jetzt ist der Wandel in vollem Gange (und vermutlich unumkehrbar). Die Universitätsleitungen in Deutschland sehen sich – von ihnen gewollt oder nicht – einer Entwicklung gegenüber, die "ihre" Universität täglich verändert und die – provokant zugespitzt – in die Formel gefasst werden kann:

Von der Idee der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden in grundsätzlich gleichen (gleichrangigen) Universitäten zu einem Produktionsunternehmen in differenzierten Leistungsklassen, das Wirtschaftlichkeitsregeln durchgängig folgt und das vordringlich wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse und Arbeitskräfte erzeugt.

Diese Situation, die die deutsche Universität so nachhaltig verändern wird wie kaum etwas anderes vorher, stand im Zentrum des Hochschulforums Sylt 2008. Dort wurde gefragt:

Gibt es einen dritten Weg?

Die zentrale These lautet: Wenn nicht korrigierend eingegriffen wird, dann wird die Universität als kollegiale Veranstaltung verlassen – mit weitreichenden Folgen für Zusammenhalt, Produktivität, Verantwortungsstrukturen, für Art, Niveau und Profil von Forschung, Lehre und Studium bzw. Art, Niveau und Profil der Absolvent/innen. Bisherige kollegial integrative Meinungsbildungs-, Entscheidungs-, personelle Ergänzungs-(Berufungs-)verfahren werden von betriebsförmigen Strukturen abgelöst. Dieses Neue enthält Chancen und Gefahren – in welchem Umfang und mit welchem Ergebnis ist offen. Das Ergebnis aber ist für die deutsche Gesellschaft und weit darüber hinaus von allergrößter Bedeutung. Hier setzt das in diesem Band vorgelegte Konzept des Hochschulforums 2008 an.

Hochschulforscher, Universitätsrektoren/-präsidenten und Mitglieder aus Wissenschaftsministerien haben sich für acht Tage in Klausur begeben, mit dem Ziel die weiteren Konsequenzen der Maßnahmen zu vergegenwärtigen und sich zu vergewissern, ob und wie diese Folgen gewollt werden.

Das Ergebnis – bestehend aus Analysen und Handlungsempfehlungen – wird hiermit vorgelegt.



ISBN 3-937026-64-9, Bielefeld 2009,
296 Seiten, 39.80 Euro

Mit Beiträgen von:

Philip G. Altbach, Tino Bargel,
Hans-Dieter Daniel, Christiane Gaehtgens,
Ludwig Huber, Wilhelm Krull,
Stephan Laske, David Lederbauer,
Bernadette Loacker,
Claudia Meister-Scheytt,
Klaus Palandt, Ulrich Peter Ritter,
Thomas Rothenfluh, Christoph Scherrer,
Jürgen Schlegel, Boris Schmidt,
Dieter Timmermann, Carsten von Wissel,
Wolff-Dietrich Webler, Gülsan Yalcin,
Frank Ziegele.

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22